

DIE TAGESZEITUNG
junge Welt



»Die Bezeichnung »Lady Dada« ist als Kompliment gemeint«

Natias Neutert im *jw*-Wochenendgespräch u. a. über Werk und Bedeutung von Hannah Höch, der Klassikerin der Collage

faulheit & arbeit

GEGRÜNDET 1947 · SA./SO., 26./27. SEPTEMBER 2020, NR. 226 · 2,30 EURO (DE), 2,50 EURO (AT), 2,90 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT **WWW.JUNGEWELT.DE**

Druck machen

Streit um Arbeitskampf im öffentlichen Dienst. Bund und Kommunen klagen wegen Coronakrise

3

Versprechen gebrochen

Kleinunternehmer werden um Coronahilfen gebracht – das Gesetz macht es möglich

5

Autopilot tötet

Unfälle selbststeuernder Fahrzeuge: Tesla-Chef Musk nennt Kritik »idiotisch«, Experten warnen

9

Werke verschmelzen

Von Volkslied und Moderne: Vor 75 Jahren starb der ungarische Komponist Béla Bartók

12

Die Straße zurückerobert

Höchste Zeit für Klimaschutz: Rund um den Globus fordern Demonstranten schnelle Maßnahmen gegen die Erderwärmung.
Von Wolfgang Pomrehn

Nein, die internationale Fridays-for-Future-Bewegung (FFF) ist nicht tot, wie vielleicht der eine oder andere RWE-Manager, Autolobbyist oder Politiker gehofft haben mag. Das zeigte sich einmal mehr bei deren globalem Aktionstag am Freitag. Monatelang protestierte die Massenbewegung vorwiegend im Internet, nun ist sie zurück auf der Straße.

FFF ist längst keine reine Jugendbewegung mehr, Aktionen für konsequenten Klimaschutz gab es unter anderem auch von Wissenschaftlern der »Mosaic«-Expedition in der Arktis und auf der deutschen Neumayer-Forschungsstation in der Antarktis. In über 3.200 Städten rund um den Globus fanden am Freitag Proteste statt. Die ersten im Fernen Osten, zum Beispiel in Suva auf Fidschi, Canberra in Australien, Tokio in Japan, Nanjing in China, Wladiwostok in Russland, Ho-Chi-Minh-Stadt in Vietnam, Singapur, 19 Städten auf den Philippinen, auch in Kabul und über 300 Städten in Indien. In Deutschland waren 461 Aktionen und Demonstrationen angemeldet, in einigen großen Städten mehrere, um die Abstandsregeln einhalten zu können. Die Einhaltung der Hygieneregeln war den jungen Menschen wichtig, dennoch nutzten mancherorts Polizei und



Proteste gegen Treibhausgasemissionen in mehr als 3.200 Städten: Demonstranten in Manila (25. September)

Veranstaltungsbehörden die Pandemie als Vorwand für Schikanen. In Aachen verlangten Ordnungsamt und Polizei zum Beispiel, dass Teilnehmerlisten des dortigen Klimacamps ausgehändigt werden. In Hamburg war nach wochenlangen Verhandlungen am Donnerstag kurzfristig verlangt worden, die Teilnehmerzahl zu reduzieren. Doch die beabsichtigte Einschüchterung blieb ohne Erfolg: In Köln gingen nach Veranstalterangaben 10.000 Menschen auf die Straße und in Bonn 3.000. In Aachen sprach die Polizei von 1.000 Teilnehmern. 21.000 demonstrierten in Berlin, 16.000 in Hamburg.

Derzeit zeigt sich an der Natur, dass es allerhöchste Zeit ist, die Treibhausgasemissionen drastisch zu senken, das heißt, das Verbrennen von Kohle, Benzin, Kerosin, Erdgas und Diesel zu

beenden. In Brasilien brennt mit dem Pantanal das größte Feuchtgebiet der Welt und nördlich davon der Amazonas-Regenwald – die Brände sind so verheerend wie seit vielen Jahren nicht. Der nördliche Atlantik erlebt seine seit langem heftigste Hurrikan-Saison. Die Stürme bleiben nicht mehr nur an US-Küsten, sondern treffen auch die iberische Halbinsel. Die Bewohner der US-Westküste leiden unter der schlimmsten Feuersaison seit Menschengedenken, während Teile des Sahels und der Region am Horn von Afrika nach Heuschreckenplagen nun die Folgen schwerer Überschwemmungen zu bewältigen haben. Und auch aus der Antarktis kommen schlechte Nachrichten, wie diese Woche in der Fachzeitschrift *Nature* deutsche und schwedische Wissenschaftler schreiben: Schon

bei einer globalen Erwärmung um zwei Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Niveau werden große Teile des westantarktischen Eises in den nächsten Jahrhunderten verlorengehen. Das allein würde den mittleren globalen Meeresspiegel um 2,5 Meter ansteigen lassen. Derzeit liegen wir bereits etwa 1,1 Grad über besagtem Level.

Kein Wunder, dass bei solchen Aussichten vor allem junge Menschen empört sind, denn erst sie und ihre Kinder werden die volle Wucht des Klimawandels zu spüren bekommen. Das weiß man inzwischen in aller Welt. Weitere Aktionen gab es daher unter anderem auch in 31 Städten Nigerias, in Uganda, Tansania, Angola und Mali und in nahezu allen Ländern auf dem amerikanischen Doppelkontinent.

■ Siehe Seite 4

Konflikt nimmt an Schärfe zu

Verdi will bundeseinheitliche Tarifregeln im ÖPNV – kommunale Unternehmer sprechen von »Anschlag«

Verdi ist weiter streikbereit. Für kommenden Dienstag kündigte die Gewerkschaft bundesweit Warnstreiks im öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) an. Mit dem Druck von Arbeitsniederlegungen wollen die Gewerkschafter einen Rahmentarifvertrag für rund 87.000 Beschäftigte im ÖPNV durchsetzen, wie Verdi am Freitag mitteilte. Darin soll unter anderem die Ungleichbehandlung in den Bundesländern beendet werden. Konkret geht es dabei um zentrale Regelungen wie 30 Urlaubstage oder Sonderzahlungen. Des Weiteren sollen für Auszubildende

Anreize zum Einstieg in den Beruf geschaffen werden. »Mit unseren Forderungen haben wir Vorschläge geliefert, wie sich die drängenden Fragen von Entlastung und Nachwuchsförderung lösen lassen«, wird die stellvertretende Verdi-Bundesvorsitzende Christine Behle in der Mitteilung zitiert.

Derzeit laufen in allen 16 Bundesländern die Verhandlungen mit den Verdi-Landesbezirken über die jeweiligen Tarifverträge im ÖPNV. Zwar gehört dieser zum öffentlichen Dienst, doch mit den dort derzeit ebenfalls laufenden Tarifverhandlungen haben die Forde-

rungen der Gewerkschaft nichts zu tun. Es handelt sich beim ÖPNV um sogenannte Spartentarifverträge, und die haben sich Verdi zufolge in den vergangenen Jahren immer weiter auseinanderentwickelt. Deshalb die Forderung nach einem ergänzenden Rahmentarifvertrag.

Seit März fordert Verdi die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) zur Aufnahme von Verhandlungen auf Bundesebene auf. Vergeblich, die VKA lehnt solche bislang ab. »Dass die Arbeitgeber nicht einmal zu einer Verhandlung bereit sind, ver-

höhnt die Beschäftigten und torpediert jede Bemühung, eine Verkehrswende zu erreichen«, sagte Behle. Am Freitag äußerte sich die VKA ebenfalls. Deren Hauptgeschäftsführer Niklas Benrath behauptete: »Das Verhalten von Verdi ist ein Anschlag auf die Allgemeinheit und die Wirtschaftlichkeit der kommunalen Unternehmen des öffentlichen Nahverkehrs.« Gewerkschafterin Behle erwiderte: »Nach 20 Jahren Sparkurs auf dem Rücken der Beschäftigten sind die Grenzen der Belastbarkeit erreicht.«

■ Siehe Seite 3

UNO: China empört über US-Kritik



New York. China hat in einer Sitzung des UN-Sicherheitsrats empört auf die US-Kritik an seinem Vorgehen in der Coronakrise reagiert. »Ich muss sagen: Genug ist genug!« so Botschafter Zhang Jun (Foto) am Donnerstag (Ortszeit) in einer Videokonferenz des UN-Gremiums, an der zahlreiche Staats- und Regierungschefs teilnahmen. Er verwies darauf, dass die USA die höchsten Coronavirusinfektionszahlen und -todesopfer der Welt verzeichnen. »Wenn jemand zur Rechenschaft gezogen werden sollte, sollten dies einige US-Politiker selbst sein«, sagte Zhang. Er stellte die Frage, warum die USA als das Land mit den »höchstentwickelten medizinischen Technologien und Systemen in der Welt« die höchsten Coronazahlen hätten. US-Präsident Donald Trump hatte am Dienstag in seiner Videoansprache zur UN-Generaldebatte China erneut als angeblichen Verursacher der Pandemie attackiert. (AFP/JW)

AfD verliert auch in Kiel Fraktionsstatus

Kiel. Erneut ist eine AfD-Landtagsfraktion an internen Unstimmigkeiten zerbrochen. Der schleswig-holsteinische Landtagsabgeordnete Frank Brodehl verlässt die Partei, womit sie im Kieler Parlament ihren Fraktionsstatus verliert, für den vier Abgeordnete die Mindestzahl sind. Brodehl kündigte den Schritt am Freitag überraschend in einer Debatte um die Angebote in Ganztagschulen an. Als Grund nannte er die Radikalisierung der Partei.

Anfang der Woche hatte bereits ein Führungsstreit in der niedersächsischen AfD zum Bruch der dortigen Landtagsfraktion geführt. Die bisherige Vorsitzende Dana Guth sowie zwei weitere Abgeordnete verließen die neunköpfige Fraktion. Schon vor einem Jahr war die AfD-Fraktion in Bremen nur drei Monate nach der Bürgererschaftswahl aufgrund eines partei-internen Streits zerbrochen. (dpa/JW)

jw wird herausgegeben von 2.356 Genossinnen und Genossen (Stand 3.9.2020)
www.jungewelt.de/lpg



4 198625 902307

»Das System der Fallpauschalen muss weg«

Die Coronapandemie zeigt, was Kritiker schon lange wussten: Die Versorgung in deutschen Krankenhäusern ist mangelhaft. **Ein Gespräch mit Peter Hoffmann**

Vor kurzem hat der Verein Demokratischer Ärztinnen und Ärzte, VDÄÄ, ein Positionspapier veröffentlicht. Darin kritisieren Sie die derzeitigen Krankenhausstrukturen und fordern eine grundlegende Reform. Wie realistisch ist ein großer Wurf mitten in einer Pandemie?

Wir sind sozusagen chronische Kritiker. Seit Jahren beschäftigen wir uns mit Problemen der Kommerzialisierung, Ökonomisierung und Privatisierung von öffentlichen Kliniken. Ein Arbeitskreis des VDÄÄ kritisiert seit langem Folgen des sogenannten Fallpauschalensystems, das Krankenhäuser in den Wettbewerb zwingt. Anfang 2015 haben wir das Bündnis »Krankenhaus statt Fabrik« mitgegründet, um mit anderen zu erkämpfen, dass das Patientenwohl an erste Stelle gehört.

Unter Coronabedingungen wurde deutlich, dass wir für die Krankenhäuser eine bedarfsgerechte Planung und keine chaotische Marktentwicklung brauchen. Zu Beginn der Pandemie war nicht mal bekannt, wie viele Intensivbetten es insgesamt in der Republik gibt. Hier braucht es Zusammenarbeit, keine Konkurrenz. Für Katastrophen- oder Pandemiefälle werden etwa sieben Milliarden Euro im Jahr als Vorhaltekosten für Kliniken benötigt, etwa für einen Vorrat an Schutzkleidung. Laut dem »Institut für das Entgeltssystem im Krankenhaus« bringen die zuständigen Bundesländer nicht mal die Hälfte davon auf. Ständig wird Geld aus Fallpauschalen für laufende Behandlungen veruntreut, etwa um in Neubauten, Umbauten oder technische Geräte zu investieren. Das Fallpauschalensystem muss weg, weil es Fehlreize setzt.

Welche sind das zum Beispiel? Mehr Operationen und Eingriffe werden vorgenommen, weil sie für das Krankenhaus finanziellen Gewinn bringen – selbst wenn diese zum Teil sogar unnötig sind. Was Defizite verursachen könnte, wird unterlassen oder reduziert. Deshalb ist mitunter die Versorgung bei Kinderkliniken oder Geburtsstationen nicht mehr gewährleistet. Alles ist ökonomisch gesteuert. Um Kosten gering zu halten, wurde in den vergangenen Jahren Personal in der Pflege abgebaut, so dass die verbliebenen Kräfte ständig überlastet

sind. Die Arbeitsverhältnisse sind so unzumutbar geworden, dass viele den Beruf nicht mehr ergreifen oder darin nicht mehr verbleiben wollen.

Wen sehen Sie hier in der Verantwortung: die Bundesregierung oder die Landesregierungen?

Der Bund muss das Fallpauschalensystem abschaffen. Für die erforderlichen Investitionen müssen die Bundesländer sorgen.

Stimmen Sie in die Lobeshymnen derjenigen ein, die meinen, die politischen Verantwortlichen hierzulande hätten während der Pandemie vieles richtig gemacht?

Immerhin gab es während der Coronazeit die Einsicht, dass es leere Betten geben muss. Dieser Gedanke ist ja innerhalb der Logik des Fallpauschalensystems nicht vorhanden. Loben kann man Gesundheitsminister Jens Spahn allerdings für diese Erkenntnis nicht. Denn auch in der Frage haben die privaten Kliniken profitiert: Städtische Krankenhäuser, die durch Corona belastet wurden und für die Maximalversorgung bereitstehen, haben mitunter weniger Geld für leer gehaltene Betten erhalten als etwa eine Privatklinik im orthopädischen Bereich. Tatsächlich hatte letztere aber keine zusätzlichen Kosten.

Die städtischen Kliniken in München, wo ich arbeite, aber auch die in Jena erhielten wegen der Mischkalkulation nur 560 Euro pro leer gehaltenem Bett – 200 Euro weniger als teure Spezialkliniken. Das zeigt: Die Gewinne werden privatisiert und die Verluste sozialisiert. In der Konsequenz werden öffentliche Kliniken, die Notfallversorgung machen, dieses Jahr mit einem Defizit abschließen. Klammere Kommunen werden dann versuchen, ihr Krankenhaus zu verkleinern, zu schließen oder zu privatisieren.

Gesundheitsminister Spahn versucht, sich in der Pandemie als »Krisenmanager« zu profilieren. Wie fällt Ihr Zeugnis für den CDU-Politiker aus?

Er ist ein großer Freund privater Kliniken und Kapitalinvestoren. Als deren Lobbyist hat er wenig Interesse an bedarfsgerechter Gesundheitsversorgung. Sich gut verkaufen und darstellen kann er dagegen. Schaut man sich aber den Inhalt von ihm zu verantwortender Regelungen an, ist der stets zum Vorteil privater Träger.

Interview: Gitta Düperthal



Peter Hoffmann ist Anästhesist und Vorstandsmitglied des Vereins Demokratischer Ärztinnen und Ärzte (VDÄÄ) in München



BERNAT ARMANGLIE/AP PHOTO/DPA

Soziale Ungleichheit angeprangert. Bevor am Freitag die Regionalregierung pandemiebedingt die Abriegelung weiterer Viertel in Spaniens Hauptstadt Madrid verkündete, war es am Donnerstagabend bei erneuten Protesten dagegen zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen. Bewohner der betroffenen als arm geltenden Viertel forderten vor dem Parlamentsgebäude eine verbesserte öffentliche Gesundheitsvorsorge und prangerten die soziale Ungleichheit in der Metropole an, wie *El Diario* berichtete. Rund eine Million Menschen sind von den ab Montag geltenden Einschränkungen betroffen. (jW)

Schlag gegen Opposition

Türkei: Festnahmewelle gegen Linke. Neue Foltervorwürfe gegen Militär

In der Türkei ist in der Nacht zum Freitag eine der größten Verhaftungswellen gegen Oppositionelle seit Jahren angelaufen. Es gab Haftbefehle der Generalstaatsanwaltschaft in Ankara gegen 82 Personen. Laut der kurdischen Nachrichtenagentur ANF sind insbesondere Politiker der prokurdischen linken Demokratischen Partei der Völker (HDP) betroffen: Darunter der Oberbürgermeister der Stadt Kars, Ayhan Bilgen, der frühere Abgeordnete Sirri Süreyya Önder sowie Mitglieder des HDP-Parteivorstands.

Da ein 24stündiges Anwaltsverbot angeordnet und zudem eine viertägige Geheimhaltungsverfügung verhängt wurde, ist noch unklar, wie viele der Gesuchten tatsächlich festgenommen wurden. Fest steht, Tamer Dogan, der frühere Rechtsanwalt des 2018 in der Türkei inhaftierten

jW-Autors Max Zirngast, sowie Mitglieder sozialistischer Parteien in der Westtürkei wurden ebenfalls verhaftet.

Diesen werden zumeist Äußerungen in »sozialen Netzwerken«, »versuchter Staatsstreich« und »Beleidigung des Staatspräsidenten« vorgeworfen. HDP-Politiker dagegen werden der »Anstachelung zur Gewalt« bezichtigt. Sie hatten im Oktober 2014 zu Solidaritätsbekundungen für die damals von der Dschihadistenmiliz »Islamischer Staat« (IS) belagerte syrisch-kurdische Stadt Kobani (arabisch: Ain Al-Arab) aufgerufen. Nach Massenprotesten gegen die Unterstützung der türkischen Regierung für die Dschihadisten waren bei Straßenschlachten mit Einsatzkräften sowie bewaffneten Anhängern der islamistischen Hür-Dava-Partei bis zu 50 Menschen getötet worden.

Gleichzeitig erhärtet sich der Verdacht gegen Militärs, zwei kurdische Bauern gefoltert zu haben, indem sie diese am 13. September aus einem fliegenden Militärhubschrauber warfen. Die Opfer waren vor zwei Wochen in der Nähe von Van während einer gegen die Guerilla der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) gerichteten Operation bei der Feldarbeit entführt und später mit schwersten Verletzungen durch einen Sturz aus großer Höhe ins Krankenhaus eingeliefert worden. Während der Gouverneur behauptete, die Bauern hätten sich die Verletzungen auf der Flucht zugezogen, gaben Zeugen an, dass beide unverletzt in den Militärhubschrauber geschleppt worden seien. Bereits in den neunziger Jahren waren Hubschrauberwürfe gängige Folterpraxis gegen Kurden. **Nick Brauns**

■ Siehe Kommentar Seite 8

NACHRICHTEN

Tote Flüchtlinge nach Bootsunglück vor Libyen

Genf. Nach einem Bootsunglück vor der Küste Libyens befürchtet die Internationale Organisation für Migration (IOM) erneut viele Tote. Drei Leichen seien aus dem Mittelmeer geborgen worden, teilte die Organisation am Freitag auf Twitter mit. Sie geht zudem davon aus, dass weitere 13 Vermisste ertrunken sind. Fischerboote brachten demnach 22 Überlebende zurück nach Libyen, nachdem deren Boot am Vorabend gesunken war. Nach Angaben der IOM starben in diesem Jahr bisher rund 430 Geflüchtete auf dem Seeweg auf der zentralen Mittelmeerroute nach Südeuropa. (dpa/jW)

EVP empört: EU-Diplomaten nach Venezuela entsandt

Brüssel. Der Auswärtige Dienst der EU hat mit der Entsendung zweier ranghoher Diplomaten nach Venezuela für Empörung in der christdemokratischen EVP-Fraktion des EU-Parlaments ge-

sorgt. Dies sei ein schwerwiegender politischer und strategischer Fehler, da es »den Anschein von Normalität erweckt, wo nur Korruption und Gewalt Herrschaft dominieren«, heißt es in einem Brief an den EU-Außenbeauftragten Josep Borrell. Im Auswärtigen Dienst stieß der unter anderem von EVP-Fraktionschef Manfred Weber (CSU) unterschriebene Brief auf Unverständnis. Die EU-Mitgliedstaaten seien über die Mission informiert worden. (dpa/jW)

»Neue Phase«: MAD-Chef muss gehen

Faßberg. Der Militärische Abschirmdienst (MAD) muss aus Sicht von Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) den Kampf gegen »Extremismus« unter neuer Führung stärker voranbringen. »Wir sehen jetzt, dass wir in eine neue Phase kommen, dass zusätzliche Dynamik notwendig wird«, sagte die Ministerin am Freitag am Rande eines Truppenbesuches in der Lüneburger Heide. Dazu müsse die Zusammenarbeit des MAD mit anderen

Stellen ausgebaut werden. Am Vortag war bekanntgeworden, dass der Präsident des MAD, Christof Gramm, abgelöst wird. (dpa/jW)

■ Siehe Seite 8

Stromnetzentscheid: Urteil gegen Berlin

Berlin. Das Land Berlin darf das städtische Stromnetz vorerst nicht rekommunalisieren, entschied das Berliner Kammergericht am Donnerstagabend (nach jW-Redaktionsschluss). Das Urteil unterscheidet sich jedoch von der Entscheidung des Berliner Landgerichts vom November vergangenen Jahres, das dem Senat ebenfalls eine Abfuhr erteilte. Laut Kammergericht seien bei der Ausgestaltung der Ausschreibungskriterien Fehler gemacht worden. Zudem hätte Vattenfall keine ausreichende Akteneinsicht in die Angebote der Mitbieter erhalten. Der landeseigene Betrieb »Berlin Energie« hatte den Zuschlag für die Netzbetreiber für 20 Jahre erhalten. Nun betreibt Vattenfall vorerst weiter das Stromnetz. (jW)

Druck durch Warnstreik

Kontroverse um Arbeitskampfmaßnahmen im öffentlichen Dienst. Bund und Kommunen beklagen Aktionen in Coronakrise, Gewerkschafter halten dagegen. **Von Oliver Rast**

Die Positionen sind konträr, die Streikfronten definiert. Die zweite Runde der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ging am vergangenen Sonntag zu Ende. Ohne Ergebnis, die »öffentlichen Dienstherren« legten kein Angebot vor. Das Bundesinnenministerium (BMI) und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) stellen sich bislang quer. Die Folge: Protestaktionen und Warnstreiks der Gewerkschaften.

Es geht um die Arbeitsbedingungen eines Millionenheeres, genaugenommen um 2,3 Millionen Tarifbeschäftigte und 200.000 Beamte. Zwei, die sonst konkurrieren, haben zusammengefunden, temporär zumindest: Verdi sowie der Deutsche Beamtenbund und Tarifunion (DBB) bilden eine Tarifgemeinschaft, treten während der Gespräche im Duo auf. Ein streikbereiter Block mit Verhandlungsmacht.

Zur Erinnerung: Die Gewerkschaften fordern für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen 4,8 Prozent mehr Einkommen, mindestens aber 150 Euro mehr pro Monat, bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Auf dem Zettel der Gewerkschaften steht noch mehr. Die Ausbildungsvergütungen und Praktikantentgelte sollen im Monat um 100 Euro steigen. Und, nicht zu vergessen: Seit 30 Jahren wird in Ost und West unterschiedlich lange gearbeitet, 39 Wochenarbeitsstunden sollen es künftig für alle diesseits und jenseits der Elbe sein. Die Arbeitsintensität steigt stetig, selbst in den Amtsstuben. Verdi und Beamtenbund wollen eine Entlastung, speziell im Gesundheits- und Pflegebereich. Die Beschäftigungsverhältnisse der »Coronahelden« werden gesondert im Rahmen der Tarifrunde besprochen.

Das Grundgesetz garantiert im Kontext der Koalitionsfreiheit Arbeitskampfmaßnahmen, auch in der Coronakrise, betonen die Streikenden. Dabei verzichten Beschäftigte und Gewerkschaften auf demonstrative Massenauf-



Ganz nah dran: Warnstreik von Müllentsorgern direkt vor dem Betriebshof (Ulm, 24.9.20)

läufe, organisieren betriebsnahe, stationäre Kundengebungen oder »Arbeitsstreiks« (siehe Hintergrund).

Währenddessen zeigen sich die Gewerkschaftsvorsitzenden recht kämpferisch: »In dieser Tarifaueinandersetzung ist Energie«, sagte der Verdi-Vorsitzende Frank Werneke am Mittwoch gegenüber *Tagesschau.de*. Eine bedeutende Rolle werden laut Werneke die Kliniken spielen. »In den Krankenhäusern dampft und brodelt es«, sagte er. Wernekes Verhandlungskollege Ulrich Silberbach vom Beamtenbund beklagte, dass die Vertreter der Gegenseite »immer nur Runde für Runde gebetsmühlenartig mehrjährige Nullrunden fordern.« Deshalb seien Warnstreiks erforderliche Druckmittel.

Unterstützung für ihre Aktionen erhalten die Beschäftigten von Jutta Krellmann, Sprecherin für Mitbestimmung und Arbeit für Die Linke im Bundestag: »Wie sollen Beschäftigte sonst Druck ausüben, wenn Arbeitgeber kei-

ne Angebote machen?«, sagte sie am Freitag gegenüber *jw*. Der Lohn der Beschäftigten im öffentlichen Dienst könne nicht davon abhängig gemacht werden, wie die Kassen gefüllt sind.

Verdi und Beamtenbund müssen mehrere Wochen durchhalten, bis zur dritten, entscheidenden Tarifrunde am 21. und 22. Oktober ihre Kräfte einteilen, schrittweise lokale Aktionen überregional ausdehnen. Es habe zum Auftakt einen »eher flachen Einstieg« in die Warnstreiks gegeben, sagte Werneke. »Hier war es mal ein Betriebshof, dort mal eine Stadtverwaltung, auch einmal ein kleineres Krankenhaus«, sagte Werneke. »Wir müssen uns herantasten, da es mit Warnstreiks unter Coronabedingungen kaum Erfahrungswerte gibt.«

Möglich, dass sich BMI und VKA verspekulieren. Werneke vermutet, dass die Gegenseite die Tarifrunde bewusst im Herbst absolvieren und nicht verschieben wollte, in der Hoffnung,

pandemiebedingt auf geschwächte Gewerkschaften zu treffen. Damit hätten sie sich getäuscht, so Werneke. Er wandte sich gegen den Vorwurf seitens der VKA, Streiks seien ein Ritual bei Tarifkonflikten. Zuvor behauptete deren Präsident Ulrich Mädge: »Wir halten die Arbeitskampfmaßnahmen der Gewerkschaften für völlig überzogen.« Mädge weiter: »Nun das Mittel Streik zu nutzen, um auf Mitgliederfang zu gehen, wird in der öffentlichen Wahrnehmung nicht verfangen.« Und er lehnt sich weit aus dem Fenster, meinte, die gemeinsamen Aktionen von Beschäftigten und Gewerkschaften hätten auf etwaige Arbeitgeberangebote »keinen Einfluss.«

Die Angesprochenen aus der Streikfront werden – Stand jetzt – den Fehdehandschuh aufnehmen, Verdi-Chef Werneke spürt Rückendeckung: »Bei den Beschäftigten gibt es eine richtige Wut über das Verhalten der Arbeitgeber.«

Hintergrund »Arbeitsstreik« als Organizing

Streikarten gibt es viele. Warnstreik, Sympathiestreik, befristeter, unbefristeter Streik, oder früher: den kontrovers diskutierten politischen Massenstreik und sozialen Generalstreik.

Vor der Coronakrise sah das übliche Straßenbild so aus: Beschäftigte in Warnwesten verlassen bei Streiks mit Trillerpfeifen, Pappschildern und Transparenten kollektiv das Werkstor, um als Demonstrationsszug Richtung Innenstadt aufzubrechen. Alle schön eng beieinander, gewissermaßen als geschlossene Formation.

Eine Aktionsform, die coronabedingt ausfällt. Kreative Gewerkschafter unter anderem bei Verdi tüftelten in den vergangenen Monaten nach alternativen Streikoptionen. Herausgekommen ist dabei der sogenannte Arbeitsstreik. Kein Massenaufmarsch, im Gegenteil. Einzelne Kolleginnen und Kollegen aus unterschiedlichen Betrieben oder Dienststellen besuchen Beschäftigte vor Ort, führen Gespräche, vermitteln Positionen der Gewerkschaften, sondieren die Stimmungslage für etwaige Arbeitskampfmaßnahmen. Und noch etwas kennzeichnet einen »Arbeitsstreik«: Er stört keine betrieblichen Abläufe. Es ist mehr ein klassisches Organizing am Arbeitsplatz, eine Vorbereitung auf mögliche Streiks.

Offenbar mit Erfolg. Damit konnten nach Angaben von Gewerkschaftssekretären die sogenannten Tarifbotschafter vorab für die Protestaktionen und Warnstreiks im öffentlichen Dienst sensibilisieren, mobilisieren.

Anfangs sei er skeptisch gewesen, sagte Hermann Janßen, stellvertretender Geschäftsführer im Verdi-Bezirk Ostwestfalen-Lippe, gegenüber *jw*. »Meine Zweifel sind längst ausgeräumt, die neu entwickelte Methode des Arbeitsstreiks war ein sehr guter Vorlauf für unsere Warnstreiks«, so Janßen. (01)

Kommunale Unternehmerverbände und das Bundesinnenministerium lehnen Streikaktionen im öffentlichen Dienst ab. Begründung: In der Coronakrise mit Insolvenzen und Arbeitsplatzverlusten seien sie »unverhältnismäßig«. Überzeugt Sie das?

Hier wird ein Rechtsbegriff angedeutet, der im Arbeitskampfrecht tatsächlich eine Rolle spielt. Das Grundgesetz gestaltet das Streikrecht als ein Freiheitsrecht aus, das durch das Verhältnismäßigkeitsprinzip begrenzt wird. Aber dabei geht es ja nicht um den Inhalt oder den Kontext der Forderung. Ich glaube, die Arbeitgeber wollen hier auch gar keine rechtliche Frage aufwerfen.

Sondern?

Meist geht es um die Moral der Streikbereiten. Streik wird gesellschaftlich als Ungehorsam wahrgenommen. Der ist zwar rechtlich zugelassen, aber es braucht trotzdem Mut,



Johanna Wenckebach ist Direktorin des Hugo-Sinzheimer-Instituts für Arbeits- und Sozialrecht

»Streik gilt als Ungehorsam«

Öffentlicher Dienst: Kampf um bessere Arbeitsbedingungen und gewerkschaftliche Aktionsformen in der Coronakrise.

Ein Gespräch mit Johanna Wenckebach

zu streiken. Den bricht man durch moralische Abwertung. Bei Tarifaueinandersetzungen geht es deshalb immer darum, gesellschaftlichen Rückhalt für seine jeweilige Position zu haben. Gelingt es der Arbeitgeberseite im Diskurs, eine Gewerkschaftsforderung als überzogen und unpassend darzustellen, kann das die Streikbereitschaft und damit die Verhandlungsposition schwächen. Bei den aktuellen Warnstreiks dürfte es den Beschäftigten im öffentlichen Dienst hoffentlich den Rücken stärken, dass alle geklatscht ha-

ben für diejenigen, die in der Krise besonders gefragt waren und sind.

Welche Arbeitskampfmaßnahmen wurden durch Infektionsschutzverordnungen eingeschränkt?

Die Auflagen im Interesse des Gesundheitsschutzes sind eine Herausforderung für die Streiklogistik, ohne Frage. Es gelten Abstandsgebote und andere Auflagen, die sich von Bundesland zu Bundesland unterscheiden. Auch für Betriebsstätten gibt es Regeln. Aber die Pandemie setzt Grundrechte wie das Streikrecht nicht außer Kraft. Die Vergangenheit hat schon gezeigt, dass Streiks und Versammlungen funktionieren. Und grundsätzlich sind immer wieder alternative, kreative Streikkonzepte gefragt.

Vor allem während der Coronakrise!

Das bringt nicht nur Corona, sondern auch die Digitalisierung mit sich. Vor einigen Jahren habe ich auf einer Schulung gesagt: »Stell' dir vor, es ist Streik – und alle sind im Homeoffice.« Da war das noch ein Sonderfall. Diese Frage hat jetzt eine ganz andere Dimension bekommen. Es ist eine große Zukunftsaufgabe für Gewerkschaften, Solidarität der Beschäftigten zu organisieren, die durch mobile Arbeit, aber auch neue Tätigkeiten wie Plattformarbeit vereinzelt sind und keinen gemeinsamen, regelmäßigen Anlaufpunkt haben.

Gewerkschaften brauchen für ihre Organisationsmacht Mitglieder. Welche Bedeutung ha-

ben dabei Streiks?

Streiks sind kein Selbstzweck. Das Bundesarbeitsgericht hat sehr treffend festgehalten: Die grundrechtlich garantierte Freiheit, Tarifverhandlungen zu führen, wäre ohne das Recht auf Streik nichts anderes als kollektives Betteln. Streiks werden dann nötig, wenn Tariforderungen anders kein Nachdruck verliehen werden kann. Insofern sind sie für Gewerkschaften und ihre Mitglieder natürlich essentiell ...

... lassen sich aber nur schwer organisieren.

Richtig. Streiks sind ein riesiger logistischer und finanzieller Aufwand, bisweilen risikoreich. Sie kommen nur in Frage, wo Belegschaften bereits gut organisiert sind. Natürlich sind Streiks mit einem positiven Gefühl von gelebter Solidarität und Zusammenhalt verbunden, und das ist die Basis für Gewerkschaften. Aber nicht jeder Streik ist erfolgreich und erfüllt alle Hoffnungen und Erwartungen. Zudem – und das ist ein großes Problem bei der Mitgliedererwerbung – profitieren bei einem Erfolg auch alle nichtorganisierten Beschäftigten. Auch sie erhalten, was erkämpft wurde. **Interview: Oliver Rast**

Zitat des Tages

Ohne Partnerin Natalia Wörner in Brandenburg: Das einsame Quarantäneleben von Außenminister Maas

Überschrift einer Homestory der Bild plus vom Freitag über Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD), der sich in Quarantäne befindet, da einer seiner Leibwächter positiv auf das Coronavirus getestet wurde.

Gera: Kritik an Wahl von AfD-Vertreter

Gera. Die Wahl eines AfD-Mannes zum Stadtratsvorsitzenden im thüringischen Gera ist auf Empörung und Kritik gestoßen. Das Internationale Auschwitz-Komitee nannte den Vorgang am Freitag »würdelos und geschichtsvergessen«. Der AfD-Vertreter Reinhard Etzrodt erhielt am Donnerstagabend bei der Wahl zum Vorsitzenden des Stadtrats in geheimer Abstimmung 23 von 40 Stimmen. Die AfD-Fraktion selbst hat nur zwölf Mitglieder, elf Stimmen kamen damit aus anderen Fraktionen. Die AfD hatte als größte Fraktion im Geraer Stadtrat das Vorschlagsrecht. (AFP/jW)

Dresden: Ermittlungen gegen Polizisten

Dresden. Die Staatsanwaltschaft Dresden ermittelt nun doch gegen einen sächsischen Polizeibeamten, der wegen seines Verhaltens bei einer Demonstration in der Kritik steht. Dabei geht es um den Satz »Schubs mich, und du fängst dir 'ne Kugel« (jW berichtete). Es liegen vier Strafanzeigen gegen den Einsatzleiter vor, wie ein Behördensprecher am Freitag sagte. Es gehe um den Vorwurf der Bedrohung. (dpa/jW)

Keine Strafverfolgung wegen Taz-Kolumne

Berlin. Die Staatsanwaltschaft Berlin wird kein Ermittlungsverfahren zu einer polizeikritischen Taz-Kolumne einleiten. Das teilte die Behörde am Freitag mit. Bei der Staatsanwaltschaft waren zu dem Mitte Juni veröffentlichten Text mit der Überschrift »All cops are berufsunfähig« mehr als 150 Strafanzeigen eingegangen. (dpa/jW)

Bunt, widerständig, inklusiv

Blockaden im Braunkohlerevier: »Ende Gelände« hat an alles gedacht. »Blockadefinger« und Protestcamps mit ausgefeiltem Hygieneplan. Von Manuela Bechert

Es darf wieder angereist werden: Dem Aktionsbündnis »Ende Gelände« ist es am Freitag kurzfristig gelungen, im Rheinischen Braunkohlerevier weitere Übernachtungsplätze für Klimaaktivisten zu schaffen, nachdem es am Donnerstag wegen der coronabedingten Abstandsregeln einen Anreisestopp ausgesprochen hatte. Am frühen Freitag morgen sollte eines der dezentralen Camps nahe Aachen durch die Polizei geräumt werden – dies konnte jedoch abgewendet werden. Trotz des penibel erarbeiteten Hygienekonzepts, das die persönlichen Daten der Teilnehmer mit einer sogenannten Corona-ID verknüpft, die bei Plena, Aktionstrainings und weiteren Zusammenkünften angegeben werden muss, wollte die Stadt Aachen das Camp räumen lassen. Angeblich hatten Daten von Anwesenden gefehlt. Aber mit repressiven Maßnahmen ist das »Ende Gelände«-Team mittlerweile vertraut und ließ sich dadurch nicht aus der Ruhe bringen. Von rund 60 Polizeifahrzeugen wurde das Camp in den frühen Morgenstunden belagert. »Die wollen nur, dass es hier bereits im Vorfeld zu einer Eskalation führt«, so Ronja Weil, Pressesprecherin des Bündnisses.

»Ende Gelände« ruft weiterhin alle Menschen dazu auf, den Klimaschutz selbst in die Hand zu nehmen – sprich die Regierung durch massenhaften zivilen Ungehorsam unter Druck zu setzen, damit der Ausstieg aus der Kohleverstromung schnellstmöglich und nicht wie bisher geplant erst 2038 abgeschlossen wird. Bereits am Freitag waren mehr als 3.000 Menschen



Auch im Braunkohlerevier: Das Bündnis »Alle Dörfer bleiben« wehrt sich gegen Zwangsumsiedlungen

vor Ort, um sich an diesem Aktionswochenende für Klimagerechtigkeit der Politik und dem Energiekonzern RWE entgegenzustellen und dessen Infrastruktur mit ihren Körpern zu blockieren.

An den Hauptbahnhöfen von Köln und Mönchengladbach sind Verteilerstellen eingerichtet worden, um den Ankommenden den Weg in die Camps zu weisen. Von diesen aus werden die verschiedenen »Finger« starten. Dieses von »Ende Gelände« seit Jahren erprobte Konzept be-

deutet, dass mehrere Gruppen losziehen, um an verschiedenen Orten effektiv zu blockieren. Aufgrund der Coronapandemie wird es an diesem Blockadewochenende weitaus mehr Finger als üblich geben – dies ist Teil des Hygienekonzepts. Neben einem »Anti-Kohle-Kidz-Finger« speziell für Jugendliche ist auch ein barrierearmer »inklusive Finger« geplant. Er soll an Stellen blockieren, die für Menschen mit körperlichen Einschränkungen erreichbar sind. Außerdem wird es einen für

nicht deutschsprachige Menschen mit Übersetzung geben.

»Vor uns liegt ein Wochenende mit vielfältigen und bunten Protesten gegen die Klimazerstörung«, fasste Kim Solievna, eine weitere Pressesprecherin von »Ende Gelände«, am Freitag zusammen. An zahlreichen Orten würde nun deutlich gemacht, »dass der fossile Kapitalismus ein Modell der Vergangenheit ist. Statt dessen streiten wir gemeinsam mit Tausenden hierzulande und weltweit für ein gutes Leben für alle Menschen.«

Auftrag: Linke in der Fläche stärken

Landesparteitag: NRW-Linke will Zielgruppe analog und digital besser erreichen. Kontroverse um Grundeinkommen erwartet

Auf der Tagesordnung des Landesparteitages der Partei Die Linke in Nordrhein-Westfalen steht neben einem Grußwort des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) auch eines von »Ende Gelände« – in einem weiteren könnte der Kovorsitzende Bernd Riexinger hervorheben, dass Soziales und Klimaschutz nicht gegeneinander ausgespielt werden sollten. Während NRW

an diesem Wochenende im Zeichen des Widerstands von »Ende Gelände« gegen fossilen Kapitalismus und Kohleverstromung im Rheinischen Revier steht, wollen die Parteitage-delegierten in Münster über einen »Neustart« nach dem schlechten Abschneiden bei den Kommunalwahlen beraten.

Obwohl Klima und Verkehr laut Umfragen die wichtigsten Themen

für die Wahlberechtigten waren und Die Linke ein klareres ökologisches Programm vorzuweisen hat als die Grünen, hatten vor allem letztere am 13. September von der Stimmung profitiert. Einige NRW-Linke führen das auf eine schlechte Verankerung in der Fläche zurück – in dem Bundesland, das mit rund 18 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste ist, zählt die Partei nur 8.700 Mitglieder. Der Antrag »Die Linke NRW in der Fläche stärken!« wurde bereits vor den Kommunalwahlen erstellt – Landesgeschäftsführer Sascha H. Wagner und Bereichsleiter Michael Kretschmer formulieren darin Aufträge für den neuen Landesvorstand, der auf dem Parteitag gewählt werden soll. Die genannten Aufgaben gehen weit über den Bundestagswahlkampf hinaus – zum Beispiel soll eine Konferenz zur Parteiarbeit im ländlichen Raum organisiert werden. Bis März 2021 soll außerdem das Mitgliederhandbuch überarbeitet und eine Handlungsanleitung für Kreis- und Ortsverbände entwickelt werden. In einem Änderungsantrag dazu wird gefordert, um Videokonferenzen, öffentliche Onlineveranstaltungen und digitale Mitgliederversammlungen durchführen zu können – Formate, die während der Kontaktbeschrän-

kungen wegen der Coronapandemie an Bedeutung gewonnen haben.

Kontroverse Anträge zum Thema Zukunft der Arbeit haben die »Landesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen« und die Sozialistische Linke eingebracht. Letztere kritisiert, dass ein Bedingungsloses Grundeinkommen »unterschiedslos für alle in der Gesellschaft« und »unabhängig von Einkommen und Vermögen« bereitgestellt werden solle. Gefordert wird in ihrem Ersetzungsantrag statt dessen »Gute und verkürzte Arbeit und sanktionsfreie Mindestsicherung« – die aber nur für Bedürftige.

Weitere Antragstellerinnen fordern vom neuen Landesvorstand mehr Einsatz auf bestimmten Politikfeldern. Die Linke sozialistische Arbeitsgemeinschaft Frauen, kurz LAG Lisa, fordert beispielsweise, dass der Landesverband sich »ausdrücklich zum fortdauernden Kampf der gesellschaftlichen Linken für die Abschaffung der sogenannten Abtreibungsparagrafen 218 und 219« bekennt und sich für den gleichberechtigten und menschenwürdigen Zugang aller Betroffenen zu Schwangerschaftsabbrüchen und Gesundheitsleistungen einsetzt.

(jW)

... wir sind geboren, um frei zu sein ...

wir trauern um

Robert Jarowoy

* 15.12.1952 † 21.9.2020

Antifaschist, Internationalist, Revolutionär

Die LINKE Bezirksverband Altona,
Die LINKE Bezirksfraktion Altona, ISKU, Rojbin Frauenrat, Kurdistan Volksrat Hamburg,
Kurdistanhilfe e.V., Tatort Kurdistan, Altonaer Manifest

Leere Versprechen

Vor allem Kleinunternehmer werden um Coronasoforthilfen gebracht – das Gesetz der Bundesregierung macht es möglich. **Von Susan Bonath**

Ordnet das Gesundheitsamt während der Coronapandemie für einen Beschäftigten Quarantäne an, darf er nicht arbeiten. Dann, so informieren Bundesinnen- und -gesundheitsministerium auf ihren Webseiten, müsse er seinen Lohn auch erhalten, wenn er nicht krank ist. Dem Unternehmer würden »die ausgezahlten Beträge auf Antrag von der zuständigen Behörde erstattet«.

Zu Beginn der Coronakrise hatte Innenminister Horst Seehofer (CSU) Unternehmern und ihren Beschäftigten versprochen, »schnell, unkompliziert und unbürokratisch« zu helfen. Im Grunde eine super Sache, vor allem für kleine Selbstständige mit wenigen Beschäftigten, hohen Umsatzeinbußen und wenig oder kaum Rücklagen – allerdings müssten die Versprechen auch eingelöst werden. Doch das ist offensichtlich nicht überall der Fall. Das zeigt etwa die Geschichte des finanziell schwer angeschlagenen Taxiunternehmers Günther S., den die Berliner Senatsverwaltung für Finanzen seit Monaten auf Ausfallzahlungen für seinen Angestellten Stephan F. sitzen lässt.

Hinter dem Kleinunternehmer und seinem Angestellten liegt ein wahrer Behördenmarathon. Bereits im März musste der Taxifahrer zwei Wochen in Quarantäne. »In der Schule meiner Tochter war jemand positiv getestet worden, wir galten als Kontaktpersonen«, berichtete er im Gespräch mit jW. Von heute auf morgen habe er nicht mehr arbeiten dürfen. »Ich habe dann natürlich den Lohn wie vorgeschrieben weitergezahlt«, erklärte sein Chef Günther S.

Der Taxiunternehmer beantragte beim zuständigen Finanzsenator eine Entschädigungszahlung. Doch Monate

später bekam er eine Ablehnung. In der »abschließenden Mitteilung zur Prüfung eines Erstattungsanspruchs nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG)« beruft sich die Behörde auf das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB). Der Paragraph 616 besagt, dass Unternehmer weiter Lohn zahlen müssen, wenn ein Beschäftigter »für eine nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Dienstleistung gehindert wird«. Nach Ansicht des Finanzsenats waren die beiden Wochen Quarantäne – eine bis heute übliche Isolationszeit – nicht erheblich. Denn sie liege unterhalb des Rahmens der Lohnfortzahlungspflicht im Krankheitsfall von sechs Wochen. Das Problem: Fahrer F.

war überhaupt nicht krank und damit auch nicht krank geschrieben.

Der Taxiunternehmer ist verärgert. »Offenbar hat es sich um leere Versprechen der Bundesregierung gehandelt«, sagte er. Zumal die beiden Wochen Lohnersatz nicht sein einziges Problem seien. Über 70 Prozent seiner Einnahmen habe er seit März eingebüßt. Das Taxigeschäft lohne sich seit dem Beginn der Pandemie kaum noch, resümierte er. Das gehe natürlich auch zu Lasten seiner Beschäftigten. Anfang dieses Jahres hatte S. zehn Mitarbeiter und acht Autos, aktuell sind noch zwei Taxis und drei Fahrer im Einsatz. Der Unternehmer habe nicht mit Kurzarbeit jongliert, einige Angestellte hätten inzwischen von sich

aus gekündigt. »Wir haben keine Chance mehr auf dem Markt«, sagte S.

Das Beispiel des Taxiunternehmers S. ist in Berlin offenbar kein Einzelfall. Wenn im Arbeitsvertrag die Anwendung des BGB nicht ausgeschlossen wurde, so teilte Finanzsenatssprecherin Eva Henkel auf jW-Nachfrage mit, dann gelte dieses eben. Ob die Zeit der Arbeitsverhinderung danach erheblich sei oder nicht, entscheide man im Einzelfall. Das Arbeitsverhältnis habe offenbar schon länger bestanden, und Verdienst sei nicht ausgefallen. »Damit würde kein Entschädigungsanspruch bestehen«, erklärte sie. Mit anderen Worten: Versprechen und Verordnungen sind kein Gesetz – und letzteres ist zudem auslegbar.



Hält nicht immer, was er verspricht: Bundesinnenminister Horst Seehofer.

Corona trifft den Arbeitsmarkt

Forscher sehen allerdings Konjunkturerholung im Jahr 2021

Studien sollen manchmal für gute Stimmung sorgen. Die Konjunktur in Deutschland befindet sich nach der Coronakrise wieder auf Erholungskurs, heißt es in der Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit, die am Freitag vorgestellt wurde. Im Kontext heißt das: Die Zahl der Arbeitslosen wächst nicht ganz so stark – wenn man von bestimmten Einflüssen absieht.

Im ersten Quartal dieses Jahres sank das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um zwei Prozent, im zweiten Quartal sogar um 9,7 Prozent. Vor allem der »Shutdown« in Deutschland und weltweit habe dazu geführt, heißt es in der Studie. Erst als am Ende des zweiten Quartals die Zügel wieder gelockert wurden, sei eine deutliche Erholung spürbar gewesen. Dennoch prognostiziert das IAB für 2020 einen Rückgang der Wirtschaftsleistung von 5,2 Prozent. Für das Jahr 2021 rechnet das Institut dann wieder mit einem Wirtschaftswachstum von 3,2 Prozent – die Wirtschaftsleistung bleibe dennoch unter dem Vorkrisenniveau. Für den Arbeitsmarkt bedeutet das: In diesem Jahr steigt die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt um 440.000, im nächsten Jahr sollen dann rund 100.000 Menschen wieder einen Arbeitsplatz finden.

Vor allem in drei Bereichen rechnen

die Forscher in diesem Jahr mit massiven Verlusten von Arbeitsplätzen. Im Bereich »Handel, Verkehr, Gastgewerbe« würden in diesem Jahr rund 230.000 Jobs verloren gehen – und im nächsten Jahr verharre der Bereich auf dem Niveau dieses Jahres. Bei den »sonstigen Dienstleistungen«, die alle Dienstleistungen rund um Sport, kulturelle Veranstaltungen und Erholung umfassen, sinkte die Zahl der Beschäftigten in diesem Jahr um 110.000. Im »produzierenden Gewerbe« seien vor allem im zweiten Quartal zahlreiche Stellen verlorengegangen – und der Stellenabbau soll 2021 weitergehen. Die Forscher rechnen in diesem Bereich für dieses Jahr mit 160.000 verlorenen Stellen, im nächsten Jahr sollen noch einmal 60.000 wegfallen.

Gewachsen sei dagegen die Beschäftigung im Bereich »öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit«. Den Zuwachs von jeweils rund 190.000 Stellen in den Jahren 2018 und 2019 führen die Wissenschaftler vor allem auf den Ausbau von Kindergärten und der Altenpflege zurück. Die Coronakrise habe auch dazu geführt, »dass die Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen deutlich steigt«, schreibt Enzo Weber, Leiter des Forschungsbereichs »Prognosen und gesamtwirtschaftliche Analysen« beim IAB.

Im Bereich »Information und Kommunikation« rechnen die Forscher mit einem Zuwachs von 30.000 Stellen in diesem Jahr und 50.000 im nächsten. »Diese positive Entwicklung hängt mit dem Trend zur Wirtschaft 4.0 zusammen, also mit der Digitalisierung und Vernetzung von Produktions- und Dienstleistungsprozessen«, erläuterte Weber.

Die Studienautoren geben jedoch zu bedenken, dass die berechneten Zahlen nur bedingte Aussagekraft haben: Der Trend zu einer kräftigen Erholung könne leicht gefährdet werden, Risiken seien bei der Berechnung nicht berücksichtigt worden. Solche bestünden »durch ein mögliches Scheitern des Handelsabkommens zwischen EU und Großbritannien nach dem Brexit und die jüngst in vielen Ländern der Welt wieder steigenden Infektionszahlen«, heißt es in der Studie. Sollten wichtige Handelspartner Deutschlands wieder in den »Lockdown« gehen, könne es hierzulande wieder zu Lieferengpässen kommen. Auch das Insolvenzrisiko sei weltweit deutlich erhöht.

Vor dem steigenden Insolvenzrisiko warnen Wirtschaftsexperten schon seit Monaten. Das Aussetzen der Insolvenzantragspflicht während der Coronapandemie hatte Firmen, die nicht mehr zahlungsfähig sind, bislang geschont. Aber,

es werde einen »Tsunami von Klein- und Kleinstunternehmen« wie Restaurants oder Logistikfirmen geben, die pleite gehen werden, sagte der Insolvenzverwalter Frank Kebekus laut Reuters am Dienstag in Frankfurt.

Auch die Wirtschaftsankunft Credireform rechnet mit einer steigenden Zahl von Firmenpleiten. »Ab dem vierten Quartal wird es zu einem deutlichen Anstieg der Anträge kommen«, sagte deren Hauptgeschäftsführer Volker Ulbricht Anfang September. Vor allem Unternehmen aus den Branchen Kultur, Sport und Erholung stünden unter starkem Druck. In ihnen zeige sich eine Verschlechterung des Zahlungsverhaltens. Reisebüros hätten beispielsweise Anfang März im Mittel ihre Zahlungsziele um 15,5 Tage verfehlt, Ende August seien es bereits 29,2 Tage gewesen.

Experten der Commerzbank dämpften nun auch laut Frankfurter Allgemeinen Zeitung in der Ausgabe von Freitag (25.9.2020) die Erwartungen an eine schnelle Erholung der Wirtschaft. In der Automobilindustrie – der Schlüsselbranche – sei erst 2024 mit einer Rückkehr zum Vorkrisenniveau zu rechnen. Im Tourismus ist demnach auch frühestens 2022 mit Normalität zu rechnen. Auch Luftfahrt und Hotelgewerbe seien sehr zurückhaltend in ihren Prognosen.

Bernd Müller

UFO sagt Treffen mit Lufthansa ab

Frankfurt/Main. Die Flugbegleitergewerkschaft UFO hat die Teilnahme an einem für Montag geplanten Treffen des Lufthansa-Managements mit den drei Gewerkschaften UFO, Vereinigung Cockpit und Verdi abgesagt. Als Begründung führte die UFO am Freitag an, dass es keinen Fortschritt bei noch offenen Fragen zu ihrem Krisentarifvertrag mit der Lufthansa gibt. Die Gewerkschaft erklärte, sie wolle sich deshalb nicht länger als Feigenblatt einer funktionierenden Sozialpartnerschaft benutzen lassen. (Reuters/jW)

IG Metall befürchtet Stellenabbau bei Werften



Hamburg. Der IG-Metall-Bezirk Küste rechnet wegen der Coronakrise mit einem gravierenden Arbeitsplatzverlust auf den Werften. »Nach den Ankündigungen der Unternehmen sehen wir mehr als ein Drittel der 18.000 Arbeitsplätze auf den deutschen Werften als akut gefährdet an«, erklärte Daniel Friedrich, Bezirksleiter der IG Metall, am Freitag bei der Vorstellung der diesjährigen sogenannten Schiffbaumfrage unter Betriebsräten. Rund die Hälfte der Befragten in 39 Werften geht demnach davon aus, dass in ihren Unternehmen in den nächsten Monaten Arbeitsplätze abgebaut werden. (dpa/jW)

Wolf soll Präsident von »Gesamtmetall« werden

Berlin. »Südwestmetall«-Chef Stefan Wolf soll neuer Präsident von »Gesamtmetall« – der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie« werden. Der bisherige Chef Rainer Dulger habe einen entsprechenden Vorschlag gemacht, teilte die Organisation am Freitag mit. Eine Nachfolge für Dulger ist notwendig, da er an die Spitze der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) aufrückt. Stefan Wolfs Wahl ist für den 26. November geplant. (dpa/jW)

ANZEIGE

ELBE TAG

TORGAU 1945-2020 ★ 75. JAHRSTAG DER BEGEGNUNG

DEMONSTRATION AM 03. OKTOBER 2020
12.00 Uhr am Bismarckplatz Torgau – Überbrücke – Torbogen Markt – Denkmal der Begegnung

DKP, SPD, CDU, LINKE, NABU, KAZ, BUND DER ANGEREGTEN, BUND DER ANGEREGTEN

Nordkorea bedauert Tod eines Südkoreaners

Seoul. Nordkoreas Staatschef Kim Jong Un hat sich nach Angaben Seouls für den Tod eines Südkoreaners in nordkoreanischen Gewässern entschuldigt. Kim habe den Vorfall als »schändliche Angelegenheit« bezeichnet, erklärte der Nationale Sicherheitsberater Suh Hoon in Seoul am Freitag. Kim bat demnach um Entschuldigung dafür, dass er »Präsident Moon Jae In und die Südkoreaner enttäuscht« habe. Der Mitarbeiter der südkoreanischen Fischereibehörde war am Dienstag von Einsatzkräften in nordkoreanischen Gewässern erschossen worden. Suh las einen Brief der Partei der Arbeit Koreas vor. Darin räumt Pjôngjang ein, es seien etwa zehn Schüsse auf den Mann abgegeben worden, der »illegal in unsere Gewässer eingedrungen« sei und sich geweigert habe, sich ordnungsgemäß auszuweisen.

(AFP/iw)

Rekord in Polen bei Neuinfektionen

Warschau. Polen hat so viele neue Coranaansteckungen registriert wie noch nie seit Beginn der Pandemie. Am Freitag verzeichneten die Behörden 1.587 nachgewiesene Neuinfektionen innerhalb von 24 Stunden, wie das Gesundheitsministerium in Warschau mitteilte. Der bisherige Rekordwert von 1.136 Neuinfektionen wurde einen Tag zuvor erfasst. Ein Sprecher des Gesundheitsministeriums sagte, es gebe keine großen lokalen Epidemiederde. »Das ist ein Effekt unserer Rückkehr zur Normalität.« Viele Ausbrüche seien auf private Feiern zurückzuführen, auch in Pflegeheimen nehme die Zahl der Infizierten zu.

(dpa/iw)

Neuer Mann an der Spitze

Offizielle Amtseinführung des Übergangspräsidenten in Mali. Hoffen auf Ende der Sanktionen. **Von Georges Hallermayer**

Seit Freitag ist es offiziell. Der neue Mann an der Spitze Malis wird für die nächsten 18 Monate der ehemalige General der Luftwaffe und frühere Verteidigungsminister Bah N'Daw sein. Der bisherige Chef des seit dem Sturz von Präsident Ibrahim Boubacar Keïta de facto regierenden »Nationalen Komitees zur Errettung des Landes«, Assimi Goïta, soll als sein Stellvertreter fungieren. Die Übergangsregierung wird sich aus elf Personen zusammensetzen: fünf Angehörigen der Militärjunta, zwei Vertretern der Bewegung »M5-RFP« (Bewegung 5. Juni – Sammlung der patriotischen Kräfte) sowie jeweils zwei Personen aus dem religiösen und zivilen Spektrum, wie die französische Tageszeitung *Le Figaro* am 20. September zu melden wusste.

Der malische *Independent* nannte am Freitag erste Namen: Oumar Tatam Ly, 2014 aus Protest gegen Keïta als Ministerpräsident zurückgetreten, als Übergangspräsident, die beim Putsch führenden Militärs Malick Diaw und Ismaël Wagué für Inneres und Verteidigung. *Maliactu* meldete, die mögliche Ernennung des vormaligen Justizministers

Malick Coulibaly verbreite Angst in der Seilschaft des Expräsidenten, die befürchte, in belastenden Akten erwähnt zu sein.

Damit könnte eine Kompromisslösung mit der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS, die unmittelbar nach dem Putsch Sanktionen gegen Mali verhängt hatte, gefunden sein: Ihre Hauptforderung nach einer zivilen Besetzung des Spitzenamts der Übergangsregierung wäre damit formal erfüllt. Am Mittwoch liefen dazu Gespräche in der Hauptstadt Bamako. Auch wenn diese sich schwierig gestalteten, könnte das Handels- und Finanzembargo zeitnah aufgehoben werden, wie ECOWAS-Mediator Goodluck Jonathan im Anschluss zu Protokoll gab.

Auch wenn vom Embargo Medikamente, Treibstoff und Grundnahrungsmittel ausgenommen sind, wurden die öffentlichen Finanzen Malis davon zusätzlich zur Coronakrise getroffen. So ist der Handel im vergangenen Monat um 16,7 Prozent eingebrochen, Zolleinnahmen in Höhe von umgerechnet 7,1 Millionen Euro fielen durch die von der ECOWAS verhängten Grenzschie-

lungen weg, der Import ging nach Reuters-Angaben um 30 Prozent zurück.

Wer ist der 70jährige General im Ruhestand? Mit 23 Jahren hatte sich N'Daw in der Sowjetunion zum Hubschrauberpiloten ausbilden lassen. In der Folge erlangte er in Frankreich das höhere Militärdiplom und besuchte die Militärakademie im malischen Koulikoro. Er hatte mehrfach leitende Positionen inne, so unter dem jüngst verstorbenen Expräsidenten Moussa Traoré, als Generalstabschef der Luftwaffe oder als stellvertretender Generalstabschef der Nationalgarde. 2014 gehörte er dem ersten Kabinett Keïtas als Verteidigungsminister an.

Damals war er Nachfolger von Soumeylou Boubèye Maïga, der nach einem Debakel der malischen Armee im Mai 2014 in Kidal (einer Stadt, die heute von ehemaligen Tuareg-Rebellen kontrolliert wird) sein Amt hatte niederlegen müssen. Mehrere Quellen berichteten laut der panafrikanischen Nachrichtenagentur APA, dass N'Daws freiwilliges Ausscheiden aus dem Verteidigungsministerium im Januar 2015 auf einen Streit zwischen der Regierung

und ehemaligen Rebellengruppen über die Umsetzung bestimmter Maßnahmen des damals in Algier ausgehandelten und im Frühjahr 2015 von Bamako unterzeichneten Friedensabkommens zurückzuführen war. N'Daw soll mehreren Bestimmungen des Abkommens zutiefst ablehnend gegenüberstehen. So habe er sich entschieden geweigert, ehemalige Tuareg-Rebellen erneut in die Armee zu integrieren, die vor ihrem Beitritt zur Rebellion im Jahr 2012 bereits in den regulären Streitkräften gedient hatten.

Als Schwerpunkte der Übergangsregierung nannte N'Daw bei seiner Antrittsrede am Freitag die Ankurbelung der Wirtschaft nach der Pandemie, den »Kampf gegen den Terror« und die Wiederherstellung des sozialen Friedens im Innern sowie die Realisierung des Friedensvertrags von Algier. Während die kommunistische Partei SADI den neuen Präsidenten unterstützt, bleiben Teile von »M5-RFP« weiterhin kritisch. Der Sprecher Choguel Maïga bemängelte erneut, dass die Bewegung in den politischen Prozess nicht einbezogen war.

Louisville bleibt wach

USA: Trotz nächtlicher Ausgangssperre demonstrieren Tausende für Breonna Taylor

In der Stadt Louisville im US-Bundesstaat Kentucky sind Donnerstag nacht (Ortszeit) trotz verhängter Ausgangssperre erneut Hunderte Menschen auf die Straße gegangen, um gegen Polizeigewalt und Straflosigkeit von Beamten zu demonstrieren. Auslöser der anhaltenden Proteste war die Entscheidung der Justiz, keine Anklage im Zusammenhang mit dem Tod der 26jährigen Schwarzen Breonna Taylor zu erheben, die im März bei einem Polizeieinsatz in ihrer Wohnung von Beamten erschossen worden war.

Mehr als 1.000 Menschen demonstrierten im Stadtzentrum von Louisville,

das weitgehend für den Verkehr gesperrt war. Zu gewaltsamen Zwischenfällen wie in der Nacht zuvor kam es zunächst nicht. Am Mittwochabend waren bei Protesten in der Stadt zwei Polizisten durch Schüsse verletzt und 127 Menschen verhaftet worden.

Wie die Nachrichtenagentur AP berichtete, kam es jedoch kurzzeitig zu Spannungen, als ein Dutzend in Militäruniform gekleidete Weiße die Demonstranten provozierten. Die Polizei ging hart gegen die Protestierenden vor: Beamte blockierten die Ausgänge einer Kirche, in der sich Demonstranten versammelt hatten, um einer Verhaftung

wegen Verstoßes gegen die Ausgangssperre zu entgehen. Mindestens 24 Menschen wurden nach Polizeiangaben wegen »Verstoßes gegen das Versammlungsverbot« und anderer Vorwürfe festgenommen.

Auch in anderen Städten gab es Proteste. In Portland im US-Bundesstaat Oregon wurde ein Feuer in einem Gebäude der Polizeigewerkschaft gelegt.

Die Rettungssanitäterin Taylor war im März erschossen worden, als drei Polizisten in Zivil auf der Suche nach einem Verdächtigen mitten in der Nacht in ihre Wohnung eindrangen. Taylors Freund

schoss auf die Beamten, die er für Einbrecher hielt. Die Justiz des Bundesstaates Kentucky entschied am Mittwoch, im Zusammenhang mit Taylors Tod keine Anklage gegen die beteiligten Polizisten zu erheben. Die Beamten, die die tödlichen Schüsse abfeuerten, hätten in Notwehr gehandelt, erklärte Kentuckys Generalstaatsanwalt Daniel Cameron.

In den USA gibt es seit Monaten landesweit Demonstrationen gegen Rassismus und Polizeigewalt gegen Schwarze. Anlass war der Tod des Afroamerikaners George Floyd bei einem brutalen Polizeieinsatz Ende Mai in Minneapolis im Bundesstaat Minnesota. (AFP/iw)

Helle Panke
Kultur & Politik

Nach wie vor gelten folgende Coronabedingungen:
* Teilnahme nur nach Anmeldung & Bestätigung
* Masken- und Abstandsregeln einhalten
* Bitte einen Zettel mit Kontaktmöglichkeit mitbringen, wir vernichten die Daten nach 4 Wochen
* Kurzfristige Änderungen/Absagen finden Sie im Netz.

Do | 1. Oktober | 19:00 Uhr | Vielfalt sozialistischen Denkens
Rebellion, Resignation oder Transformation?
Die Suche nach dem politischen Subjekt 30 Jahre nach dem Epochenbruch
Podium: Luise Meier, Anna Stiede und Karl-Heinz Dellwo
Moderation: Christopher Wimmer
KOSTEN: 2,00 Euro. Wir bitten um Anmeldung.
ORT: //:about blank (Garten), Markgrafendamm 24c, 10245 Berlin

Mo | 5. Oktober | 19:00 Uhr | Internationale Politik
Assange-Prozess, Whistleblower, Schutz der Pressefreiheit im digitalen Zeitalter
Podium: Diani Barreto, Dr. Gregor Gysi, Wolfgang Kaleck, Angela Richter und Anne Helm (Moderation)
KOSTEN: 2,00 Euro. Anmeldung erforderlich.
ORT: Theater im Delpini, Gustav-Adolf-Straße 2, 13086 Berlin

Di | 6. Oktober | 10:00 Uhr | Seniorenklub
Die große Wiederaneignung und das vergiftete Versprechen des Privateigentums
Keine Enteignung ist auch keine Lösung
Referent: Dr. Sabine Nuss
Moderation: Marilies Müller
KOSTEN: 2,00 Euro. Wir bitten um Anmeldung.
ORT: Münzenbergsaal, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Di | 6. Oktober | 20:00 Uhr | Ökonomie jenseits der Schwab. Hausfrau
Online: Are profit making corporations and stopping the climate crisis compatible?
Sind Profitorientierung & Kampf gegen die Klimakrise vereinbar?
Online-Diskussion mit Hilary Wainwright und David Whyte
Moderation: Mathew D. Rose
In Kooperation mit Brave New Europe, RLS und Netzwerk plurale Ökonomie. Die Veranstaltung findet online statt. Bitte melden Sie sich unter info@helle-panke.de an, um den Teilnahmelink zu erhalten. Englisch mit Simultanübersetzung ins Deutsche.

Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin
Geschäftsstelle: "Helle Panke" e.V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin | Kopenhagener Straße 76 | 10437 Berlin – Prenzlauer Berg | Tel: (030) 47 53 87 24
E-Mail: info@helle-panke.de | Konto: Postbank Berlin | IBAN: DE11 1001 0010 0601 7641 04 | BIC: PBNKDEFF

Mi | 7. Oktober | 19:00 Uhr | Digitaler Wandel
Die zweite Elektrifizierung
Mehr als nur Antriebswende beim PKW
Referent: Timo Daum, Moderation: Fabian Kunow
KOSTEN: 2,00 Euro. Wir bitten um Anmeldung.
ORT: Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin

Do | 8. Oktober | 19:00 Uhr | Geschichte
50 Jahre Unidad Popular: Von Allendes Chile bis zur aktuellen Revolte
Mit: Dr. Clarita Müller-Plantenberg, Sophia Boddenberg, Nils Brock und Álvaro Garreaud
In Kooperation mit Allendes Internationale und der RLS. Spanisch mit Simultanübersetzung ins Deutsche.
KOSTEN: 2,00 Euro. Wir bitten um Anmeldung.
ORT: Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin

Do | 8. Oktober | 19:00 Uhr | Politik & Kultur
Online: The Game Must Go On
Wie Corona die europäische Fußballindustrie verändert
Online-Diskussion mit Ronny Blaschke, Susanne Franke und Daniela Wurbs, Moderation: Salvador Oberhaus
In Kooperation u.a. mit der RLS NRW. Wir bitten um Anmeldung.

Sa | 10. Oktober | 8:15 Uhr bis 19:00 Uhr | Exkursion
Busexkursion nach Brandenburg (Havel)
Stadt der wechselvollen Geschichte
Tourleitung: Dr. Siegfried Wein. Zum 75. Jahrestag der Befreiung: Besuch Zuchthaus Brandenburg-Görden bzw. Gedenkstätte für die Opfer der Euthanasie-Morde, anschl. Stadtrundgang und Schifftour. Kosten: 50 / 25 Euro. Anmeldung erforderlich.
Ab/An: Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin

Di | 13. Oktober | 10:00 Uhr | Seniorenklub
Wie beeinflussbar ist die menschliche Psyche in Bezug auf den Rechtsradikalismus heute?
Referent: Dr. Andreas Peglau, Moderation: Karla Dyck
KOSTEN: 2,00 Euro. Wir bitten um Anmeldung.
ORT: Münzenbergsaal, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Mi | 14. Oktober | 18:00 Uhr | Internationale Politik
Die Geldpolitik der EZB und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 5.5.2020
Mit: Maurizio Villani, Rainer Land und Ingeborg Schellmann
Moderation: Douwe Rosenberg
In Kooperation mit dem Makroskop-Gesprächskreis Berlin.
KOSTEN: 2,00 Euro. Wir bitten um Anmeldung.
ORT: Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin

Do | 15. Oktober | 19:00 Uhr | Politik & Kultur
Wem gehört der Fußball?
Der Profi-Fußball zwischen Kommerz, Protest & Mitbestimmung
Online-Diskussion mit: Lasse Gutsch, Helen Breit, Thomas Hennings und Ronny Blaschke (Moderation)
In Kooperation u.a. mit der RLS NRW. Wir bitten um Anmeldung.

Sa | 17. Oktober | 14:00 Uhr | DenkMalTour
Auf den Spuren von Friedrich Engels in Berlin
Zum 200. Geburtstag
Stadtführung mit: Prof. Rolf Hecker
Kooperationspartner: NaturFreunde Berlin
KOSTEN: 4,00 Euro. Wir bitten um Anmeldung.
TREFF: Garde-Artillerie-Kaserne, Am Weidendamm 2–3, 10117 B.

So | 18. Oktober | 19:00 Uhr | Politik & Kultur
ZICKZACK III: Winter adé (Helke Misselwitz, 1988)
Film & anschl. Gespräch mit der Künstlerin Elske Rosenfeld u.a.
Eine Veranstaltung in Kooperation mit x-embassy.
KOSTEN: 2,00 Euro. Anmeldung unter x-embassy@protonmail.com
ORT: Acad Macht Neu, Veteranenstraße 21, 10119 Berlin

Mo | 19. Oktober | 19:00 Uhr | Philosophische Gespräche
"Das 20. Jahrhundert wechselt sein Aussehen je nach Blickwinkel"
West- und östliches Europa aus Perspektive des Schriftstellers Czeslaw Milosz
Referent: Dr. Barbara Picht, Moderation: Dr. Falko Schmieder
KOSTEN: 2,00 Euro. Wir bitten um Anmeldung.
ORT: Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin

Di | 20. Oktober | 10:00 Uhr | Seniorenklub
Zur strategisch-militärischen Lage in der asiatisch-pazifischen Region
Der Interessengegensatz China–USA
Referent: Oberst a. D. Bernd Biedermann
Moderation: Christian Beyer
KOSTEN: 2,00 Euro. Wir bitten um Anmeldung.
ORT: Münzenbergsaal, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Di | 20. Oktober | 18:30 Uhr | Medienpolitik
Ernst Busch zwischen Capri-Fischern und Abendglocken
Über die Gründung von ETERNA in der Sowjet. Besatzungszone
Referent: Dr. Carola Schramm
In Kooperation mit der Ernst-Busch-Gesellschaft.
KOSTEN: 2,00 Euro. Wir bitten um Anmeldung.
ORT: Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin

Di | 20. Oktober | 19:00 Uhr | Forum Wirtschaft & Sozialpolitik
Politische Monster überwinden, aber wie?
Referent: Dr. Raul Zelik, Moderation: Christoph Lieber
KOSTEN: 2,00 Euro. Wir bitten um Anmeldung.
ORT: Münzenbergsaal, Fr.-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Fr–So | 23.–25. Oktober | 13. Marx-Herbstschule Digital
Die Natur des Kapitals – Ökologie bei Marx
Informationen und Anmeldung über marxherbstschule.net
U.a. Samstag, 20 Uhr: Online Lecture mit Mike Davis
In Kooperation mit: RLS, Berliner Verein zur Förderung der MEGA e.V., top B3rlin und dem ...umsGanze-Bündnis.

Di | 27. Oktober | 10:00 Uhr | Seniorenklub
Die Lage im Nahen und Mittleren Osten
Referent: Karin Leukefeld, Moderation: Dr. Inge Pardon
KOSTEN: 2,00 Euro. Wir bitten um Anmeldung.
ORT: Münzenbergsaal, Fr.-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Mi | 28. Oktober | 19:00 Uhr | Medienpolitik (eventuell online)
Digitale Mitbestimmung und Beteiligung
Podium: Annika Schmidt, Andreas Nitsche, Ferdinand Nehm, Martin Delius und Holger Klemm (Moderation)
KOSTEN: 2,00 Euro. Wir bitten um Anmeldung.
ORT: Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin

Do | 29. Oktober | 15:00 Uhr | Rendezvous
In Stein gemeißelt – Wilhelm von Humboldt
Referent: Dr. Dorothee Nolte, Mod.: Marlene Vesper
KOSTEN: 2,00 Euro. Wir bitten um Anmeldung.
ORT: Münzenbergsaal, Fr.-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

montags | 15:00 bis 17:00 Uhr
Offenes Antiquariat
Termine im Oktober: 5., 12., 19. & 26. Bitte anmelden.
ORT: Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin

Neuerscheinung
Heft 63: Klassenpolitik
Erneuerung – Erweiterung – Entgrenzung
Reihe „Philosophische Gespräche“, 72 Seiten, 2020, 3 Euro

twitter.com/hellepanke
soundcloud.com/hellepanke
facebook.com/hellepanke

Mehr Infos: www.helle-panke.de

Misstrauen mit Tradition

Schweizer Referendum über Kauf neuer Kampfflugzeuge. Rüstungsausgaben sollen erhöht werden. **Von Florian Sieber, Winterthur**

Wenn in der Schweiz Kampfflugzeuge gekauft werden sollen, kann viel schiefgehen. Vielleicht das Hauptproblem des zuständigen Bundesamtes für Rüstung (Armasuisse): die eigene Bevölkerung. Auch diesen Sonntag werden die Stimmberechtigten darüber entscheiden, ob sechs Milliarden Franken, umgerechnet etwa 5,6 Milliarden Euro, für neue Flieger ausgegeben werden sollen. Antimilitaristen und Linke haben ein entsprechendes Referendum organisiert.

Auch als das Parlament 1992 die Anschaffung von 34 US-amerikanischen F/A-18-Mehrzweckkampfflugzeugen beschloss, sammelte die »Gruppe für eine Schweiz ohne Armee« (GSOA), meist Hauptkraft im Kampf gegen Rüstungsprojekte, 180.000 gültige Unterschriften um den Flieger an der Urne zum Absturz zu bringen. Die Abstimmenden entschieden sich zwar mehrheitlich für den Kauf, doch votierten 42,8 Prozent dagegen, womit sich abzeichnete, dass die Schweizer Armee die ausgedehnte Aufrüstungspolitik des Kalten Krieges nicht würde weiterführen können.

Offiziell ein neutrales Land, stand für das Schweizer Establishment fest: Wäre ein Krieg ausgebrochen, die Eidgenossen hätten den Feind im Osten gesehen. 1962 hatte die Armee 880.000 Angehörige bei einer Landesbevölkerung von etwa 5,5 Millionen. Sogar ein eigenes, letztlich erfolgloses, Nuklearwaffenprogramm wurde gestartet.

Aus der Zeit des Kalten Krieges stammt wohl auch das Misstrauen, mit dem Einkaufsplänen des Militärs begegnet wird. Als die Armee 1961 100 »Mirage«-Flieger erwerben wollte, waren im Kreditantrag über 1,1 Milliarden Franken Zusatzkosten, beispielsweise für Ausrüstung, nicht



Kampagne gegen die neuen Kampfjets für die Schweiz (Adliswil, 3.9.2020)

gesondert aufgeführt. Als 1964 klar wurde, dass das bewilligte Geld nicht ausreichen würde, musste der Bundesrat zusätzlich mehr als 576 Millionen Franken beantragen. Das Parlament lehnte ab, setzte eine Untersuchungskommission ein und belastete die Beschaffungskommission schwer. Letztlich konnten nur 57 der 100 geplanten Flieger angeschafft werden.

Und auch das Votum vor gut sechs Jahren zeugt von Widerstand gegen Aufrüstung. Am 18. Mai 2014 wurde über 22 neue »Gripen«-Jets abgestimmt, die die früheren F-5 »Tiger« ersetzen sollten. Es votierten 53,4 Prozent dagegen. Damals wurde von den Gegnern auch moniert, dass noch 32 F/A-18 vorhanden seien. Da deren Einsatzdauer 2030 aus-

läuft, sollen nun neue Flieger her. Der Typ: noch unbekannt. Wohl auch aus Kalkül – im Abstimmungskampf zur »Gripen«-Anschaffung wurde die Qualität des Fliegers mehrfach in Frage gestellt. Anders als beim »Gripen« soll diesmal aber nicht nur ein Teilbereich der »Luftsicherung« abgedeckt werden. Der neue Jet soll alle Aufgaben der Luftwaffe, von »Verteidigung«, Polizeiaufgaben bis hin zu Erdkampfunterstützung übernehmen.

Beim »Gripen« wog der hohe Preis schwer als Gegenargument. Und mit jedem Jahr wiegt es schwerer: Kriegsgeschäft wird immer teurer. Wenig überraschend, dass deshalb mehr Geld für Rüstung zur Verfügung gestellt werden soll. Armasuisse-Sprecher Kaj-

Gunnar Sievert sagte am Donnerstag dazu im Gespräch mit jW: »Der Bundesrat sieht vor, das Armeebudget in den kommenden Jahren real jährlich um rund 1,4 Prozent zu erhöhen, und nach dem Ständerat hat am Mittwoch auch der Nationalrat diesem Wachstum im Zahlungsrahmen der Jahre 2021 bis 2024 zugestimmt.« Zum Ausgleich sollen andere Posten im Budget gesenkt werden. »In den Jahren 2023 bis 2032 im Durchschnitt jährlich um 1,5 Milliarden Franken«, so Sievert. Für diesen Sonntag zumindest scheint die Armasuisse mit solchen Plänen die Schweizer überzeugen zu haben: 58 Prozent tendieren laut Umfragen der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft zu einem »Ja«.

Vorteil für den Angeklagten

Sarkozy-Verfahren: Frankreichs Justizminister lässt gegen eigene Leute ermitteln

Am 23. November wird in Paris gegen den ehemaligen Staatschef Nicolas Paul Stéphane Sarközy de Nagy-Bocsa, genannt Sarkozy, vor Gericht verhandelt. Dem Angeklagten wird vorgeworfen, er habe zusammen mit seinem Anwalt Thierry Herzog versucht, einen Staatsanwalt zu bestechen. Seit sechs Jahren wird in dem Fall ermittelt. Dass in zwei Monaten über den im Kampf gegen die Justiz seines Landes ungemein erfahrenen früheren Minister, Parteivorsitzenden und von 2007 bis 2012 Präsidenten tatsächlich zu Gericht gesessen werden soll, halten die meisten Franzosen für ein Wunder. Zahlreiche ähnliche Ermittlungen hatte Sarkozy in den vergangenen 20 Jahren ohne Verhandlung nahezu schadlos überstanden. Nun, wo es für den begnadeten politischen Strippenzieher zum ersten Mal ernst zu werden droht, kommt Hilfe von unerwarteter Seite: Justizminister Éric Dupond-Moretti, den der gegenwärtige Staatschef Emmanuel Macron am 6. Juli in die Regierung geholt hatte, lässt gegen die eigenen, mit dem Fall befassten Leute ermitteln.

Der Fall ist kompliziert, auch deshalb, weil in dieser Sache von Staatsrang verschiedene Instanzen höchst unterschiedlichen Spuren nachgingen. Zu Beginn des Jahres 2014 hatten Sarkozy und sein Anwalt Herzog offenbar versucht, über den damaligen Staatsanwalt Gilbert Azibert an Informationen zu kommen, die ihnen im Rahmen eines von der Zeit noch laufenden Prozesses – es ging um eventuell von der L'Oréal-Erbin Liliane Bettencourt (1922–2017) erschlichene Parteipenden – nützlich schienen. Die Gegenleistung: Der einflussreiche Altpräsident wollte Azibert einen heißbegehrten Posten in diplomatischen Corps Frankreichs am Hof des Fürsten von Monaco verschaffen. Anwalt und Klient hatten sich für derlei problematische Gespräche eine »geheime« Telefonverbindung unter dem Decknamen »Paul Bismuth« gekauft und sich vor etwaigen Abhöraktionen der Ermittler sicher geglaubt. Ein Fehler, wie sich schnell herausstellte. Die von der Justiz aufgezeichneten, verhängnisvollen Dialoge sind Beweismaterial im anstehenden Verfahren.

Herzog und sein illustrierter Klient erfuhr schnell, dass die Leitung »Bismuth« keineswegs sicher war. Den Ermittlern schien das ein Beweis dafür, dass ein »Maulwurf« in den eigenen Reihen die beiden informiert hatte. Ein zweites Untersuchungsteam wurde eingesetzt, das den Verräter finden und stellen sollte. Hier kommt der neue Justizminister ins Spiel. Dupond-Moretti ist kein Mann des staatlichen Justizapparats, sondern ein in Frankreich nicht nur wegen seiner bisher 145 Siege als Strafverteidiger bekannter Anwalt. Auf der Jagd nach dem »Maulwurf« überprüften die staatlichen Verfolger auch eine Reihe von Advokaten, die – beruflich oder rein privat – dem Duo Herzog und Sarkozy zugeordnet werden konnten. Unter ihnen: Dupond-Moretti, der sich selbst als »alten Freund Herzogs« bezeichnet.

Als diese »skandalöse Aktion« bekannt wurde, antwortete der damalige Anwalt mit einer Strafanzeige gegen die Justiz. Der heutige Minister hat der schmierigen Geschichte eine seiner Meinung nach offenbar bessere, für den Angeklagten Sarkozy gleichzeitig deutlich interessantere Wendung gegeben.

In einem vor einigen Tagen öffentlich angekündigten Disziplinarverfahren will Dupond-Moretti nun gegen die Ermittler ermitteln lassen. Diese hätten die Causa Herzog/Sarkozy und die letztlich ergebnislose Suche nach dem Maulwurf nicht nur sechs Jahre lang verschleppt und »mangelhafte Streng« bewiesen, sondern der damit befassten Generalstaatsanwaltschaft auch wichtige Informationen vorenthalten.

In der Pariser Anwaltskammer und in den Rängen der Justiz ist man entsetzt. Der vormals weitgehend machtlose Anwalt Dupond-Moretti, der Anzeige erstattet hatte, ist nun der Justizminister, in dessen Macht es steht, seiner Anzeige – nun als Disziplinarverfahren getarnt – direkt die Strafe folgen zu lassen. Den bulligen neuen Chef der Justiz beeindruckt das offenbar wenig. Der Mann, der gerne mit Greifvögeln zur Hasen- und Fasanenjagd auszieht und den blutigen spanischen Stierkampf liebt, ist einer der neuen Günstlinge des aktuellen Präsidenten. Der wiederum lässt sich in Staatsdingen gerne von Nicolas Sarkozy beraten.

Hansgeorg Hermann, Paris

Kolumbien: Soldat tötet Frau an Kontrollposten

Bogotá. Inmitten der Proteste gegen Polizeigewalt ist in Kolumbien eine Frau von einem Soldaten an einem Kontrollposten erschossen worden. Sie wurde »durch den Schuss eines Mitglieds der Streitkräfte getötet«, sagte General John Rojas am Donnerstag (Ortszeit). Nach Medienberichten ereignete sich der Vorfall in der Nähe der Gemeinde Miranda im Südwesten des Landes. In manchen Berichten hieß es, die Frau habe mit ihrem Fahrzeug versucht, eine Kontrolle zu vermeiden. Die Nachricht dürfte die Proteste gegen staatliche Gewalt weiter befeuern, neben dem Vorwurf der Tötung von Zivilisten wird gegen Dutzende Militärs im Zusammenhang mit sexuellem Missbrauch ermittelt.

(dpa/jW)

Moskau: Senioren müssen zu Hause bleiben

Moskau. Angesichts stark steigender Infektionszahlen mit dem Coronavirus hat Moskaus Bürgermeister Sergej Sobjanin eine Ausgangssperre für Senioren verordnet. Ab kommenden Montag sollten Einwohner über 65 Jahren zu Hause bleiben und so selten wie möglich einkaufen gehen, erklärte Sobjanin am Freitag. Spaziergänge bleiben jedoch erlaubt. Die Unternehmen rief der Bürgermeister auf, ihren Angestellten die Arbeit im Homeoffice zu ermöglichen. Am Dienstag hatte Moskau mit mehr als 1.000 nachgewiesenen Neuinfektionen binnen 24 Stunden den höchsten Anstieg seit Ende Juni gemeldet.

(AFP/jW)

Black Panther: Freiheit nach 49 Jahren

New York. In den USA hat ein New Yorker Bewährungsausschuss am Mittwoch die Freilassung des Black-Panther-Mitglieds Jalil Muntaqim, ehemals bekannt als Anthony Bottom, angeordnet. Demnach muss er bis zum 20. Oktober aus der Hochsicherheitsvollzugsanstalt Sullivan in Fallsburg, New York, entlassen werden, wie das Bündnis »Free Mumia« am Donnerstag mitteilte. Muntaqim hat 49 Jahre in Haft verbracht. Er wurde 1971 für eine bewaffnete Aktion der Black Liberation Army verurteilt. Der 68jährige hat seit längerem gravierende gesundheitliche Probleme, im Mai war er zusätzlich an Covid-19 erkrankt.

(jW)

ANZEIGE

Suchen zwecks Gedankenaustausch Junggebliebene, die wie wir im August 1951 in der Berliner Wuhlheide am Zeltlager der Pionierrepublik »Ernst Thälmann« teilgenommen haben. Meldet Euch bitte unter 0176/87 46 48 16

■ Schweigen in BRD zu Ankaras Terror

Waffenbrüderschaft hält

Von Nick Brauns

In der »neuen Türkei« unter Präsident Recep Tayyip Erdogan wird gar nicht mehr versucht, den Eindruck von Gewaltenteilung und Unabhängigkeit der Justiz aufkommen zu lassen. Als der Generalstaatsanwalt von Ankara, Yücel Kocaman, am vergangenen Wochenende heiratete, fuhr das Brautpaar direkt nach der Trauung in den Palast des Staatspräsidenten, um dort ein Erinnerungsfoto mit Erdogan zu schießen. Für die Hochzeitsgeschenke, die ihm der Präsident überreichte, bedankte sich der Staatsanwalt umgehend mit einer großen Festnahmewelle gegen dessen Gegner am Freitag.

Betroffen sind Politiker der prokurdischen Oppositionspartei HDP sowie sozialistische Aktivisten. Die HDP-Politiker werden beschuldigt, hinter Massenprotesten im Oktober 2014 gestanden zu haben, die sich gegen die Unterstützung des sogenannten Islamischen Staates (IS) durch die Regierung Erdogan richteten. Während die IS-Kämpfer damals in die syrisch-kurdische Stadt Kobani (arabisch: Ain Al-Arab) eindringen, wurden in der Osttürkei Dutzende Menschen bei Zusammenstößen von Demonstranten mit der Polizisten und islamistischen Paramilitärs getötet.

Sechs Jahre nach der Schlacht um Kobani ist es den syrischen Kurden gelungen, den IS weitgehend zu zerschlagen und ihre Autonomieregion Rojava zu halten. Und in der Türkei verfügt die HDP laut jüngster Umfragen trotz aller Repression weiterhin über eine konstante Unterstützung von mehr als zehn Prozent der Wähler. Für die übrige, von den

Kemalisten dominierte Opposition spielen kurdische Stimmberechtigten eine Schlüsselrolle.

Schon bei den Kommunalwahlen im letzten Jahr zeigte sich, dass die islamistisch-faschistische Regierungallianz der AKP und MHP nur mit Unterstützung der HDP geschlagen werden kann. So zielen die jüngsten Massenfestnahmen, zu denen die anderen staatstragend ausgerichteten Oppositionsparteien erwartungsgemäß schweigen, nicht nur auf die Schwächung der HDP, sondern des fragilen Oppositionsblocks insgesamt.

In Deutschland wird derweil mit zweierlei Maß gemessen. So führte die Vergiftung des »Kremlkritikers« Alexej Nawalny durch Unbekannte zu einer scharfen Warnung der Bundesregierung in Richtung Russland. Und über die kurzzeitige Festnahme des CIA-nahen »Demokratieaktivisten« Joshua Wong durch Hongkonger Behörden wurde in dieser Woche umfangreich berichtet.

Dagegen schweigt Bundesaußenminister Maas, wenn in der Türkei um die hundert Oppositionelle von der Polizei aus ihren Wohnungen geholt oder kurdische Bauern aus Militärhubschraubern geworfen werden. Während sich die Bundesregierung und ein Großteil der sogenannten Leitmedien längst im Kalten Krieg gegen die geopolitischen Rivalen Russland und China befinden, wird in unverbrüchlicher Treue an der bis in die Zeiten des Bagdadbahnbaus im 19. Jahrhundert zurückreichenden Waffenbrüderschaft mit der Türkei festgehalten – koste es, was es wolle.

■ Jugendversther des Tages

Nico Hofmann



UMWELT/ANSPACH/FORDA

Deutsches »Eventfernsehen« ist etwas für den Lebensabend. Es geht da um verlorene Größe, um nie verwundene Kränkungen. Niemand weiß das besser als Nico Hofmann (60), Ufa-Geschäftsführer. Er produzierte Zweiteiler über die Bombennächte von »Dresden« (sagenhafte 12,68 Millionen Zuschauer) oder die »Vertreibung« aus Ostpreußen (»Die Flucht« mit Maria Furtwängler, mehr als elf Millionen). Seine Erfolgsformel hat das deutsche Fernsehen von Grund auf umgekrempelt, und es ist nicht so, dass er seine reiche Lebenserfahrung nicht gerne teilen würde.

Die Freitagausgabe der *Süddeutschen Zeitung* enthielt ein Interview mit dem »Erfolgsproduzenten«, der zeitlose Weisheiten überlieferte – »Wer öfter in die Ecke schießt,

bekommt kein Geld mehr« –, kommende Großproduktionen rühmte – »Die Porsche Saga«, »Siegfried & Roy« –, sich darüber hinaus aber auch noch um so etwas wie einen Anschein von Jugendlichkeit bemühte. Das ging los mit seinem Interesse für das Wirecard-Desaster – »eine große Theatershow, anscheinend sogar mit Schauspielern, die Wirtschaftsprüfer empfangen haben«. Für die Rolle des flüchtigen Jan Marsalek sei Freund und Kollege Heino Ferch »leider ein bisschen zu alt«, ließ Hofmann wissen. Und apropos, wenn auch in anderem Zusammenhang: Beim Geld höre Freundschaft keinesfalls auf – »Es ist genau umgekehrt.«

Am Tag der weltweiten Klimastreiks hatte Hofmann, der den deutschen Senioren so tief in die Seele geblickt hat, aber auch eine gute Nachricht, die die Jugend des Landes betrifft. Auch die versteht er. Und was er sieht, das gibt ihm Kraft und Hoffnung: »Das Interesse an Wirtschaft wächst, junge Leute beschäftigen sich mit dem Aktienmarkt und ETFs«. Genial! Auch er nämlich legt »weitgestreut in ETF-Fonds an«. Nicht mehr zu helfen ist also nur Leuten wie mir, die keinen blassen Schimmer haben, was dieses ETF sein soll.

Alexander Reich

»Die Berichterstattung ist bemerkenswert inkonsistent«

In der Coronakrise hängt *Bild* die Fahne in den Wind. In anderen Fällen agiert das Boulevardplatt voyeuristisch. Gespräch mit Moritz Tschermak

Jüngst sorgte *Bild* selbst in bürgerlichen Kreisen für Empörung. In Solingen hatte eine Mutter mutmaßlich fünf ihrer sechs Kinder getötet. Das Boulevardplatt zitierte aus einem Whats-App-Chat ihres elf Jahre alten Sohnes, der überlebt hatte. Wie bewerten Sie das?

In der Summe handelt es sich um ein ziemlich verwerfliches Vorgehen der *Bild*-Redaktion. Sie hat nicht nur zitiert, was der Elfjährige im Chat äußerte. Auf *bild.de* wurde zudem ein Screenshot des Chats veröffentlicht, ein zwölf Jahre alter Freund des Jungen wurde zitiert. Aus medienkritischer Sicht ist es zwar verständlich, dass über den Fall berichtet wird. Aber das kann auch sachlich geschehen. Das Ereignis ist schlimm genug, da müssen nicht auch noch Kamerateams dort herumlungern und Nachbarn befragt werden. Das ist purer Voyeurismus. Übrigens nicht nur von *Bild*, sondern auch von anderen Redaktionen.

Axel-Springer-Verlagschef Mathias Döpfner kritisierte das Vorgehen öffentlich. In den Medien wurde spekuliert, dass es für *Bild*-Chefredakteur Julian Reichelt jetzt »eng wird«.

Seit längerem heißt es, Verlegerin Friede Springer stehe kaum noch hinter Reichelt, vor allem wegen der Kampagne der *Bild* gegen den Virologen Christian Drosten. Die schrecklich verfehlte Berichterstattung im Fall Solingen hat die Position Reichelts nicht gestärkt. Andererseits hat es in den vergangenen Jahren viele heftige Fehlgriffe von *Bild*-Chefredakteuren gegeben, bei denen nichts passiert ist.

Wegen eines Berichts, in dem eine Coronastudie Drostens als »grob falsch« dargestellt wurde, hat der



PRIVAT

Moritz Tschermak ist freier Journalist und Blogger und leitet den medienkritischen *Bildblog*

Presserat das Boulevardblatt gerügt.

Der Artikel, den der Presserat gerügt hat, war auf mehreren Ebenen problematisch. Es wurden falsche Behauptungen aufgestellt, und dabei wurde heftig Stimmung gemacht.

In Sachen Corona führt das Blatt eine Art Eiertanz auf. Es stellt Leute an den Pranger, die eine Quarantäne verweigern, liefert auf der anderen Seite der Bewegung »Querdenken« der sogenannten Coronarebellen passende Stichworte.

Aus unserer Sicht ist die Berichterstattung über die Coronakrise bemerkenswert inkonsistent. Zuerst forderte *Bild*, Bundeskanzlerin Merkel müsse vors Volk treten und harte Maßnahmen verkünden. Da wurde eher Angst verbreitet. Doch das änderte sich relativ flott. Da war das Motto dann: Macht den Laden wieder auf. Es wurde etwa gefordert, Zuschauer bei Fußballspielen wieder zuzulassen. Inkonsistent scheint auch, sogenannte Superspreader anzuprangern – also Leute,

die sehr viele andere mit dem Virus anstecken –, dann aber Demos der »Coronaleugner« zu verteidigen, bei denen ziemlich sicher ist, dass nur wenige eine Maske tragen.

Den Versuch, die »Querdenken«-Demo in Berlin Ende August zu verbieten, kritisierte *bild.de* in einem großaufgemachten Kommentar. Das Verbot einer Gedenk Kundgebung für die Opfer von Hanau, ein halbes Jahr nach dem rechtsterroristischen Anschlag dort, wurde lediglich vermeldet.

Der Grundgedanke des Kommentars, dass das Demonstrationsrecht ein hohes Gut ist, war nicht falsch. Doch der Kontrast zur starken Zurückhaltung von *Bild* beim Verbot der Demonstration in Hanau fällt schon ins Auge. Eine mögliche Interpretation ist, dass man der verhassten »rot-rot-grünen« Regierung in Berlin einen mitgeben wollte.

In den »sozialen Medien« war die Empörung über das Vorgehen im Solinger Fall groß. Bei Twitter wurde der Hashtag »Bildboykott« vielfach benutzt. Wie stehen Sie zu solchen Forderungen?

Ich persönlich würde diesen Hashtag nicht verwenden. Aber natürlich sollte jeder für sich überlegen, ob er oder sie mit dem Kauf der *Bild* oder dem Besuch bei *bild.de* diese Art des schweinschen Journalismus, bei dem beispielsweise ständig Persönlichkeitsrechte verletzt werden, unterstützen möchte.

Den Hashtag »Drecksblatt« verwendete der *Bildblog* ebenfalls.

Das war eine einmalige Sache, so drastisch drücken wir uns sonst nicht aus. Aber im Zusammenhang mit der Solingen-Berichterstattung fanden wir den Ausdruck passend.

Interview: Kristian Stemmler

■ Abgeschrieben

■ André Hahn, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion von Die Linke im Bundestag und Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums für die Geheimdienste, erklärte am Freitag zur Abberufung des MAD-Präsidenten Christof Gramm:

Die Entlassung von MAD-Präsident Gramm durch Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer war nach diversen Pannen und Fehleinschätzungen des Militärischen Abschirmdienstes beim Aufdecken zunehmender rechtsextremistischer Entwicklungen der Bundeswehr in den zurückliegenden Jahren letztlich wohl unvermeidlich, der Zeitpunkt allerdings überraschend.

Herr Gramm fungiert zugleich als billiges Bauernopfer, denn seine Entlassung ist ein offenkundiges Manöver, um von eigenem Versagen des Verteidigungsministeriums bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus in Teilen der Bundeswehr und insbesondere im Kommando Spezialkräfte (KSK) abzulenken. (...)

■ In einer Stellungnahme der Sprecherin des Außenministeriums Russlands, Maria Sacharowa, vom

Donnerstag abend zum Fall Alexej Nawalny heißt es:

Wir alle werden Zeuge davon, wie der Westen (...) eine massive Desinformationskampagne um die Situation mit dem russischen Staatsbürger Alexej Nawalny gestartet hat. (...) Bundeskanzlerin Merkel sagte unter anderem, dass man Nawalny zum Schweigen bringen wollte. Deutsche Parlamentarier weisen auf »ein aggressives Regime« in Russland hin, das seine Interessen mit Mitteln der Gewalt durchzusetzen versuche und das Völkerrecht immer wieder verletze. (...)

Zum wiederholten Male eskalieren die USA und ihre europäischen Verbündeten aus rein politischen Gründen ihre Beziehungen zu Russland und ziehen einer konstruktiven partnerschaftlichen Zusammenarbeit den Kurs auf die Verschärfung der systemhaften Konfrontation vor. Bedauerlicherweise wird dieses Verhalten immer mehr zu einer Normalität. Es entsteht der Eindruck, dass Washington nicht den geringsten Antriebs zeigt, von eigenen Stereotypen abzuweichen. Sonst hätte man dort deutschen Kollegen, die Washington nach wie vor unter einen

immensen Druck setzt, längst geraten, Rechtshilfeersuchen der Generalstaatsanwaltschaft Russlands zu bewilligen und der russischen Seite die angefragten Materialien zu übermitteln, statt Russland grundlos zu beschuldigen und zu drohen. In keinem der öffentlichen Statements des US-Außenministers Pompeo war von solchen Aufrufen an die deutsche Bundesregierung die Rede. Zugleich hören wir Aufforderungen der US-amerikanischen Seite auf verschiedenen Ebenen an die deutsche Seite, das Projekt »Nord Stream 2« nicht weiter umzusetzen. (...)

Die russischen Strafverfolgungsbehörden bekräftigten bereits mehrmals ihre Bereitschaft, alle deutschen Ärzten vorliegenden Daten und Materialien, die aus ihrer Sicht auf eine gegen den russischen Staatsbürger begangene Straftat hinweisen, zu prüfen und zu berücksichtigen. Dennoch beeilt sich Berlin offensichtlich nicht, diese zur Verfügung zu stellen, wobei zugleich unterstrichen wird, die russische Seite solle unverzüglich agieren. Die Situation ist sehr ernst, und Moskau hat weder Grund noch Absicht, Berlin aufs Wort zu glauben. (...)

Tot durch Autopilot

Unfälle selbstfahrender Fahrzeuge häufen sich. Tesla-Chef Musk nennt Kritik »idiotisch« und Experten warnen vor Angriffswaffen auf vier Rädern. **Von Ralf Wurzbacher**

Elon Musk geriert sich gerne als Technikkritiker, etwa mit Sätzen wie diesen: »Künstliche Intelligenz stellt ein grundlegendes Risiko für die Existenz der menschlichen Zivilisation dar, auf eine Weise wie es Autounfälle, Flugzeugabstürze, schadhafte Drogen oder schlechtes Essen nie waren.« Um der Gefahr zu begegnen, holt sich die Unternehmerrikone die Künstliche Intelligenz (KI) kurzerhand ins Boot, beziehungsweise ins Auto, und produziert damit Unfälle auf eine Weise, wie es sie früher nicht gab. Zum Beispiel Ende 2019 im kalifornischen Gardena: Hier raste ein »Tesla Model S« über eine rote Ampel und krachte in einen »Honda Civic«. Dessen Insassen starben, die des Teslas trugen lebensbedrohliche Verletzungen davon. Später stellte sich heraus: In ihrem Fahrzeug war der »Autopilot« aktiviert.

Wegen einer Reihe ähnlicher Vorfälle, mehrmals schon mit tödlichem Ausgang, hat es das Landgericht München der Deutschland-Tochter von Tesla im Juli untersagt, die Assistenzsysteme weiterhin mit dem Begriff »Autopilot« zu bewerben. Tatsächlich sollen »autonome« Autos heute selbstständig die Spur und den Abstand halten, beschleunigen, bremsen und mithin Überholmanöver vornehmen können. Gleichwohl bedarf es einer permanenten »aktiven Überwachung durch den Fahrer«, wie auch Tesla auf seiner Website festhält. Musk will trotzdem nichts von Irreführung hören und nannte unlängst die Kritik am hauseigenen System »idiotisch«. Die auch statistisch belegte Häufung von Unfällen mit Teslas relativiert sein Unternehmen dabei stets mit dem Hinweis, dass Autos ohne digitalen Assistenten viel häufiger verunglücken.

Das stimmt zwar, schafft im Einzelfall aber kaum Vertrauen. Wer lässt sich guten Gewissens von einer Maschine mit 200 Sachen über die Autobahn chauffieren, von der zu lesen ist, dass sie Straßenteiler und die Spurführung bei Baustellen nicht korrekt erkennen kann und ihre Kameras und Sensoren im Dunkeln, bei Regen oder Schneefall zu Sehfehlern neigen? An-



Euphorisch: Tesla-Chef Elon Musk präsentiert »Tesla Model 3« in China (Shanghai, 7.1.2020)

dererseits gibt es durchaus Menschen, die die Heilsversprechen der »Digital-avantgarde« für bare Münze nehmen und ihr Leben einem Computer überantworten. In der Vorwoche wurde ein Fall von Anfang Juli aus Kanada bekannt, bei dem die Polizei einen Tesla stoppte, dessen Passagiere bei Tempo 140 auf zurückgelehntem Sitz offenbar geschlafen haben. Als die Streife mit Blaulicht die Verfolgung aufnahm, erhöhte das Auto die Geschwindigkeit automatisch auf 150 Kilometer pro Stunde.

Das sind Ausnahmefehler, jedoch mit viel Symbolkraft. Heute mögen noch ein paar wenige ihre Technikgläubigkeit mit dem Leben bezahlen. Ist die Technik erst einmal voll ausgereift, könnte ihr die ganze Menschheit zum Opfer fallen. Wenn Autos uns unfallfrei durch die Lande kutschieren, Kühlschränke das Einkufen abnehmen oder die Smartwatch den Speiseplan verordnet, was wird dann aus den Fertigkeiten, mit denen wir das bisher selbst bewerkstelligt haben? Und wo-

zu überhaupt noch denken? Musk hat vielleicht eine Ahnung, was kommt, und selbstredend eine Lösung parat: Damit die Künstliche Intelligenz nicht die Kontrolle über uns übernimmt, müssen wir uns nach seiner Logik selbst mit ihr verschmelzen. Über eine Schnittstelle und mit der passenden App sollen dann etwa fremde Sprachen oder eine Kampfsportart ins Gehirn hochgeladen werden – genau wie beim Sci-Fi-Klassiker »Matrix«. Entsprechende Experimente an Affen hat Musks Firma Neuralink bereits durchgeführt. Jetzt sind menschliche Versuchskaninchen gefragt.

Beim Projekt »autonomes Fahren« gibt es die schon, wenn auch nicht immer auf freiwilliger Basis. Nach Medienberichten von Mitte September wurde in den USA ein sogenannter Backupfahrer einer Uber-Limosine wegen fahrlässiger Tötung verurteilt. Er hatte 2018 eine Fußgängerin mit einem aus der Ferne navigierten Wagen erfasst, bei dem der »Autopilot« versagte. Der Mann war zum Zeitpunkt des

Unfalls mit Fernsehen beschäftigt. Solche Fälle erscheinen noch harmlos angesichts dessen, was am Dienstag Vertreter aus IT-Industrie, Wissenschaft und Versicherungswirtschaft beim alljährlichen Autoforum der Allianz in München erörtert haben. Demnach könnte neben dem Logistik- und Energiesektor das vernetzte Auto alsbald »eines der Hauptziele der IT-Kriminalität werden«, warnte Allianz-Deutschland-Chef Klaus-Peter Röhler.

»Alles, was vernetzt ist, wird auch angegriffen«, befand Hans Adlkofer, Manager beim Chiphersteller Infineon, der viele Autohersteller beliefert. Das schlimmste Szenario sei ein Hackerangriff auf eine ganze Fahrzeugflotte oder sämtliche Fahrzeuge eines einzigen Modells. Selbst das Umfunktionieren eines Autos in eine Angriffswaffe sei denkbar. Beim Tesla reicht dazu schon ein klitzekleiner Aufkleber auf einem Tempolimitschild. Die Softwarefirma McAfee hat damit in einem Test mehrere Autos um 50 Meilen pro Stunde beschleunigt.

Das Maß dieser Krise ■ Lucas Zeise zu Lust und Risiken des Kapitalverkehrs

Die entscheidende Meldung der vergangenen Tage lautet (in der Version der FAZ):

»Die Reallöhne in Deutschland sind in der Coronakrise so stark gesunken wie noch nie seit Beginn der Erhebung. Wie das Statistische Bundesamt am Dienstag mitteilte, lagen die Reallöhne im Dreimonatszeitraum von April bis Juni um 4,7 Prozent niedriger als im Vorjahresquartal. Dabei habe Kurzarbeit die Einkommensverluste noch teilweise abgefedert. Nominal, also nicht preisbereinigt, sanken die Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen um rund 4,0 Prozent. Die Verbraucherpreise legten im selben Zeitraum um knapp 0,8 Prozent zu. Der sich daraus ergebende reale Verdienstrückgang von



rund 4,7 Prozent ist nach Angaben des Bundesamtes die »historisch stärkste Abnahme der Nominal- und auch der Reallöhne im Vorjahresvergleich seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 2007 und somit stärker als in der Finanzmarktkrise 2008/2009«.

Das ist das erste umfassende Maß dieser Krise. So kommt sie bei der Klasse der Lohnabhängigen an. Die Summe der Löhne und Gehälter sinkt, weil weniger gearbeitet wird. Überstunden und Sonderschichten entfallen. Kurzarbeit wird vereinbart. Ganz oder zum Teil kommt das Geld vom Arbeitsamt statt vom Betrieb, in der Summe jedenfalls weniger davon. Die mit befristeten Verträgen – vielfach bei Leiharbeitsfirmen – werden nicht weiterbeschäftigt. Schließlich gibt es

Entlassungen, etwa wenn der Betrieb pleite ist. Entweder mit sofortiger Wirkung oder mit Vorankündigung und in der Übergangsphase schon mit weniger Geld, zum Einüben. Da aktuell immer noch neue Entlassungen angekündigt werden, kann sich jeder ausrechnen, dass die Erwerbslosigkeit laufend weiter steigen wird, und ihre Steigerungsrate wahrscheinlich fürs nächste auch.

Die Lohnsumme wird also – nominal und real – weiter sinken. Die minus 4,7 Prozent vom 2. Quartal sind erst der Anfang. Für die Konjunktur bedeutet das nichts Gutes. Um so erstaunlicher ist es, dass das Ifo-Institut seine Prognose für das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr angehoben hat. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) werde 2020 wahrscheinlich nicht ganz so stark schrumpfen wie 2009, als minus 5,7 Prozent gemessen worden waren, meinen die profes-

sionellen Konjunkturforscher aus München.

Woher der Optimismus stammt und warum die Erwerbslosigkeit im nächsten Jahr schon wieder sinken sollte, wird nicht ganz klar. Angesichts der heftigen Schrumpfung der Reallöhne wird der Konsum die Konjunktur ganz sicher nicht beleben. Vielmehr bedürfen Löhne und Konsum der breiten Massen selber der Belebung. Die einfachste Methode dazu sind stabile Jobs und gute Bezahlung in Bereichen, wo es gesellschaftliche Nachfrage gibt – beispielsweise Gesundheit und Bildung. Schon aus konjunkturellen Gründen ist es notwendig, die Tarife im öffentlichen Dienst von Kommunen und Bund jetzt um die geforderten 4,8 Prozent zu erhöhen.

■ Unser Autor ist Finanzjournalist und Publizist. Er lebt in Frankfurt am Main

Rüstungskonzern Hensoldt an der Börse

Frankfurt am Main. Der Rüstungselektronikkonzern Hensoldt ist am Freitag an die Börse gegangen. Das Unternehmen aus Taufkirchen bei München und sein Mehrheitseigentümer, der US-Finanzinvestor KRR, haben mit dem Börsengang zusammen 460 Millionen Euro eingenommen. Hensoldt ist die ehemalige Airbus-Radarsparte, die im Jahr 2017 von KRR übernommen wurde. Der Konzern beschäftigt 5.400 Menschen und erzielte im vergangenen Jahr 1,1 Milliarden Euro Umsatz. Hensoldt stellt unter anderem Militärradare für die Luftverteidigung sowie Systeme zur elektronischen Kampfführung her. (dpa/iW)

Apple-Urteil von Juli: EU legt Berufung ein

Brüssel. Der Streit um die Steuernachzahlung von 13 Milliarden Euro durch das Unternehmen Apple in Irland geht vor den Europäischen Gerichtshof (EuGH), das oberste rechtsprechende Organ der EU. Die EU-Kommission kündigte am Freitag an, gegen die Entscheidung des erstinstanzlichen EU-Gerichts von Juli Berufung einzulegen. Letzteres hatte die Nachforderungen der EU-Kommission aus dem Jahr 2016 für nichtig erklärt. Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager hatte Apple im August 2016 aufgefordert, die Milliardensumme in Irland nachzuzahlen, weil das Land dem Konzern unzulässige Steuerkonditionen gewährt habe. Irland und Apple wehrten sich dagegen. (dpa/iW)

Bank Julius Bär muss zurückzahlen

Zürich. Die Schweizer Bank Julius Bär muss auf Schweizer Konten gelandetes einstufiges DDR-Vermögen zurückzahlen, entschied das Bundesgericht am Freitag und beendete damit einen jahrelangen Rechtsstreit. Geklagt hatte die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS), die Nachfolgerin der Treuhandanstalt. (dpa/iW)

iW Vorschau

Lesen Sie am Montag:



REUTERS/JULIA QUENZLER

Staatsfeind Nummer eins

USA gegen Assange: Rechtsbruch mit System. Informationen zu Kriegsverbrechen sollen nicht an Öffentlichkeit gelangen.

Von Ina Sembdner

Ausgabe für 1,90 € (D), 2,10 € (AUT) bzw. 2,60 CHF am Kiosk erhältlich

All cops are ...

Aufgrund von mehr als 150 Strafanzeigen hat die Staatsanwaltschaft Berlin in Ruhe geprüft, ob Hengameh Yaghoobifarahs am 15. Juni in der *Taz* erschienene Kolumne »Abschaffung der Polizei: All cops are berufsunfähig« den Anfangsverdacht einer Straftat begründet. Ein solcher besteht nicht, wie die Staatsanwaltschaft am Freitag mitteilte. Der Beitrag sei »im Kontext der aktuellen öffentlichen Diskussion zu »Polizeigewalt« und Rassismus innerhalb der Polizei« zu sehen. Das Verfahren wurde ohne Aufnahme von Ermittlungen eingestellt.

145 Anzeigerstatuten seien »die Gründe dieser Entscheidung im einzelnen dargelegt« worden, hieß es in der Pressemitteilung. Bei den Polizeibeamten unter den 145 Personen sei das »mit besonderer Ausführlichkeit geschehen«. Yaghoobifarahs Kolumne endete mit der Feststellung, dass Polizisten auf der Mülldeponie noch am besten aufgehoben seien, »auf der Halde, wo sie wirklich nur von Abfall umgeben sind«. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) hatte damals gedroht, ebenfalls Anzeige zu erstatten.

Yaghoobifarah ist aktuell Model des Luxuskaufhauses KaDeWe in Berlin. Auf riesigen Schaufensterfotos wirbt sie zum Beispiel für einen 3.900-Euro-Ledermantel. (iw)

iw Spezial. 12 Seiten extra

DDR-Anschluss

Freitag, 2. Oktober, in iw



REUTERS STAFF

Über das Weiterarbeiten nach 1990

Ein Gespräch in Weißwasser

Ost- und West-Design

Ein großes Buch über DDR-Formgestaltung

Auf der Suche nach einem verschwundenen Land

Auszug aus dem Buch des französischen Historikers Nicolas Offenstadt

DIE TAGESZEITUNG
junge Welt

Ausgabe inklusive Spezial für 2,30 € am Kiosk erhältlich

In Düsseldorf sind derzeit 13 Serien des Fotografen Thomas Ruff zu sehen. Sie stammen aus den letzten 20 Jahren. Ruff wird der »Düsseldorfer Fotoschule« zugerechnet, die in den späten 70er Jahren von Bernd und Hilla Becher begründet wurde. Ihr Zentrum war die Düsseldorfer Kunstakademie, an der Bernd Becher von 1976 bis 1996 eine Professur für Fotografie innehatte. Zu dem aus dieser Schule hervorgegangenen Künstlerkartell gehören neben Ruff u. a. Andreas Gursky, Candida Höfer, Axel Hütte, Jörg Sasse und Thomas Struth.

Ruffs Beitrag zur Fotografie der Gegenwart besteht primär in der Entwicklung von Arbeiten ohne Kamera. Er verwendet Bilder, die andere gemacht haben, die in zumeist nicht-künstlerischen Zusammenhängen bereits verbreitet und für bestimmte Zwecke aufbereitet wurden. Sie stammen aus Zeitungen, Magazinen, Büchern, Archiven und Sammlungen oder waren schlicht für jeden zugänglich im Internet zu finden. In der Auseinandersetzung mit diesen Bildwelten erkundet Ruff, der sich in der Appropriation Art verortet, die technischen Bedingungen des Mediums.

Für seine Serie »Nudes« (1999–2005) etwa bearbeitete er in »Thumbnail galleries« frei verfügbare, schlecht aufgelöste Pornobilder und verweist so auf die Befuerung von Exhibitionismus und Voyeurismus durch das Internet. Um das Jahr 2000 erwarb Ruff aus Archivbeständen der einstigen Maschinenbaufirma Rohde & Dörrenberg in Düsseldorf-Oberkassel zirka 2.000 Fotografien auf Glasnegativen, von denen er einige für seine »Maschinen«-Serie verwendete. Einzelne Bereiche freigestellter Motive betonte Ruff bei der digitalen Bearbeitung durch Kolorierung. Der Serie »Press++« (seit 2015) liegen Pressefotos von 1930er bis 1980er Jahre, vor allem aus den USA zugrunde. Ruff scannte und vergrößerte die Vorder- und Rückseiten der Archivbilder und kombinierte die beiden Seiten, so dass Notizen und Bearbeitungsanweisungen von den Rückseiten mit den fotografischen Vorderseiten verschmelzen. Für seine Serie »Tripe« (2018) wiederum verwendete Ruff Negative eines Captain Linnaeus Tripe (1822–1902), der im Auftrag der britischen Regierung zwischen 1856 bis 1862 in Burma und Madras fotografierte. Ruff bearbeitete sie so, dass ihre Bearbeitungen und Beschädigungen zum Vorschein kommen.

Ein Produkt der Auseinandersetzung mit der Pseudosolarisation, die auch als Sabbatier-Effekt bezeichnet wird und

Die Katze im Sack: Hamburger Mittelstand, ein Lagebericht. Von Dusan Deak

Die Katze ist im Sack. Oder aus dem Sack raus, wie man's nimmt. Im Hamburger Schanzenviertel wurde der sympathische Superspreader-Treff »Katze« gegenüber der »Roten Flora« und direkt neben »Daniela« (hat mit Daniela Katzenberger nichts zu tun) geschlossen. Endlich, sagt manch genervter Bewohner des Viertels, und findet eine Schließung nicht genug.

Seit langem war nur die Frage, wann, nicht ob es zu Schließungen in der Schanze kommt. Weitere werden mit Sicherheit folgen, denn das Ballermann-Besucherpublikum in dem Viertel ist überwiegend gut gelaunt und sieht offenbar keinen Anlass, an der gewohnten Wochenendparty-stimmung etwas zu verändern. »Alles gut«, möchte man meinen angesichts der Ausgelassenheit, und denkt an die kleinere, fast intime Hochzeitsfeier in

Der sozialistische Realismus ist kein Zitteraal

Vom Offetraster-Mao zum Rasterpixel-Mao: Fotoarbeiten von Thomas Ruff in Düsseldorf. Von Jürgen Schneider



VE BILD-KUNST, BONN 2020 WITHOMASRUFF #K20

Pixelverschönter Mao aus der Serie »Tableaux Chinois«

bereits im 19. Jahrhundert Anwendung fand, sind die Fotos der Serie »Flower.s.«. Ruff fotografierte ausnahmsweise selbst, und zwar mit einer Digitalkamera, Blumen oder Blätter auf einem Leuchttisch. Anschließend bediente er sich am Computer des Sabbatier-Effekts, bei dem das Motiv einer diffusen Zweitbelichtung ausgesetzt wird.

Im Zentrum der Ausstellung steht Ruffs jüngste Serie »Tableaux Chinois«. Hierfür scannte der Künstler Bilder aus in der Volksrepublik China veröffentlichten Büchern sowie aus der Zeitschrift *La Chine* (deutscher Titel: *China im Bild*), die vom chinesischen Fremd-

sprachenamt verbreitet wird. Ruff rechnet diese Bilder der Propaganda zu und sagt, sie »lügen« und seien »lächerlich«. Zunächst einmal wäre nach den Auswahlkriterien zu fragen, denen Ruff gefolgt ist. Auf dem Cover von *China im Bild* (11/1972) etwa war eine Arbeiterin bei ihrer Tätigkeit auf einem Hochspannungsmast zu sehen, die Ausgabe 9/1967 zeigte einen Bauern beim Einfahren der Heuernte. Eine Untersuchung der chinesischen Printmedien aus jener Zeit wird zeigen, dass sehr oft Alltagsmotive und also nicht bloß Mao-Kultbilder oder Militäraufnahmen zu sehen waren.

Wie vor ihm etwa Thomas Bayrle, Gerhard Richter, Sigmar Polke, Roy Lichtenstein oder Andy Warhol zeigt sich Ruff in seinen »Tableaux Chinois« vor allem fasziniert von Mao, den er als »Diktator« klassifiziert. Eine Auseinandersetzung mit dem »rebellischen, extremen, komplizierten Mao« (Alain Badiou), vielleicht auch dem »säkularen Gott« und »größten Rebell gegen sich selbst« (Slavoj Zizek), findet nicht statt. Erst recht nicht mit dem traurigen Verlauf der Kulturrevolution, die Mao zur Mobilisierung der Massen gegen die Erstarrung ausrufen ließ.

In der Ausstellung sind mehrere Mao-Bilder zu sehen, darunter die Bearbeitung eines riesigen Werks des offiziellen Porträtmalers Wang Guodong, das in den 1960er und 70er Jahren den Tiananmen-Platz in Beijing zierte (heute hängt dort eines des Wang-Schülers Ge Xiaoguang). Ruffs chinesische Motive kennzeichnet sowohl das autotypische Druckraster des »analogen« Offsetdrucks wie auch die »digitale« Struktur des Pixelbildes. Unterscheidet sich die Bildlichkeit der digitalisierten Porträts von jener der chinesischen Offsetvorlagen? Im Begleitheft zur Ausstellung heißt es: »Die Propagandabilder des 20. Jahrhunderts werden damit in die visuelle Sprache des 21. Jahrhunderts transportiert und als manipulative Bilder entlarvt.« Eine frühere Kulturchefin der Westfälischen Rundschau, Birgit Kölgen, versteigt sich im Text zur Ausstellung auf ihrem Blog birgitkoelgen.com gar zu der Aussage: »Ruff ruiniert die Perfektion der Vorlage durch Sichtbarmachung des Offsetrasters. So erzittert optisch der sozialistische Realismus.«

Nein, der sozialistische Realismus ist kein Zitteraal. Ruffs pixelverschönte Maos sind so konsumierbar wie die poppig bunten des Kunstmarkt-Darlings Warhol. Sie tragen ihren Teil zur unreflektierten Mythologisierung Maos bei.

■ »Thomas Ruff«, noch bis 7. Februar 2021 im K20 der Kunstsammlung NRW, Düsseldorf

könnten im ungünstigen Fall sogar die harmonische und behutsam geregelte Ausbreitung der Covid-19-Pandemie eher behindern.

Fortschritte sieht die Leopoldina bei den Konzepten in der Sexarbeit. Bei konsequenter Beachtung der AHA-Regeln (1,5 Meter Abstand, Hygiene, Anlmaske) ist da viel Spaß zu haben. Ohne Küssen, versteht sich, das aber ist für erfahrene Besucher*innen kein Novum. Das Singen übrigens ist im Puff im Gegensatz zu Kirchenräumen erlaubt. Aus diesem Grund führen das »Eroszentrum« und die »Ritze« auf der Reeperbahn (ein wichtiger Wirtschaftsstandort des Hamburger Mittelstands) bereits lange Wartelisten, in die sich Chöre und Gesangssolisten Hamburger Kirchengemeinden für Übungsstunden eintragen können. Die Wartezeit für das Einsingen des »Weihnachtsoratoriums«

von J. S. Bach beispielsweise beträgt bei derzeitiger Anmeldung zirka zwei Monate.



Spenden unter Angabe des Verwendungszwecks »Unblock Cuba« bitte auf eines der folgenden Konten:

BRD: Netzwerk Cuba e.V.
IBAN: DE58 1001 0010 0032 3331 00.
BIC: PBNKDEFF

Österreich: Österreichisch-Kubanische Gesellschaft
IBAN: AT71 2011 1297 2387 0100.
BIC: GIBAATWW

Schweiz: Vereinigung Schweiz-Kuba (Postcheckkonto)
IBAN: CH97 0900 0000 3003 6190 7.
PC 30-36190-7

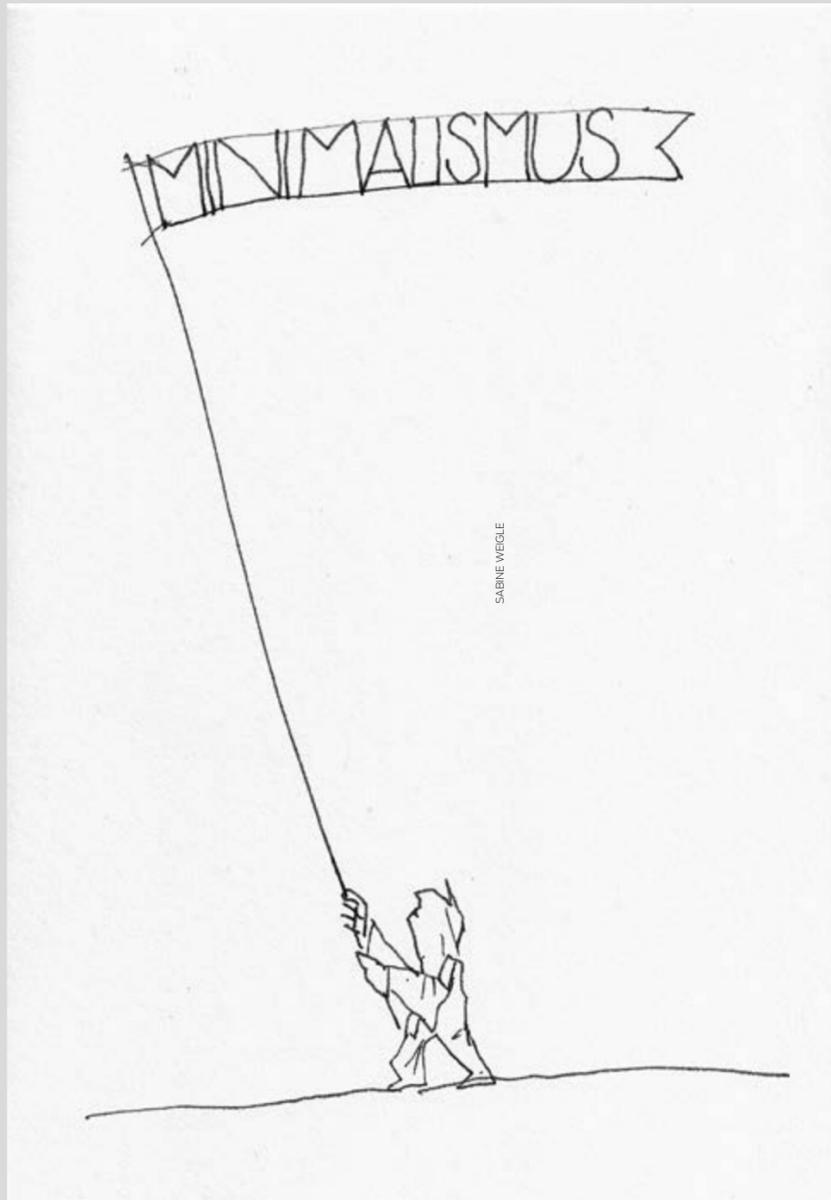
Für Spenden an Netzwerk Cuba e.V. und Vereinigung Schweiz-Kuba: Wenn Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, vermerken Sie es bei der Überweisung bitte und geben Sie Ihre Anschrift an.

Das US-amerikanische Magazin *Jacobin* ist ein Traum junger Großstadtklinker. Es betreibt Propaganda für den Sozialismus, bedient sich lässig aus dem Kanon der Popkultur und kokettiert auf Plakaten auch mal mit einer Guillotine – und ist damit verdammt erfolgreich. Das inspiriert zu Nachahmungstaten. So gibt es, nach einem missglückten Versuch unter anderem Namen, seit diesem Jahr eine deutsche Version von *Jacobin*. Wie bei einem Franchiseunternehmen wird der Name bereitgestellt, die eigenständige Redaktion leitet Ines Schwerdtner, zuvor tätig bei der Traditionszeitschrift *Das Argument*. Die erste Ausgabe trug den Titel »Jenseits der Sozialdemokratie«, unter dem man sich gänzlich diesseitig an die Sozis heranzumachen gedachte – inklusive obligatorischem Interview mit dem Stargenossen Kevin Kühnert, dem smart, jugendlich und links wirkenden Zugpferd der Arbeiterverräterpartei.

Nun liegt die zweite Ausgabe vor. Thema ist »Die Zukunft«, und man kann – Achtung aufregend! – das Heftchen vorwärts oder rückwärts lesen, wobei es entweder in eine glänzende Zukunft oder in den Abgrund führt. Dieser Griff in die Trickkiste des Konzeptdesigns wird zudem mit einem doppelten Titelbild veredelt, ein neoromantischer Caspar-David-Friedrich-Verschnitt in Computerspielästhetik. Beim Durchblättern stellt sich wie bei der vorigen Ausgabe peinliche Berührung ein, als ob man einem heftigen Layoutunfall beiwohnte. Alle paar Seiten wechseln Schriftart und Satz, während graphische Elemente wie mit der Gießkanne verteilt über die Seiten purzeln. Und schon der Versuch, das Inhaltsverzeichnis zu entschlüsseln, mündet im Gefühl erdrückender Orientierungslosigkeit. Das Durcheinander wirkt, als hätten sich ein paar Designstudenten im dritten Semester unbezahlt austoben dürfen, und versprüht durch die plumpe Bebilderung den Charme einer Broschüre zur Stadtteilaufwertung.

Was hat »eine führende Publikation der sozialistischen Linken«, so die Selbstbeschreibung, zur Zukunft zu sagen? »Der Grundsatz, dass Eigentum

Täglich Bernstein ■ Nichts hinzuzufügen



»Minimalismus«
Zeichnung von 1996

■ Ein Jahr lang bisher unveröffentlichte Zeichnungen von F. W. Bernstein, eine in jeder Ausgabe der *jungen Welt*

Benjamins Kinderbücher

Die Kinderbuchsammlung Walter Benjamins, der sich vor 80 Jahren auf der Flucht vor den Nazis an der französisch-spanischen Grenze das Leben nahm, soll restauriert werden, wie die Goethe-Uni in Frankfurt am Main in dieser Woche mitteilte. Sie hatte die 204 Bücher in den 1980er Jahren Benjamins Erben abgekauft. Der Philosoph habe »die Bücher seiner eigenen Kindheit mit bescheidenen Mitteln zu einer Sammlung ausgebaut«, erklärte die Bibliothek für Jugendbuchforschung, die die Werke in einem Stahlschrank aufbewahrt. Es handelt sich vorwiegend um illustrierte Texte aus dem 19. Jahrhundert: Ausgaben der Grimmschen Kinder- und Hausmärchen, Märchenbücher von Wilhelm Hauff und Charles Perrault, außerdem sogenannte Verwandlungsbilderbücher, darunter ein besonders seltenes von Christian Gottfried Heinrich Geißler aus dem Jahr 1815. Die Bücher sind stark benutzt, zum Teil beschädigt. Zunächst sollen nun, sofern notwendig, das Papier entsäuert und die Buchkanten stabilisiert werden. Geplant sind eine Ausstellung, ein Symposium und die umfassende Digitalisierung. Damit sollen die Bücher der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Denn: »Wenn es irgendein Gebiet auf der Welt gibt, wo das Spezialistentum immer wird versagen müssen, so ist es das Schaffen für Kinder«, so Benjamin in seinem Rundfunkvortrag »Kinderliteratur« (1929). (jW)

Einer bleibt stabil

Die deutsche Franchiseausgabe des *Jacobin*-Magazins will den Sozialismus wieder chic machen – und bietet biederste Sozialdemokratie. **Von Jakob Hayner**

verpflichtet und dem Wohle der Allgemeinheit zu dienen hat, bleibt im Rennen um die Profite auf der Strecke«, heißt es in bester Nachkriegs-CDU-Diktion direkt zu Beginn. Aber wozu soll denn Eigentum im Kapitalismus verpflichten, wenn nicht zum Profit? Dieselbe Formulierung von der moralischen Pflicht der Besitzenden findet sich ebenfalls in dem von Schwerdtner mitverfassten Leitartikel, der von einem R2G-Thinktank stammen könnte. Der Merksatz lautet, dass es »kein Abwägen von Umweltschutz gegen Arbeitsplatzverlust« geben soll. Das sagt zwar auch der Unternehmerverband, aber man fordert darüber hinaus auch ein paar Staatsjobs, Mindestlohn von 12,63 Euro, und um den »privaten Sektor« macht man sich auch Sorgen. Zur Verstaatlichung bleibt man wohlfeil auf Sicherheitsabstand, Enteignung spielt nur am Rande eine Rolle.

Auch der Gewerkschafter Hans-Jürgen Urban zeigt sich im Gespräch weniger pointiert als gewohnt und bedient eifrig das programmatische Wortgut der »sozial-ökologischen Transformation«. Interessanter ist dann schon das Gespräch mit dem Humanökologen

Andreas Malm über Öko-Leninismus. Man müsse »die ökologische Krise in eine Krise für ihre Verursacher, also das fossile Kapital« verwandeln wie Lenin einst den Weltkrieg in einen Bürgerkrieg. Als stabiler Genosse erweist sich wie immer Dietmar Dath, dessen Text über die Möglichkeit des Neuen trotz diverser Übergriffe des Layouts sehr lesenswert ist. Abenteuerlich sind hingegen die Literaturanalysen im Heft. So

wird der 1968 geborene Uwe Tellkamp, der seit Jahren seine enthemmte Bürgerlichkeit im Tone des Tabubrechers öffentlich zur Schau stellt, als junger Konservativer bezeichnet. Und im Gegenzug die Hipsterödnis von Leif Randts »Allegro Pastell« als klassenbewusste Literatur. Man kommt aus dem Kopfschütteln nicht mehr heraus.

Wenn der Erfolg von *Jacobin* in den USA tatsächlich darin begründet liegt, in einer feindlichen Umgebung unbeirrt die Idee des Sozialismus und des Klassenkampfes zu vertreten – und zwar weit links von Bernard Sanders –, hat der deutsche Ableger das offenbar missverstanden als Illustration rot-rot-grünen Regierungstrebens. Abgesehen davon, dass die Grünen wohl lieber mit der CDU anbändeln wollen, würde ein solches Bündnis nicht den Sozialismus einführen. Oder was war nach der Wahl 1998? Eine illusionslose Bestandsaufnahme der Wirklichkeit, aus der radikale Schlüsse zu ziehen wären, stände einer sozialistischen Publikation weit besser an als ästhetisch und inhaltlich schlecht verpackte Wahlempfehlungen.

■ jacobin.de

An die jüngeren

■ Gedicht zeigen.
Von Florian Günther

Schreiben ist wie angeln.
Also such dir einen, der es kann.
Beobachte ihn.
Hab Geduld. Leg dich auf die Lauer.

Und stör ihn nicht.

ANZEIGE

Bis kurz vor seinem Tod in einem New Yorker Hospital am 26. September 1945 hatte Béla Bartók die Hoffnung nicht aufgegeben, aus dem Exil in die ungarische Heimat zurückzukehren. Die Einladung, nach der Befreiung durch die Rote Armee am Wiederaufbau auch politisch mitzuwirken, hatte er bereits angenommen.

Doch weshalb lebte Bartók, der sich als ungarischer Nationalist verstand, überhaupt im Exil – in einem Land, das er nicht mochte, und zudem in einer Großstadt, die den größtmöglichen Gegensatz zu dem von ihm geliebten bäuerlichen Leben bedeutete? Zwar hatte er trotz bürgerlicher Herkunft nie Berührungsängste mit Linken gehabt. Während der kurzlebigen ungarischen Räterepublik 1919 wirkte er mit den beiden anderen wichtigen ungarischen Komponisten dieser Zeit, seinen Freunden Ernő Dohnányi und Zoltán Kodály, im Volkskommissariat für Bildung mit und entwarf ein Programm zur Musikerziehung in Ungarn, das wegen des schnellen Siegs der Konterrevolution nie verwirklicht wurde. Bei einer Konzertreise in die Sowjetunion 1929 stellte er zudem fest, wie sehr man dort seinem Ideal, dass sich große Teile der Bevölkerung am Musikleben beteiligten, nahegekommen war. Doch das seit 1919 in Ungarn herrschende konterrevolutionäre Regime des »Reichsverwesers« Miklós Horthy duldete ihn nicht nur als Klavierprofessor am Konservatorium, ehrte ihn nicht nur durch Auführungen, sondern stellte ihn 1934 von der Lehrtätigkeit frei und ermöglichte ihm, an der Ungarischen Akademie der Wissenschaften Volksmusikforschung zu betreiben.

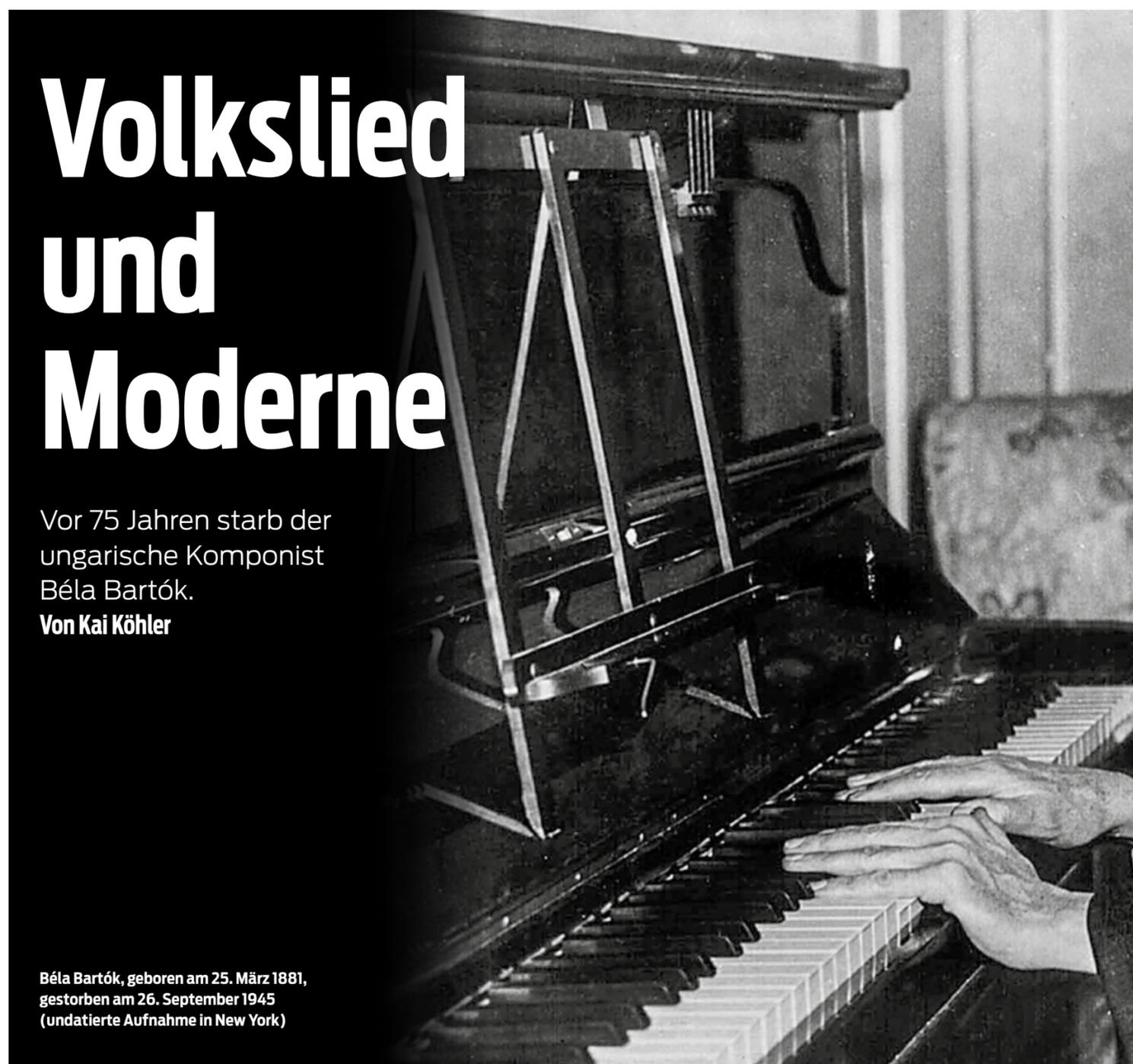
Dennoch war der Bruch unvermeidlich, und nicht zufällig wurde ausgerechnet die Budapester Horthy-Miklós-Straße nach 1945 in Bartók-Béla-Straße umbenannt. Bartóks Konsequenz lässt sich erstens auf einer individuell-moralischen Ebene begründen und zweitens ausgerechnet auf jenem Arbeitsgebiet, das geradezu ein Einfallstor für den Nationalismus zu bieten scheint, nämlich der von Bartók leidenschaftlich betriebenen Volksmusikforschung.

Distanz zur Klasse

Bartók wurde 1881 in der ungarischen Kleinstadt Nagyszentmiklós geboren, die heute zu Rumänien gehört; also in einem Gebiet, in dem – wie häufig in Südosteuropa – verschiedene ethnische Gruppen mit- oder jedenfalls nebeneinander leben. Für den Sohn eines Schuldirektors war das zunächst kaum von Bedeutung. Bartók, dessen musikalische Begabung sich früh zeigte, erhielt eine bürgerliche Erziehung, die ihn schließlich aufs Budapester Konservatorium führte. Dort wirkten vor allem Professoren, die der deutschen Musiktradition verpflichtet waren; und wenn der junge Bartók 1904 mit einer Programmsinfonie über den ungarischen Nationalhelden Lajos Kossuth an die Öffentlichkeit trat, so unterschied er sich von seinen Lehrern nur durch musikalischen Modernismus. Der zeigte sich vorerst dadurch, dass sich Bartók an der Musik von Richard Strauss orientierte.

Bartóks Nationalismus war entschieden: »Ich meinerseits werde auf allen Gebieten meines Lebens immer und in jeder Weise nur einem Zwecke dienen: dem Wohle der ungarischen Nation und des ungarischen Vaterlands.« Das schrieb er in einem Brief an seine Mutter 1903, und: »Hört die Regel, die für jeden Ungarn gilt: ›Sprich nur dann in einer fremden Sprache, wenn es unumgänglich notwendig ist!« Dies führte ihn dazu, die Volksmusik zu studieren und so ungarische Werke zu schaffen, die nicht allein vom Stofflichen her, sondern vor allem in der musikalischen Substanz national sein sollten. Dabei ging es nicht darum, lediglich vorhandene Melodien vorzustellen. Vielmehr verfolgte Bartók einen doppelten Plan: erstens auf den Dörfern die wirkliche bäuerliche Musik aufzuzeichnen und die Ergebnisse wissenschaftlich zu systematisieren; zweitens daraus Grundstrukturen zu gewinnen, die als Basis für eigene, sowohl nationale als auch moderne Kompositionen dienen konnten.

Dies war der erste Schritt, mit dem sich Bartók von der Klasse löste, der er entstammte. Die nationalistischen Konzertbesucher in Budapest waren bereit gewesen, der klangprächtigen, im harmonischen Detail kühnen, doch in den Ausdruckscharakteren insgesamt konventionellen Verherrlichung Kossuths zu folgen. Bartóks folgende Werke wirkten moderner (gerade wo der Komponist



Volkslied und Moderne

Vor 75 Jahren starb der ungarische Komponist Béla Bartók.

Von Kai Köhler

Béla Bartók, geboren am 25. März 1881, gestorben am 26. September 1945 (undatierte Aufnahme in New York)

archaische Vorbilder aufgriff). Sie erinnerten die Bürger an das verachtete Bauerntum, jedoch ohne eingängigen Schmiss zu bieten. Kurz: Der Komponist Bartók fiel beim bürgerlichen Publikum für ein gutes Jahrzehnt durch. Bartók überlebte als Pianist, seit 1907 an der Musikhochschule Budapest als Klavierlehrer. Aber die seltenen Aufführungen seiner Werke waren bis zur Premiere des Balletts »Der holzgeschnitzte Prinz« 1917 kaum erfolgreich.

Damit rückte der moderne Künstler an die Seite des Volks – freilich nicht des Industrieproletariats, das es im Ungarn vor dem Ersten Weltkrieg kaum gab und das den Städtehasser Bartók wenig interessieren konnte, sondern an die Seite jener Bauern, die noch eine vormoderne Kultur überliefern konnten. Bartók entfremdete sich vom Bürgertum und war entsprechend bereit, sich an den kulturpädagogischen Bemühungen der Räterepublik zu beteiligen. Doch markierte sogar dies noch nicht den Bruch.

Das konterrevolutionäre Regime Horthys, das der Niederlage der Kommunisten um Béla Kun folgte, verfuhr mit Arbeitern grob, doch mit Künstlern relativ milde. Manche Komponisten wurden von ihrer Lehrtätigkeit im Konservatorium suspendiert, doch unter Fortzahlung der Bezüge. Bartók, den das nicht betraf, achtete auf Distanz zu offiziellen Organisationen der Sieger. Gerüchte im Februar 1920, er sei Mitglied des neugegründeten Musikrates geworden, wies er zurück und erklärte öffentlich, er habe gar nicht den Wunsch, einem Gremium anzugehören, in dem die besten Musiker des Landes fehlten; dabei nannte er die politische Verfolgung. Doch akzeptierte Bartók Kompositionsaufträge, wie den zum 50. Jahrestag der Vereinigung von Ofen und Pest zur Stadt Budapest, und stellte spöttisch fest, dass eben jene drei Komponisten, die die Räterepublik unterstützt hatten, nun für die ungarische Musik standen: neben ihm selbst Dohnányi und Kodály. Bartóks Beitrag, die fünfsätzig »Tanzsuite« für Orchester von 1923, wurde ein internationaler Erfolg und binnen kurzem mehr als 50mal nachgespielt.

Über das ungarische Regime der Zwischenkriegszeit, dem heute das Regime Victor Orbáns offen nacheifert, schrieb Bartók in einem Brief im April 1938: »Es ist nämlich die imminente Gefahr, dass sich auch Ungarn diesem Räuber- und Mördersystem (Nazideutschlands, K. K.) ergibt. Die Frage ist nur, wann und wie?« Dieses moralisch wie politisch vernichtende Urteil über die ungarische Regierung erwies sich als zutreffend; es besagt aber auch, dass aus Bartóks Sicht die Herrschaft Horthys bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht so durchgreifend war wie die des italienischen oder gar des deutschen Faschismus. Sogar noch am 8. Oktober 1940, unmittelbar vor der Emigration in die USA, die als Konzertreise deklariert war, konnten Bartók und seine Frau, die Pianistin Ditta Pásztory, in Budapest ein umjubeltes Abschiedskonzert geben.

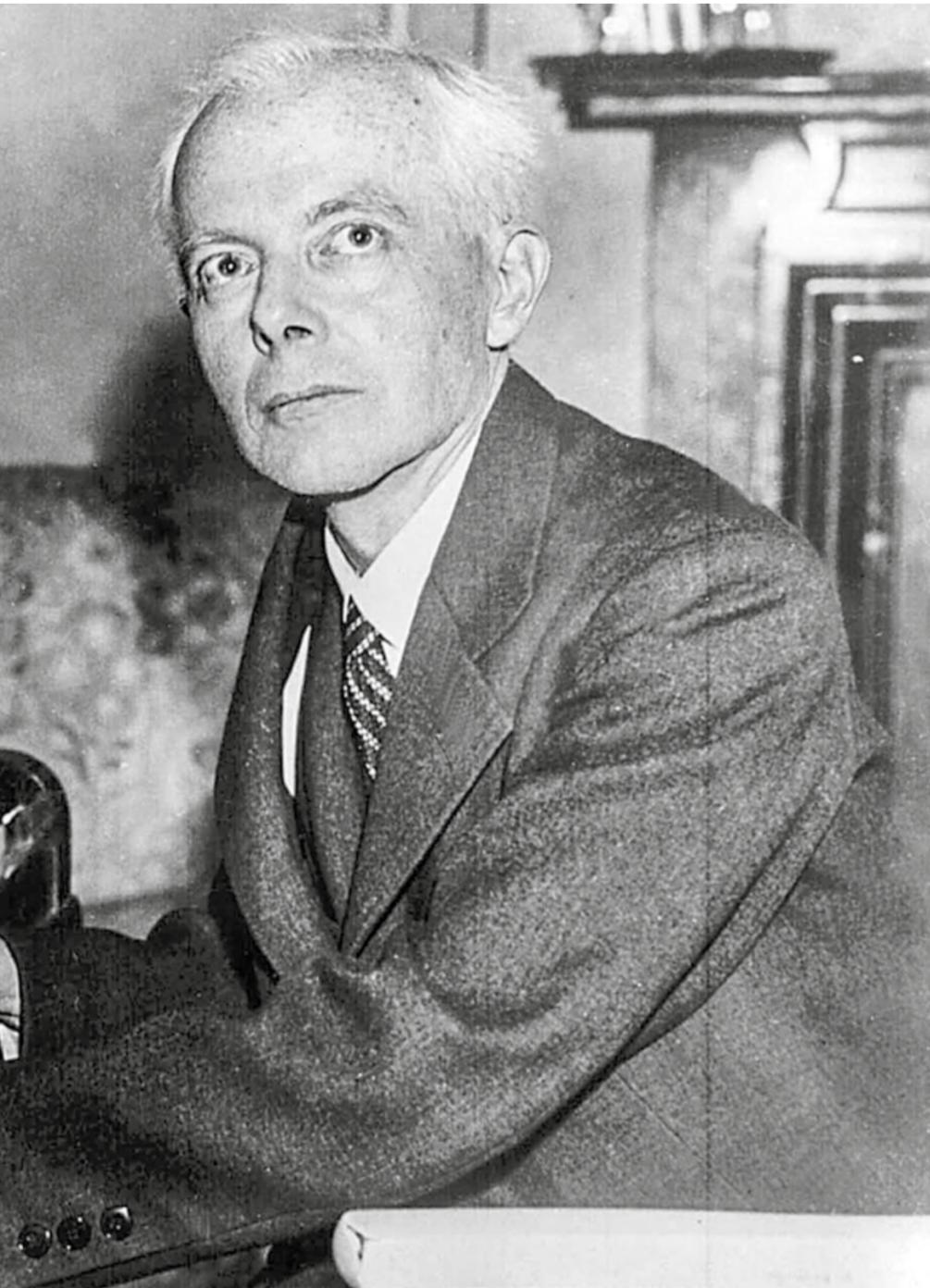
Dabei hatte er in den Jahren zuvor unmissverständlich Stellung bezogen. Er hatte, zusammen mit anderen Künstlern, öffentlich protestiert, als das rechte Regime in Ungarn im Mai 1938 das erste der Gesetze beschloss, die die ungarischen Juden aus dem öffentlichen Leben verdrängen sollten. Im gleichen Jahr fand in Düsseldorf die Naziausstellung »Entartete Musik« statt, die sich gegen Künstler richtete, die als jüdisch, modernistisch oder links galten. Bartók als der international bekannteste Komponist eines befreundeten Landes war ausgespart. Bartók stellte sich auf die Seite seiner Kollegen und beschwerte sich über sein Fehlen bei der Ausstellung. Als durch den »Anschluss« Österreichs 1938 sein Verlag, die Wiener Universal Edition, zu einem deutschen Verlag wurde und Bartók per Fragebogen Angaben zu seiner »arischen« Herkunft abfordern wurden, verweigerte er die Antwort und zog einen Verlagswechsel vor. Bei all dem war ihm klar, wo die soziale Basis des Faschismus zu suchen war. So schrieb er in dem erwähnten Brief, in dem es um die erwartbare Annäherung Ungarns an das faschistische Deutschland geht: »Das bisherige betrifft Ungarn, wo leider die ›gebildeten‹ christlichen Leute fast ausschließlich

dem Nazi-System ergeben sind; ich schäme mich wirklich, aus dieser Klasse zu stammen.«

Jene bürgerliche Klasse war in Ungarn gut dreißig Jahre zuvor, als Bartók mit seiner Volksliedforschung begann, musikalisch von zwei Vorlieben bestimmt. Eine kleinere Gruppe, vor allem in der Hauptstadt, orientierte sich an der deutsch-österreichischen Klassik und allenfalls der italienischen Oper. Wer dagegen Musik allein zur Unterhaltung hörte, bevorzugte »Zigeuner«-Musik (oder das, was man dafür hielt) sowie ein oft sentimentales Liedgut, das als nationale Volkskultur galt. Bei letzterem handelte es sich teils um tatsächliche Volkslieder, die im 19. Jahrhundert aufgezeichnet und nach romantischem Zeitgeschmack harmonisch und melodisch bearbeitet worden waren, teils auch um Neukompositionen, in die einige Merkmale dieser Lieder einflossen.

Bartók war (wie einigen anderen Vertretern einer modernen Volksliedforschung, etwa Kodály) klar, dass diese bürgerliche Gebrauchsmusik mit den Liedern der Bauern wenig zu schaffen hatte. Bereits die schriftliche Fixierung veränderte den Charakter, denn es gibt nicht die eine wirkliche Fassung und Abweichungen davon, sondern die veränderliche Praxis. Das tatsächliche Volkslied ist an die Situation gebunden: an den individuellen Vortrag, an die Tradition eines bestimmten Dorfs, an den Platz in Ritualen, die jahreszeitliche und lebensgeschichtliche Einschnitte wie Geburt, Hochzeit, Tod markieren.

Grundlage der Volksliedforschung war es also, die Dörfer zu besuchen, möglichst viele Varianten der Melodien sowie der Texte aufzuzeichnen und so die Praxis und die Verbreitungswege der nationalen Musik zu erkennen. Die Aufzeichnung in Notenschrift wurde bald durch die mit Phonographen ergänzt, um die Gesangsweise möglichst genau zu dokumentieren. Wenn Bartók stets Alter, Geschlecht, Beruf und Reisewege der Sänger und Sängerinnen aufzeichnete, so steht dies am Anfang einer Musiksoziologie, die gleichzeitig mit einer wissenschaftlichen Soziologie überhaupt entstand.



PICTURE-ALLIANCE/OPA

Fast vier Jahrzehnte befasste sich Bartók mit der Sammlung und Systematisierung von Volksmusik; noch im US-amerikanischen Exil war ein entsprechender Forschungsauftrag der Columbia University eine wichtige Einnahmequelle. Resultat war die Dokumentation von etlichen tausend Liedern bzw. deren Varianten. Wie schwierig dies manchmal war, das schildert Bartók 1907 in einem Brief an die Geigerin Stefi Geyer. Hier lässt er in einem kleinen Dialog den »Reisenden« auftreten, der mit viel Mühe einer Bäuerin den Zweck seiner Liederforschung erklärt und sie zum Vorsingen überredet. Die »uralten« Lieder, die sie dann vorträgt, sind aber doch nur welche der neueren Kunstlieder oder Kirchengesänge. Die »zähneknirschend, mit größtmöglicher Liebeshörigkeit« vorgetragene Bitte des Reisenden führt nur zu weiteren Kunstliedern und dem erneuten Angebot der Bäuerin, das religiöse »Lied der Maria Magdalena« darzubieten. Der Reisende, heißt es, »schweigt mit Verachtung«.

Daraus ergibt sich ein widersprüchlicher Befund. Man könnte, mit Bartók, klagen: Die von bürgerlichen Musikern geschaffene nationale »Volksmusik« und der Glaubenskitsch verdrängen die tatsächliche Musik des bäuerlichen Volkes; man muss schon bei den Ältesten im Dorf anklopfen, um vielleicht noch authentische Melodien zu hören. Aber ist – könnte man einwenden – die tatsächliche Musik des Volkes nicht vielmehr die, welche es auch tatsächlich hört, singt oder zu der es tanzt?

Die aktuelle Volksliedforschung hat kein Problem damit, einem Gesang von Fußballfans aus der Südkurve dieselbe Aufmerksamkeit zu schenken wie der bäuerlichen Überlieferung aus Kleinkleckerdorf. Das hat alle Vor- und Nachteile einer wertfreien Empirie, die im Bereich der Ästhetik brauchbare Informationen liefert, ohne angeben zu können, wozu man sie gebrauchen kann. Für Bartók dagegen ist »Volk« das an sein Dorf gebundene Bauerntum. Der Erste Weltkrieg deprimiert ihn aus vielen Gründen; das gedrückt endende 2. Streichquartett, komponiert 1915 bis 1917, führt das eindrucksvoll vor Ohren. Einer dieser Gründe, wenn

auch nicht der wichtigste, ist die Befürchtung, dass durch den Militärdienst der Männer und die Vertreibung ganzer Dorfgemeinschaften die räumliche Abgeschlossenheit der Orte zersprengt und damit jede Rekonstruktion musikalischer Traditionen unmöglich wird.

Musik und Nation

Der ungarische Nationalist Bartók gerät also in einen Gegensatz zu dem imperialistischen Krieg, der mit nationalistischen Parolen begründet wird. Er sammelt Volkslieder, und gerade die alten, die er sucht, sind aus einer vornationalen Zeit. Bald wird ihm deutlich, wie eng Liedvarianten in ungarischer Sprache mit solchen mit slowakischen und rumänischen Texten verbunden sind. Forschungsreisen zwecks Vergleich führen ihn bis nach Nordafrika (1913) und in die Türkei (1936). Bartók lernt Rumänisch, um rumänische Liedvarianten in ihrer Verbindung von Text und Musik würdigen zu können. Das bildete 1920, als die Grenze zwischen Ungarn und Rumänien umstritten war, Anlass für Angriffe in Zeitungen. Unter der Überschrift »Über das Ungartum Béla Bartóks« hieß es: »Das, was in ordentlichen, friedlichen Zeiten einfach als Resultat wissenschaftlicher Untersuchungen und Interessen betrachtet werden kann, das kann in außerordentlichen Zeiten der Krise als Brunnenvergiftung gebrandmarkt werden. Warum musste Bartók gerade jetzt in einem ausländischen Blatt einen die walachische Kultur demonstrierenden Artikel publizieren? Warum konnte er nicht etwa von seinen ungarischen Volksliedforschungen in ausländischen Blättern mitteilen, womit er die auch vom Auslande (Haydn, Beethoven, Brahms) anerkannten Besonderheiten unserer wunderschönen Volksmusik nachwies?« Diese Attacke erschien am 23. Mai 1920, zwei Wochen vor dem Vertrag von Trianon, der De-facto-Abspaltungen von Ungarn nach dem Ersten Weltkrieg bestätigte und Siebenbürgen Rumänien zusprach. Doch auch auf der rumänischen Seite blieb die Begeisterung für Bar-

tóks Ergebnisse beschränkt. Dort sah man darin, dass ein Ungar sich mit rumänischer Volksmusik beschäftigte, den ersten Schritt einer erneuten territorialen Expansion des Nachbarn.

Dagegen standen bei Bartók Volksmusik und die sie tradierende bäuerliche Bevölkerung immer mehr für den Frieden. In dem späten Artikel »Volksliedforschung in Osteuropa« (1943) heißt es abschließend, in den Volksliedtexten finde sich »kaum je eine feindliche Gesinnung gegen fremde Nationalitäten. (...) Unter den Bauern herrscht Frieden – Gehässigkeit gegen Menschen anderer Rassen wird nur von höheren Kreisen verbreitet!«

Das Gemeinsame zeigt sich musikalisch durch Übereinstimmungen zwischen geographisch getrennten Bevölkerungen. Bartók erwähnt 1937 in dem Artikel »Volksliedforschung und Nationalismus« den »langen Gesang (Cântec lung), dessen Verbreitung bisher in Persien, im Irak, in Mittelalgerien, in Altrumänien und in der Ukraine, also bei Völkern von vier verschiedenen Nationalitäten, festgestellt wurde«. Es müsse also Abhängigkeiten und Übernahmen geben. Bartók verallgemeinert: »Nebenbei gesagt, hege ich die Vermutung, dass alle Volksmusik der Erdkugel im Grunde genommen auf eine geringe Zahl Urformen, Urtypen, Urstilarnten zurückzuführen ist, wenn genügendes Material und genügendes Studium desselben vorliegen wird. Dieses Endergebnis kann freilich nur dann erreicht werden, wenn wir noch vor dem Aussterben der Volksmusik etwas weniger Kriegswerkzeuge herstellen und etwas mehr dem Musikfolklorestudium zukommen lassen.«

Die Musikfolklore habe, so Bartók 1937, dem Nationalismus viel zu verdanken, doch werde ihr nun vom »Ultranationalismus« ein sehr viel größerer Schaden zugefügt. So schwierig die Grenzziehung ist, in welchen Lagen und bis zu welchem Grad es überhaupt einen akzeptablen Nationalismus geben kann – dass Bartóks Stellung zum Rassismus eindeutig ist, zeigt sich auch daran, welche Position er als Musikforscher bezieht. In dem Artikel »Rassenreinheit in der Musik« legt er nicht nur dar, dass es eine solche »Reinheit« nicht geben kann: »Das Vergleichen der Volksmusik der einzelnen Völker ließ klar erkennen, dass da ein ständiges Geben und Nehmen von Melodien vor sich ging, ein ewiges Kreuzen und Wiederkreuzen, das seit Jahrhunderten anhält.« Dies sei auch wünschenswert, denn es führe »zur Ausbildung neuer Stilarten«. Diese »Tendenz, die fremden Melodien umzuändern«, verhindere gerade die Internationalisierung. »Das Material jeder solcher Musik, wie heterogen es auch ursprünglich sein mag, erhält so eine ausgeprägte Individualität.« Damit sei der Musik »rassische Unreinheit« entschieden zuträglich. Der in den USA 1942 erschienene Text richtete sich zwar offensichtlich gegen den europäischen Faschismus, doch kann man auch an das Apartheidregime denken, das damals noch in vielen US-Bundesstaaten herrschte.

Der Komponist

Doch ist Bartók nicht berühmt als Musikforscher, sondern als Komponist. Er hatte eine klassische Ausbildung, führte als Pianist – neben eigenen Werken – häufig das deutsche Repertoire von Bach bis Brahms auf und führte geschichtlich etablierte musikalische Gattungen weiter. Besonders der Zyklus der sechs Streichquartette, zwischen 1908 und 1939 entstanden, markiert verschiedene Stufen von Bartóks stilistischer Entwicklung.

Die Aufgabe, der sich Bartók gegenüber sah, liegt damit auf der Hand. Es ging ihm darum, eine ungarische Musik zu schaffen, die aber nicht allein vom programmatischen Gegenstand her bestimmt sein sollte – sonst hätte er den bequemen und erfolgreichen Weg verfolgen können, den er mit der frühen Kossuth-Sinfonie ausprobiert hatte. Noch weniger wollte er den Klischees der nationalromantischen Lieder und Tänze aus dem 19. Jahrhundert folgen, mit denen das Bürgertum das ausstaffierte, was es für Ungarntum hielt. Die Liedmelodien, die er auf den Dörfern sammelte, eigneten sich allerdings nur sehr bedingt für eine Verarbeitung in den Formen der klassischen Musik. Um 1900 lagen aus anderen Ländern schon genügend nationale Sinfonien vor, von denen die meisten erwiesen: Ein Lied als Hauptthema einer Sinfonie verliert seine Qualität als Lied, ist damit aber noch lange nicht geeignet, sinfonisch verarbeitet zu werden. Melodien genügen sich oft selbst; weder erfordern noch ermöglichen sie eine Entwicklung über eine lange Zeitspanne hinweg.

Nun ging es Bartók nicht um musikalische Nationalkuriositäten, sondern um ungarische Werke, die es sowohl mit der Qualität des klassischen Erbes aufnehmen konnten als auch auf der Höhe der zeitgenössischen Entwicklung waren. Damit wird der Widerspruch deutlich, mit dem der Komponist Bartók umgehen musste. Er nahm vormoderne Bauernmusik zur Grundlage, deren Existenz durch die Verbürgerlichung Ungarns bedroht war; zugleich verwandelte er sie im Sinne einer musikalischen Avantgarde, vor der eben dieses Bürgertum zurückschreckte. Die ungarische Musikkritik, zumindest bis zur Uraufführung des »Holzgeschnitzten Prinzen«, neigte dazu, Bartók vom Komponieren überhaupt abzuraten und ihn nur als Pianisten zu ermutigen.

Der einzige Weg, die Aufgabe zu lösen, ist Abstraktion. Als Musikforscher ordnete Bartók die Lieder, die er aufgezeichnet hatte, um gemeinsame Muster zu erkennen. Als Komponist zitiert er nur selten eine vorgefundene Melodie. Statt dessen arbeitet er mit harmonischen und rhythmischen Strukturen, die er aus der Volksmusik gewonnen hat. Das Resultat hört sich völlig anders an als der Gesang aus einem walachischen Dorf; doch hat es eine unverkennbare Färbung.

Im glücklichsten Fall gehen Vormoderne und Avantgardismus ineinander auf. Die 1911 komponierte Oper »Herzog Blaubarts Burg« zeigt den aus Märchen berüchtigten Verführer, wie er die junge Judith als seine vierte Frau in sein Schloss bringt. Judith zwingt ihn, sieben Kammern – die für sieben Aspekte seiner Seele stehen – aufzuschließen. Wider Willen demaskiert, schließt Blaubart Judith zuletzt mit seinen früheren Frauen ein. Liebe bedeutet, alles vom Geliebten wissen zu wollen; alles preiszugeben, zerstört die Liebe. Das mag Bartók und seinem Librettisten Béla Balázs tatsächlich als ewiges Problem erschienen sein, ist aber doch eher Folge eines bürgerlichen Ideals als Charakteristik bäuerlicher Zweckheiraten. Das Missverständnis jedoch führte zu einem ungemein suggestiven, gerade durch den ungarischen Gestus ausdrucksstarken Werk.

Das hat Berührungspunkte zum zeitgleichen deutschen musikalischen Expressionismus. Die nach einer dreijährigen Pause ab 1926 komponierten Werke stehen hingegen der Neuen Sachlichkeit nahe, besonders durch den radikalisierten Einsatz einer aus der Volksmusik gewonnenen Rhythmik. Kompositionen ab der Mitte der 1930er Jahre wie das 2. Violinkonzert und schließlich das Erfolgsstück Bartóks schlechthin, das im US-Exil komponierte »Konzert für Orchester«, entsprechen dann international zu beobachtenden Versuchen, technische Errungenschaften der Avantgarde mit einer stärkeren Orientierung auf Hörmöglichkeiten des Publikums zu vereinen. »Erfolgsstück«, das ist hier positiv gemeint. Bartóks Ansatz, Strukturen der Bauernmusik auf die Ebene gültigen modernen Komponierens zu bringen, erweist sich dadurch als produktiv.

Dabei verschiebt sich der Akzent in dem Maße, in dem Bartók in einen Gegensatz zu seiner Klasse gerät. Das als überzeitlich vorgestellte bürgerliche Liebesverhältnis in »Herzog Blaubarts Burg« erscheint noch als unausweichlich. Die »Tanzsuite« von 1923, als Auftragskomposition des Horthy-Regimes, provoziert dadurch, dass Bartók nicht nur arabische, sondern, schlimmer: nach Trianon rumänische Muster verarbeitet. Noch später spitzt er die Kritik zur Satire zu: Wenn er im Finale des 5. Streichquartetts 1934 das Hauptthema zu einer trivialen Leierkastenmelodie verkommen lässt, ist das eine unüberhörbare musikalische Kritik der Dummheit. Die gleiche Funktion hat im resignativen, 1939 kurz vor dem Exil entstandenen 6. Streichquartett ein mit »marcia« bezeichneter Satz: eine mal brutale, mal dümmlich verstopfte Bewegung, die keinen Zweifel daran lässt, was von denen zu halten ist, die da marschieren. Dieses Werk Bartóks heute in Budapest könnte dort zum Denken anregen.

■ Kai Köhler schrieb an dieser Stelle zuletzt am 16. September über Straßenbenennungen und Geschichtspolitik.

■ Lesen Sie am Montag auf den/iW-Themaseiten:

Der Klassenvirus. Die Folgen von Corona für die Werkstätigen.

Von Peter Mertens

■ **Leserbriefe**
Verkehrte Welt

■ Zu *JW* vom 24.9.: »Moria überall« Solange der »Norden« nicht anerkennt, dass eine global gerechte Wirtschafts- und Handelspolitik gefordert ist, um der seit Jahrhunderten andauernden Ausbeutung und Zerstörung des Südens ein Ende zu setzen, solange wird er sich »herumplagen« mit vermeintlichen Lösungen der Krisen, die Flüchtlinge angeblich auslösen. Kein einziger der Rohstoffe und keines der Produkte, mit denen der »Süden« dem »Norden« seit Jahrhunderten zu Entwicklung verhilft, dient dem blanken Überleben derer im »Norden«: ob Baumwolle, Kaffee, Tee, Pfeffer, Bauxit, Bitumen, Schnittblumen, Kobalt, Palmöl, Coltan. Ob Landraub, Monokulturen, Lebensmittelspekulation oder Biopiraterie, Überfischung der Meere, Überflutung »südlicher« Märkte mit »nördlicher« Überproduktion bis hin zu sogenannten Freihandelsabkommen – alles dient der Bequemlichkeit des »Nordens«. Nicht zu vergessen die Stellvertreterkriege, die »Nordler« im Süden schüren und führen, untilgbare Schulden, die (siehe Weltbank und IWF) den Ländern des »Südens« aufgebürdet werden. Ebenso wenig ist zu vergessen, dass alle fünf Sekunden ein Kind auf Erden verhungert, weil die jetzige Politik so gnadenlos ungerecht ist (...), von Korruption, Geldwäsche und Co. ganz zu schweigen. Und wenn der »Norden« die Klimakurve nicht kriegt und es im »Süden« unerträglich heiß würde? Soll denen, die dann übers Mittelmeer kommen, auch gesagt werden, was die Menschen in Moria sich anhören müssen: »Ihr habt's zu heiß werden lassen bei euch. Was wollt ihr jetzt bei uns? Bleibt gefälligst, wo der Pfeffer wächst.« Wenn Pfeffer und all die anderen Annehmlichkeiten »südlicher« Provenienz als Luxusprodukte anerkannt würden und der »Norden« bereit wäre, dafür soviel zu zahlen wie für Kaviar, und wenn dann noch der Löwenanteil des Geldes bei den Erzeugern ankäme! Oh, Moment ... Dann

„ Wie sich die Zeiten auch ändern – Großmachtpolitik hat sich gegenüber dem völkerrechtlich verbrieften Souveränitätsanspruch kleinerer Staaten kaum verändert.

könnten wohl Industrien im »Süden« entstehen (...), und wenn im »Süden« bald Industrien entstehen, melden die vermutlich Eigenbedarf an ihren Rohstoffen an! Was bliebe dem »Norden« dann? Wenn Afrika sich ökonomisch lossagte von Europa (...), was dann? **Jutta Himmelreich, Frankfurt am Main (Onlinekommentar)**

■ **Die Trump-Doktrin**

■ Zu *JW* vom 24.9.: »Die Uhr tickt« Im Kalten Krieg galt für den Westen als ausgemacht, dass die kleineren Warschauer Vertragsstaaten gegenüber der großen Sowjetunion nicht selbständig waren. Die »Breschnew-Doktrin« von der eingeschränkten Souveränität der sozialistischen Länder Osteuropas war für deren Führungen im argumentativen Schlagabtausch mit dem Westen politisch kränkend, aber keineswegs ganz von der Hand zu weisen. Nunmehr erleben wir einen zweiten Kalten Krieg zwischen dem Westen mit NATO und EU einerseits und einem inzwischen kapitalistisch gewordenen Russland andererseits. Nach dem Kollaps der UdSSR vor gut 30 Jahren ist Russland wieder zu Kräften gelangt und erneuert ein machtvoller Akteur auf internationaler Ebene. Und das trotz aller westlichen Sanktionen. Ein allein aufgrund seiner waffentechnischen Entwicklungen höchst gefährliches Wettrennen hat durch den Ausstieg der USA aus dem internationalen Vertragssystem zur Rüstungsbegrenzung eine dramatische Zuspitzung erfahren. Im Rahmen der Großmächtekonkurrenz zeigen sich er-

staunliche, aber irgendwie altbekannte Varianten zwischenstaatlicher Bündnisbeziehungen. Neben den Sanktionen der USA und der EU gegen Russland sowie den US-Sanktionen gegen den Hauptkonkurrenten China forciert US-Präsident Donald Trump nun (...) erpresserischen Druck auf seine Bündnispartner in der NATO. Er begnügt sich keineswegs nur mit der Forderung nach einem Rüstungshaushalt von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Er drängt auch auf Einstellung des Erdgasprojektes »Nord Stream 2« – mit völkerrechtswidrigen Drohungen und Sanktionen gegen die Investoren und die beteiligten Unternehmen bis hin zu den Rohrproduzenten und eine die Rohre lagernde Hafenstadt. (...) Mit mafiaähnlichen Methoden soll Deutschland gezwungen werden, das teurere und das Klima stärker schädigende US-Frackinggas zu importieren. (...) Wie sich die Zeiten auch ändern – Großmachtpolitik hat sich gegenüber dem völkerrechtlich verbrieften Souveränitätsanspruch kleinerer Staaten kaum verändert. Die »Breschnew-Doktrin« à la Trump lässt grüßen ... **Prof. Gregor Putensen, Greifswald**

■ **Erinnerung an Benjamin**

■ Zu *JW* vom 19./20.9.: »Bilder von Schriften« Zur Ergänzung der Hommage an Walter Benjamin: 1940 war der Süden Frankreichs noch nicht von den Deutschen besetzt, aber die Grenze zwischen Cerbère und Portbou wurde von französischen und spanischen Grenzbeamten kontrolliert. Da die Flüchtenden nicht auffallen

durften, benutzte Lisa Fittko für ihre Fluchthilfe einen alten Schmugglerpfad, die Route Lister, die von Banyuls-sur-Mer über die Pyrenäen direkt nach Portbou führte. In Portbou angekommen, verlangten die spanischen Behörden plötzlich eine Ausreisegenehmigung aus Frankreich, die konnte Benjamin nicht vorlegen. Deswegen befürchtete er, nach Frankreich zurückgeschickt zu werden, wo er dann womöglich an die Deutschen ausgeliefert worden wäre. In der Nacht darauf nahm er sich im Hotel von Portbou das Leben. Die spanischen Beamten waren darüber so erschrocken, dass sie die übrigen Begleiter – Lisa Fittko hatte mehrere Personen über die Grenze gebracht – ohne besagtes Ausreisepapier weiterreisen ließen. **Sigrid Krings, per E-Mail**

■ **»Bande von Eseln«**

■ Zu *JW* vom 19./20.9.: Leserbrief »Marx' Partei« Zur Frage nach Marx' Parteimitgliedschaft ein Zitat aus einem Brief an ihn von Engels: »Wie passen Leute wie wir, die offizielle Stellung fliehen wie die Pest, in eine »Partei«? Was soll uns, die wir auf die Popularität spucken, die wir an uns selbst irre werden, wenn wir populär zu werden anfangen, eine »Partei«, d. h. eine Bande von Eseln, die auf uns schwört, weil sie uns für ihresgleichen hält?« (MEW, Band 27, S. 190) **Gerolf Schierz, per E-Mail**

Einsendungen bitte an: leserbriefe@jungewelt.de

Per Post: *junge Welt*, Torstr. 6, 10119 Berlin, Kennwort: Leserbriefe

Liebe Leserin, lieber Leser!

Bitte beachten Sie, dass Leserbriefe keine redaktionelle Meinungsäußerung darstellen. Die *junge Welt*-Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung auszuwählen und zu kürzen. Leserbriefe sollten eine Länge von 2.500 Zeichen (etwa 390 Wörter) nicht überschreiten. Kürzere Briefe haben größere Chancen, abgedruckt zu werden. Bitte achten Sie auch darauf, dass sich Leserbriefe an die *junge Welt* mit konkreten Inhalten der Zeitung auseinandersetzen sollten. Ein Hinweis auf den Anlass Ihres Briefes sollte am Anfang vermerkt sein (Schlagzeile und Erscheinungsdatum des betreffenden Artikels bzw. Interviews). **Ihre Leserbriefredaktion**

■ **Medien**

NACHSCHLAG

■ **Trump is here to make RT great again! (Or is he?!)** | Youtube

■ **Von Moskaus Gnaden**

November 2020, nach den US-Präsidentenwahlen. Donald Trump hat verloren, aber schnell was Neues gefunden: Er ist TV-Moderator des russischen Auslandsfernsehsenders *RT*, der US-Geheimdiensten schon mal als »staatlich finanzierte russische Propagandamaschine« gilt. In einem etwa zweiminütigen Clip sieht man, wie Trump sich im Studio in Moskau artig bei Wladimir Putin für den Job bedankt, wobei er ostentativ in die Kamera grinst, wie er mit seinen neuen Kollegen redet, die Kremlmauer liebkost, sich in der Kantine Essen holt. Möglich wird diese Zukunftsvision durch die »Deepfake«-Technologie. In digitaler Nachbearbeitung werden Trumps Stimme und Gesicht über die eines Schauspielers gelegt. *RT* bewirbt mit dem parodistischen Video seine Berichterstattung zum US-Präsidentenwahlkampf – nicht ohne spöttische Seitenhiebe auf den »Real Trump« und alle jene, die immer schon zu wissen meinten, dass der gegenwärtige »Führer der freien Welt« nur von Moskaus Gnaden ins Amt kam. (mik)

VORSCHLAG

■ **Die Urwaldhebammen Kolumbiens**

Die Bevölkerung im Nordwesten Kolumbiens lebt meist abgeschieden. Die Frauen bringen ihre Kinder zu Hause zur Welt. Die Hebammen nehmen mühsame und riskante Wege auf sich, um werdende Mütter zu unterstützen. Die Dokumentation zeigt drei dieser Frauen. D 2020. ■ **Arte, Sa., 19.30 Uhr**

■ **Die Biographie des Bösen**

Seit jeher versuchen Philosophen und Wissenschaftler, die bössartige Seite des Menschen zu ergründen. Aktuell geht die Forschung davon aus, dass ein Zusammenspiel von Genen, Sozialisation und akuter Situation das menschliche Verhalten bestimmt. D/F/GB 2020. ■ **Arte, Sa., 21.45 Uhr**

■ **Adam und Evelyn**

1989 in der DDR: Adam und Evelyn fahren im Urlaub nach Ungarn. Weil er sie kurz vorher betrogen hat, ist die Stimmung schlecht. Vor Ort machen Nachrichten von der Ausreise vieler DDR-Bürger über die Grenze von



Zerrüttetes Verhältnis im heimischen Garten: »Adam und Evelyn«

Ungarn nach Österreich die Runde. Kurzentschlossen will auch Evelyn die vermeintliche Chance nutzen. D 2018. Regie: Andreas Goldstein. Buch: Jakobine Motz. ■ **3sat, Sa., 23.15 Uhr**

■ **Bad Times at the El Royale**

1969, Lake Tahoe, an der Grenze zwischen Kalifornien und Nevada: Das El Royale wird zum Anlaufpunkt für undurchsichtige Gestalten. Der an Demenz erkrankte Priester Daniel Flynn, der erfolglose Vertreter Laramie Seymour Sullivan, der Sektenführer Billy Lee und die Hippiefrau Emily Summerspring begegnen sich in dem heruntergekommenen Hotel, das ebenso

wie seine Gäste ein Geheimnis birgt. Mit Jeff Bridges, Dakota Johnson – und Jon Hamm. Ein großer, wilder Spaß! USA 2018. ■ **Pro sieben, So., 22.55 Uhr**

■ **Sportclub-Story – 50 Jahre Mythos Mönchengladbach**

Die Wahrheit über die Fohlenelf

Mit der Verpflichtung von Trainer Hennes Weisweiler (1919–1983) aus Köln begann Mitte der 1960er Jahre der Aufstieg von Borussia Mönchengladbach zu einer der erfolgreichsten deutschen Fußballmannschaften. Mit Jupp Heynckes, Günter Netzer, Berti Vogts, Herbert Laumen, Horst Köppel, Wolfgang Kleff. D 2020. ■ **NDR, So., 23.35 Uhr**

■ **ZDF-History**

Albert Speer und der Traum von Hollywood

Mit Hilfe von Hollywood versucht der Nazi Albert Speer in den 1970ern, sich von seinen Verbrechen reinzuwaschen – wie vom *ZDF* in den USA gefundene Unterlagen zeigen. ■ **ZDF, So., 23.40 Uhr**

■ **Veranstaltungen**

■ **»Blackrock am Pranger«.** Tribunal im Rahmen der Kampagne zur Enteignung des weltgrößten Finanzkonzerns. Sonnabend, 26.9., 10.30 Uhr, Konferenzquartier der Freien Universität Berlin, Takustraße 39, Berlin. Info: www.ethecon.org/

■ **»Krise im Gesundheitswesen«.** Freiluftvorführung mit anschließender Diskussion. Gezeigt wird der Film »Der marktgerechte Patient« (82 Min./2018/DE) von Leslie Franke und Herdolor Lorenz. Heute, 26.09., 18 Uhr, Komplex-Infoladen, Hornstraße 7, Trier. Info: kurzelinks.de/Patient

■ **»Schicksal Treuhand – Treuhand-Schicksale«.** Die Politik der Treuhandanstalt veränderte ab 1990 das Leben vieler in der DDR bzw. den entsprechenden Bundesländern zum Schlechteren. Ausstellung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Eröffnung am Montag, 28.9., 16.30 Uhr, Raum der Fraktion Die Linke, Landtag Brandenburg, Potsdam. Info: kurzelinks.de/treuhand

■ **»Heutige Zukunftsforschung jenseits der Kristallkugel«.** Die Zukunft kann zwar nicht vorausgesagt werden. Aber es gibt Konzepte und Methoden, um die Vorstellungen über künftige Entwicklungen zu fundieren und zu differenzieren. Aus der Praxis eines Berliner Zukunftsforschungsinstituts wird berichtet, und es wird diskutiert. Dienstag, 29.9., 19 Uhr, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Kopenhagener Str. 9, Berlin. Info und Anmeldung: kurzelinks.de/Zukunft

Alle Veranstaltungen finden unter Einhaltung der Infektionsschutzmaßnahmen statt.

■ termine@jungewelt.de

Die Verlag 8. Mai GmbH sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt:

Bildredakteur (w/m/d)
in Vollzeit und Festanstellung zum Haustarif

Aufgabenschwerpunkte:

- Bildauswahl und Bearbeitung (Print und Online)
- Bildrecherche und Konzipierung von Fotoreportagen
- Kommunikation mit Fotografen, Agenturen, Museen, Initiativen usw.
- fotograf. Aufgaben (Erstellen von Porträts u. ä.)
- Aufbau, Pflege Bildarchiv Verlag 8. Mai

Anforderungen:

- sicherer Umgang mit Adobe Photoshop und Lightroom, Illustrator, InDesign
- Erfahrung im Umgang mit Social-Media-Kanälen, insbesondere Instagram
- Kreativität, Teamfähigkeit, Flexibilität, Zuverlässigkeit, Stressresistenz
- Grundkenntnisse im Urheber- und Veröffentlichungsrecht

- kritisch-analytischer Blick, schnelle Aufnahmefähigkeit

Wünschenswert wären zudem:

- gute Englisch- und weitere Fremdsprachenkenntnisse
- Erfahrungen im Umgang mit Bewegtbild
- Redaktionserfahrung

Vollständige Bewerbungsunterlagen bitte an: bj@jungewelt.de oder Verlag 8. Mai GmbH, Bewerbung Bildredaktion, z. Hd. Brigitte Jelkmann, Torstraße 6, 10119 Berlin



Geteilt und beherrscht

Vor 60 Jahren wurde Zypern formell unabhängig. Der Konflikt um die De-facto-Teilung 1974 schwelt weiter. **Von Jörg Kronauer**

Es werden wohl einsame Feierlichkeiten: Die Militärparade, die Zyperns Nationalgarde jedes Jahr am 1. Oktober durchführt, muss in diesem Jahr auf Publikum verzichten. Das hat die zyprische Regierung im Bestreben, die Covid-19-Pandemie einzudämmen, vor zweieinhalb Wochen beschlossen. Dabei gibt es am offiziellen zyprischen Unabhängigkeitstag dieses Jahr ein rundes Jubiläum zu feiern: Die Befreiung des Landes aus britischer Kolonialherrschaft jährt sich zum 60. Mal.

Vereinigung mit Griechenland...

Zypern, 1570/1571 vom Osmanischen Reich erobert, war von diesem 1878 gegen eine Pacht an Großbritannien abgetreten worden. Die Eröffnung des Suezkanals neun Jahre zuvor hatte den Seeweg zwischen dem Vereinigten Königreich und seiner Kolonie Indien erheblich verkürzt. London entwickelte deshalb ein starkes Interesse daran, diese Route möglichst zuverlässig zu kontrollieren. Zypern lag dafür günstig, und der faktischen Übernahme der Insel folgten weitere Schritte Großbritanniens – etwa den Feldzug gegen Ägypten von 1882. Als das Osmanische Reich im Oktober 1914 auf der Seite der Mittelmächte in den Ersten Weltkrieg eintrat, annektierte das Vereinigte Königreich Zypern endgültig. 1923 ließ es sich die Insel im Vertrag von Lausanne in aller Form übertragen, 1925 erklärte es sie zur Kronkolonie.

Die Bewohner hatten jedoch andere Vorstellungen von ihrer Zukunft. Die Griechisch sprechende Mehrheit auf Zypern, die rund 80 Prozent der Bevölkerung ausmachte, wünschte eine Vereinigung mit Griechenland. Dieses hatte sich im Krieg um die Unabhängigkeit vom Osmanischen Reich in den 1820er Jahren zunächst auf einem kleinen Teil seines heutigen Territoriums gegründet, bevor im Lauf der Jahrzehnte weitere Gebiete hinzukamen, die Insel Kreta etwa erst im Jahr 1913. Wie die Kreter strebten auch die griechischen Zypriern die »Enosis« (griechisch für Ver-



Der spätere erste Präsident der Republik Zypern, Makarios III. (links im Wagen) kehrt nach dreijährigem Exil auf die Insel zurück (Nikosia, 3.3.1959)

einigung) mit dem griechischen Staat an. Die türkischsprachige Minderheit konnte sich mit der Enosis allerdings nicht anfreunden. Für die britische Kolonialmacht war dies äußerst praktisch: Immer, wenn die Vereinigungsforderungen der griechischen Zypriern ihr zu energisch wurden, spornete sie die türkischen Zypriern zum Widerstand an, um dank der anhaltenden Patt-Situation ihre Herrschaft aufrechterhalten zu können.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Lage allerdings in mehrfacher Hinsicht schwierig. Nachdem im Oktober 1950 Michail Mouskos zum Erzbischof von Zypern gewählt wurde, wurde die Forderung nach der Enosis stärker. Makarios III., wie er sich von der Zeit an nannte, war ein vehementer Befürworter der Vereinigung mit Griechenland. Zudem setzte die weltweit voranschreitende Entkolonialisierung Großbritanniens unter Rechtfertigungsdruck. Ende 1954 brachen Proteste aus, im April 1955 nahm die nationalistische Guerrillatrup-

pe EOKA (Ethniki Organosis Kypriou Agoniston, Nationale Organisation zyprischer Kämpfer) unter Führung des Antikommunisten Georgios Grivas den Kampf gegen die britischen Kolonialisten auf. Die waren aus geostrategischen Gründen nicht bereit, die Insel freizugeben: »Kein Zypern – keine zuverlässigen Einrichtungen, um unsere Ölversorgung zu schützen«, verkündete Premierminister Anthony Eden im Juni 1956, »so einfach ist das«. Britische Truppen gingen mit brutalen Mitteln gegen den Aufstand vor. Noch im Januar 2019 musste die britische Regierung 33 einstigen EOKA-Kämpfern eine Entschädigung von insgesamt einer Million Pfund für damals erlittene Folter zuzusprechen.

... oder Teilung des Landes

Um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten, machten sich die Kolonialherren erneut die Differenzen zwischen der griechisch- und der türkischsprachigen Bevölkerung

zunutze. Im Kampf gegen die EOKA nahmen sie vorwiegend türkische Zypriern in die lokale Polizei auf. Britische Geheimdienstler standen Pate, als sich 1956 die paramilitärische Untergrundorganisation VOLKAN und 1958 die Türkische Widerstandsorganisation (Türk Mukavemet Teskilati) mit türkischsprachigen Zypriern gründeten, die gewaltsam gegen den griechischsprachigen Teil der Bevölkerung vorgingen. In jenen Jahren wurde unter türkischsprachigen Zypriern die Forderung nach »Taksim«, so das türkische Wort für die »Teilung« des Landes, laut. Als die Lage gänzlich unhaltbar wurde, setzte Großbritannien eine Kompromisslösung durch: Weder Enosis noch Taksim, statt dessen die Entlassung Zyperns in die formelle staatliche Unabhängigkeit. Zudem sicherten sich die Briten aus erwähnten geostrategischen Gründen zwei Militärbasen auf der Insel, bei Akrotiri sowie Dhekelia. Basierend auf zwei Verträgen, dem »Gründungsvertrag« und dem »Garantievertrag«, wurde Zypern am 16. August 1960 ein eigener Staat. Am 20. September wurde es zudem in die Vereinten Nationen aufgenommen. Gefeierte wird allerdings jedes Jahr am 1. Oktober, dem offiziellen Unabhängigkeitstag.

Zur Ruhe gekommen ist das Land seither nicht. Die britische »Teile und herrsche«-Politik hatte einen dauerhaften Keil zwischen die Sprachgruppen auf Zypern getrieben. Die Spannungen hielten an und entluden sich ab Dezember 1963 erneut in Gewalt. Um sie zu beenden, beschloss der UN-Sicherheitsrat am 4. März 1964 die Entsendung der United Nations Peacekeeping Force in Cyprus (Unficyp) – sie ist bis heute auf der Insel stationiert. Nach dem Militärputsch in Griechenland am 21. April 1967 begannen sich zu allem Überfluss auch noch die griechischen Generäle einzumischen, mit dem Ziel, doch noch die Enosis zu erzwingen. Ihre Intervention gipfelte am 15. Juli 1974 im gewaltsamen Sturz von Makarios III., des im Dezember 1959 gewählten und seit dem 16. August 1960 amtierenden Präsidenten Zyperns, und in der Einsetzung eines griechisch-zyprischen Putschregimes. Dies wiederum veranlasste die Türkei, die sich als »Schutzmacht« der türkischsprachigen Minderheit versteht, am 20. Juli Truppen in den Norden der Insel zu entsenden. Unter internationalen Druck brach die griechische Militärjunta und die von ihr eingesetzte zyprische Regierung am 23. Juli 1974 zusammen.

Die Türkei hat allerdings ihre Chance genutzt und bis August 1974 rund 37 Prozent des Territoriums der Insel besetzt. In den Gewaltorgien, die auf beiden Seiten losbrachen, flohen die griechischsprachigen Zypriern nach Süden, die türkischsprachigen nach Norden. Die Türkei erkannte als einziges Land weltweit Nordzypern als eigenen Staat an. Das ist die Lage bis heute. Den bislang letzten Versuch, eine Wiedervereinigung beider Landesteile zu erreichen, unternahm im Jahr 2004 der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan. Er fand dafür eine klare Mehrheit unter den türkischen, scheiterte aber an den griechischen Zypriern: Sie lehnten den »Annan-Plan« mit deutlicher Dreiviertelmehrheit ab.

■ Anno ... 40. Woche

1945, 3.–8. Oktober: Auf einem Kongress in Paris wird der Weltgewerkschaftsbund unter Teilnahme von Delegierten von 65 Verbänden aus 56 Ländern gegründet. Der Zusammenschluss von kommunistischer Roter Gewerkschaftsinternationale und sozialdemokratischem Internationalen Gewerkschaftsbund hat in Folge des aufkommenden Kalten Krieges nicht lange Bestand. 1949 spaltet sich die internationale Gewerkschaftsbewegung.

1950, 4.–9. Oktober: Im Eifelkloster Himmerod treffen sich 15 ehemalige Offiziere der faschistischen Wehrmacht, unter ihnen die ehemaligen Hitlergeneräle Adolf Heusinger und Hans Speidel. Als christlicher Erbauungskreis getarnt, entwerfen sie im Auftrag von Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) Strategien zur Wiederbewaffnung der BRD, die sie in der »Denkschrift des militärischen Expertenausschusses über die Aufstellung eines deutschen Kontingents im Rahmen einer übernationalen Streitmacht zur Verteidigung Westeuropas« (»Himmeroder Denkschrift«) zusammenfassen. Diese Schrift, in der die »militärische Gleichberechtigung der Bundesrepublik im Rahmen der europäisch-atlantischen Gemeinschaft« als Ziel formuliert wird, bildet die Grundlage der weiteren militärischen Planung der Adenauer-Regierung.

1965, 30. September: In Indonesien putscht eine Gruppe von Offizieren. Den miserabel geplanten Umsturzversuch nutzen rechte Armeekreise und richten ein grausames Blutbad unter Kommunisten und weiteren Linken an, die beschuldigt werden, Hintermänner des Putsches zu sein. KP-Generalsekretär Dipa Nusantara Aidit und die gesamte Parteiführung werden hingerichtet, nach Schätzungen werden insgesamt bis zu einer Million Menschen ermordet.

2000, 28. September: Der damalige israelische Oppositionspolitiker Ariel Scharon besucht den unter palästinensischer Verwaltung stehenden Tempelberg in Jerusalem. Das Ereignis wird zum Anlass der Zweiten Intifada mit zahlreichen Terrorattentaten radikaler palästinensischer Gruppen auf die israelische Zivilbevölkerung und israelischen Vergeltungsaktionen.

2000, 28. September: Die Dänen lehnen in einer Volksabstimmung mehrheitlich die Einführung des Euro ab.

■ Garantievertrag der Republik Zypern vom 19.2.1959

Artikel 1

Die Republik Zypern unternimmt alle notwendigen Anstrengungen, um ihre Unabhängigkeit, ihre territoriale Unversehrtheit und Sicherheit sowie die Achtung ihrer Verfassung sicherzustellen. Sie unterlässt es, ganz oder in Teilen an einer politischen oder wirtschaftlichen Gemeinschaft mit welchem Staat auch immer teilzunehmen. Sie erklärt dementsprechend jede Aktivität für verboten, die geeignet ist, direkt oder indirekt die Vereinigung mit einem anderen Staat oder die Teilung der Insel zu fördern.

(...)

Artikel 3

Die Republik Zypern, Griechenland und die Türkei verpflichten sich, die Unversehrtheit der Gebiete zu wahren, die zum Zeitpunkt der Gründung der Republik Zypern unter der Souveränität des Vereinigten Königreichs verbleiben (...)

■ Gründungsvertrag der Republik Zypern vom 16.8.1960

Artikel 1

Das Territorium der Republik Zypern umfasst die Insel Zypern zusammen mit den Inseln vor ihrer Küste mit Ausnahme der zwei Gebiete, die in Anhang A zu diesem Vertrag bestimmt werden und unter der Souveränität des Vereinigten Königreichs verbleiben. Diese Gebiete werden (...) als Souveränes Stützpunktgebiet Akrotiri und Souveränes Stützpunktgebiet Dhekelia bezeichnet.

Artikel 2

(...) Die Republik Zypern arbeitet vollumfänglich mit dem Vereinigten Königreich zusammen, um die Sicherheit und den wirksamen Betrieb der Militärstützpunkte sicherzustellen, die im Souveränen Stützpunktgebiet Akrotiri und im Souveränen Stützpunktgebiet Dhekelia liegen (...)

ANZEIGE

Ruhe, Erholung, Sport und jede Menge Natur das ganze Jahr über
2 FeWo im Südschwarzwald ca. 60 oder 75m²
2 oder 3 Zi. KDB, Terrasse großzügig ausgestattet



Weitere Infos und Buchung:
www.todtmoos.lommes.eu

CONTRA KAPITALISMUS, PROTEST-ABO!



3 Monate Tageszeitung **junge Welt für 62 €.** Endet automatisch. **Jetzt bestellen!** jungewelt.de/protest-abo 0 30/53 63 55 80

- Ja, ich möchte die Tageszeitung *junge Welt* drei Monate für 62 Euro (statt 121,60 Euro) für mich bestellen.
- Ja, ich möchte die Tageszeitung *junge Welt* drei Monate für 62 Euro (statt 121,60 Euro) verschenken/spenden.
- Ja, ich möchte die Tageszeitung *junge Welt* drei Monate lesen und bewerbe mich um ein Freiabo. Die Lieferung erfolgt, sobald eine Spende verfügbar ist. Mir entstehen keine Kosten.

Die junge Welt bitte liefern an:

Frau Herr **Abospende frei verfügbar**

Vorname/Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Telefon E-Mail

Ich spendiere ein Sommerabo:

Frau Herr

Vorname / Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Telefon E-Mail

Als Prämie erhalte ich das Postkartenset von Thomas J. Richter (Sechs Postkarten mit politischen Motiven zur *jungen Welt* in Geschenkbox) Die Prämie geht an den Besteller/Spender.

Ich verzichte auf eine Prämie

Das Abo soll am _____ beginnen (spätester Lieferbeginn 5. Oktober 2020).

Ja, ich bin damit einverstanden, dass mich die Verlag 8. Mai GmbH zwecks einer Leserbefragung zur Qualität der Zeitung, der Zustellung, zur Fortführung des Abonnements und zu Verlagsangeboten kontaktiert. Dieses Einverständnis kann ich jederzeit widerrufen (per E-Mail: abo@jungewelt.de oder per Post: Verlag 8. Mai GmbH, Aboservice, Torstraße 6, 10119 Berlin). Der Verlag garantiert, dass die Daten ausschließlich zur Kundenbetreuung genutzt werden.

Das Abo bezahle ich per Rechnung.

Das Sommerabo ist pro Jahr nur einmal pro Haushalt bestellbar und endet nach drei Monaten automatisch. Sie müssen es nicht abbestellen. Lieferung ins Ausland zzgl. 39,90 Euro. Diese Bestellung kann ich binnen 14 Tagen nach Erhalt der ersten Ausgabe bei der Verlag 8. Mai GmbH schriftlich widerrufen.

Datum/Unterschrift

Coupon einsenden an: Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin oder faxen an die 0 30/53 63 55-48 **Bestellungen auch unter:** jungewelt.de/deinprint **Abotelefon:** 0 30/53 63 55-80

Her mit den Bildern! Beim jW-Fotowettbewerb naht der Einsendeschluss

Der jW-Fotowettbewerb geht in den Zieleinlauf – in zweieinhalb Wochen (14. Oktober) endet die Einsendefrist. Für ambitionierte Hobbyfotografinnen und -fotografen bedeutet das, jetzt noch mal auf die Tube und die Auslöser zu drücken. Wie jedes Jahr winken attraktive Preise für die besten Bilder, die Ausstellung von besonders gelungenen Werken in der jW-Ladengalerie und nicht zuletzt die Präsentation in einem Wandkalender für 2021. Eine Chance, die sich Fotobegeisterte nicht entgehen lassen sollten!



Folgende Themenbereiche stehen zur Auswahl: Nachbarschaft – Meine Welt aus einer neuen Perspektive 8. Mai 1945 – Tag der Befreiung Krankes System – Covid 19 und die Folgen Jugendthema (für alle bis 18): Kampf um die Zukunft – Eine andere Welt ist nötig. Die Zusendungen sollten bitte möglichst digital erfolgen. Bei der Einsendung von Papierfotos: Auf jedem Foto bitte gut lesbar Name, Vorname, Alter, Anschrift, Bildtitel und zu welchem Thema es gewertet werden soll vermerken. Zum digitalen Upload der Motive steht folgender Link im Netz bereit: jungewelt.de/fotoupload. (jW)

Mutig bleiben

Das Protestabo endet, *junge Welt* ist unverzichtbar – wie auch der Protest

Seit dem 18. Juli führt die *junge Welt* eine Kampagne, um gerade unter den Menschen, die in diesen Zeiten auf der Straße protestieren, neue Leserinnen und Leser zu gewinnen. Auch in den vergangenen zehn Wochen prangerten wir Klima-, Asyl-, Kriegs- und Mietpolitik, das weitere Erstarken der Rechten und die fehlende Solidarität mit Kuba an.

In diesen zehn Wochen kamen noch weitere Gründe hinzu, auf die Straße zu gehen oder zivilen Ungehorsam zu leisten. Während China, Russland und Venezuela als Diktaturen abgekanzelt werden, lässt US-Präsident Donald Trump die Frage von Journalisten offen, ob er nach verlorener Wahl abdankt. Die US-Getreuen in der BRD, von Friedrich Merz (CDU) bis Annalena Baerbock (Grüne), äußern sich nicht dazu. Wichtiger ist ihnen, das russisch-deutsche Gemeinschaftsprojekt, die Gaspipeline »Nord Stream 2«, zu verhindern. Schließlich darf man den ins Visier genommenen Kriegsgegner ökonomisch nicht stärken. Wie verkommen der Spätkapitalismus in seinen Zentren schon ist, zeigen die Vorwürfe gegen den Zahlungsdienstleister Wirecard – Bilanzbetrug,



»Fridays for Future«-Demonstrantin am Brandenburger Tor in Berlin am 25.9.

Insolvenzverschleppung und Geldwäsche. Tiefpunkt der Krise dieses Gesellschaftssystems sind die Zerstörung des Flüchtlingslagers Moria auf Lesbos und – in der BRD – die beiden großen von Coronaleugnern organisierten Demonstrationen, wo rechten Gruppen wie der AfD und organisierten Neonazis mit jeder Art von Irrationalisten der Schulterchluss gelang.

Vernunftgeleiteter und damit linker Widerstand zeigt Erfolg. »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« ist einen Schritt weiter: Ein Volksbegehren zur Enteignung von Immobilienkonzernen in Berlin rückt näher. Und

»Fridays for Future« meldete sich am Freitag mit über 400 Demos zurück. Zu den Aktionen des Bündnisses »Ende Gelände« im Rheinland können gar nicht alle kommen – das Hygienekonzept sei sonst nicht einzuhalten.

Über all diese Ereignisse berichtet *junge Welt*. Sie ist Ausdruck dieser Protestkultur. Wer diese Tageszeitung liest, weiß Bescheid. Darum bieten wir bis diesen Sonntag ein letztes Mal das preisgünstige und unverbindliche dreimonatige Abo an. Interessiert? Dann füllen Sie den nebenstehenden Kupon oder das Formular im Internet (jungewelt.de/protest-abo) aus.

Die *junge Welt* ist folgerichtig unverzichtbar. Darum läuten wir Ende der kommenden Woche die Aboaktion »Unverzichtbar« ein. Dann kommen Sie, liebe Leserinnen und Leser, zu Wort und können kurz und bündig erklären, warum diese Zeitung für Sie unentbehrlich ist. Erste Einsendungen haben uns bereits erreicht. Senden Sie uns Ihr Statement mit einem Foto an aktion@jungewelt.de. Wir sind gespannt.

Kommunikation und Aktion

»Kommunistisches Manifest« kann in Druck

Vor einer Woche stellten wir hier das Buchprojekt das »Kommunistische Manifest« mit elf Arbeiten der Malerin Lea Grundig vor und baten um Unterstützung durch Bestellung eines der auf 100 Stück limitierten und besonders ausgestatteten Subskriptionsexemplare. Alle

100 sind nun vorgemerkt. Das Buch können wir wie geplant am 19. Oktober in den Druck geben. Neben den Subskriptionsexemplaren wird es ab Ende November, zum 200 Geburtstag von Friedrich Engels, auch eine deutlich preiswertere »Volksausgabe« geben. (jW)

DIE TAGESZEITUNG junge Welt

Herausgeberin: Linke Presse Verlags- Förderungs- und Beteiligungsgenossenschaft *junge Welt* e.G. (Infos unter www.jungewelt.de/lpg). Die überregionale Tageszeitung *junge Welt* erscheint in der Verlag 8. Mai GmbH.

Adresse von Genossenschaft, Verlag und Redaktion: Torstraße 6, 10119 Berlin

Geschäftsführung: Dietmar Koschmieder, Peter Borak (stellv.)

Chefredaktion: Stefan Huth (V.i.S.d.P.), Michael Merz (stellv.), Sebastian Carlens (stellv.)

Verlagsleitung: Andreas Hüllinghorst, Jonas Pohle (stellv.)

ZENTRALE: 030/53 63 55-0
AKTION: 030/53 63 55-10
ANZEIGEN: 030/53 63 55-38
ABOSERVICE: 030/53 63 55-81/82
LADENGALERIE: 030/53 63 55-56

FAX: 030/53 63 55-44
E-MAIL: redaktion@jungewelt.de
INTERNET: www.jungewelt.de

facebook.com/jungewelt
twitter.com/jungewelt
instagram.com/jungewelt_insta

Redaktion/Verlag (Ressort-/Bereichsleitung, Durchwahl):
Wirtschaft & Soziales: Simon Zeise (-30);
Außenpolitik: Matthias István Köhler (-71);
Innenpolitik: Nico Popp (-31);
Interview: Jan Greve (-34);
Feuilleton und Sport: Alexander Reich (-60);
Thema: Daniel Bratanovic (-65);
Leserpost: Jörg Tiedjen (-41/leserbriefe@jungewelt.de);
Bildredaktion: Nikolas Sisis (-40);
Herstellungsleitung/Layout: Michael Sommer (-45);
Online-Entwicklung: Daniel Hager (-25);

Aktion und Kommunikation: Katja Klüßendorf (-16);
Aktionsbüro: Jonas Pohle (-58);
Archiv/jW-Shop: Stefan Nitzsche (-37);
Anzeigen: Nora Walther (-28);
Vertrieb/Aboservice: Nora Krause (-82);
Ladengalerie: Michael Mäde (-56).
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.
Abonnements, Adressänderungen und Reklamationen:
Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin, Tel.: 030/53 63 55-81/82, Fax: -48. E-Mail: abo@jungewelt.de

Abopreise Print: Normalabo Inland mtl. 43,60 Euro; Sozialabo mtl. 30,60 Euro; Solidaritätsabo mtl. Euro 55,60; Abopreise Ausland (EU) wie Inland zzgl. 13,10 Euro/monatl. Versandkostenzuschlag. Abopreise online: Normalabo mtl. 20,60 Euro; Sozialabo mtl. 13,60 Euro; Solidaritätsabo mtl. 27,60 Euro; Onlineabo für Printabonnenten mtl. 6,60 Euro; für Abonnenten der Wochenendausgabe mtl. 8,60 Euro
Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Abokonto: IBAN: DE03 1005 0000 0190 2523 08
Shopkonto: IBAN: DE25 1005 0000 0190 7581 55
Anzeigenkonto: IBAN: DE03 1005 0000 0190 7581 63
BIC: BELADE33XXX

Druck: Union Druckerei Berlin Verwaltung GmbH, Art-Nr. 601302/ISSN 041-9373, Storkower Str. 129, 10407 Berlin | S + M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44A, 63303 Dreieich